

H 8040 F
ISSN 1619-1404
26. Jahrgang
Nummer 157
November | Dezember 2015
3,50 Euro
neuerechte
der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

der rechte Terror ist nicht vorbei, ganz im Gegenteil. Die Serie von Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte nimmt kein Ende; immer häufiger zielen die BrandstifterInnen darauf, dass sich Menschen in den Gebäuden befinden, die sie anstecken. In Bamberg planten Mitglieder der Neonazipartei »Die Rechte« mutmaßlich einen Sprengstoffanschlag auf ein Asyllager. Und in Köln überlebte die Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker Mitte Oktober nur knapp einen Mordanschlag, den ein ehemaliger Aktivist der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« als »Protest« gegen ihre Flüchtlingspolitik verübte.
Rassistische und faschistische Angriffe gegen Flüchtlinge im Konkreten und die derzeitigen Migrationsbewegungen im Allgemeinen sind ein grenzüberschreitendes Phänomen. Schweden beispielsweise, ein Land, in dem der Großteil der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten im europäischen Vergleich eher liberal eingestellt ist, wurde innerhalb kurzer Zeit durch eine Reihe von Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und einen Amoklauf erschüttert: Ein 21-Jähriger ermordete in einer Schule, die vor allem MigrantInnen besuchen, mit einem Schwert einen Schüler und einen Lehrer. Die Polizei geht von einem rassistischen Motiv aus und die Behörden sprechen von einer Zunahme der Anti-Flüchtlings-Stimmung, wie es sie seit den Neunzigerjahren nicht mehr gegeben hat.
An Bedeutung gewinnt in diesen Zeiten auch die »Neue Rechte« – die Strömung, in der sich ultra-konservative und rechtsnationale Intellektuelle und ideologische VordenkerInnen versammeln. In Deutschland äußern sie sich in ihren eigenen Zeitschriften wie der »Jungen Freiheit«, der »Blauen Narzisse« und »Sezession«, schließen sich in Think-Tanks wie dem »Institut für Staatspolitik« zusammen und versuchen seit mehreren Jahrzehnten, den politischen Mainstream in Deutschland nach rechts zu verschieben; Grund genug, die »Neue Rechte« aufmerksam und kontinuierlich unter die Lupe zu nehmen.

Festung Europa

von Andreas Speit



^ Verzweifelte Flüchtlingsfamilie an der Grenze zu Westeuropa

Sie feiern sich: die CDU, die CSU und die SPD. »Wir schaffen das«, hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angesichts des großen Zulaufs von Geflüchteten nach Deutschland versichert. Die Angekommen etwas menschlicher zu empfangen, haben aber vor allem all die ehrenamtlichen HelferInnen an Bahnhöfen und Unterkünften geschafft. Die Regierung hingegen hat es vielmehr geschafft, das Asylrecht erneut stark einzuschränken. Oder müsste es nicht gar fast abgeschafft heißen?
»Wir haben jetzt zur Begrenzung der Flüchtlingszahl die schärfsten Regeln, die es jemals in unserem Land gab«, frohlockte CSU-Chef Horst Seehofer am 6. November in der ARD und hob erfreut hervor – »mit Zustimmung der SPD«. Kommen nun doch auch die von Seehofer forcierten »Transitzonen«; pardon: »besondere Aufnahmeeinrichtungen«? Das ist auch der SPD wichtig: »Ich bin dankbar, das wir keine komplizierten Wege über das Landgrenzenverfahren oder exterritoriale Zonen brauchen«, sagte Vizekanzler Sigmar Gabiel (SPD). Drei bis fünf solcher »besonderen Aufnahmeeinrichtungen« sollen bundesweit entstehen. Hier soll laut dem Kompromiss der Regierung vom 5. November ein Asyl-Eilverfahren greifen, dass bei AsylbewerberInnen aus »sicheren Herkunftsländern mit Wiedereinreisesperren, mit Folgeanträge oder ohne Mitwirkungsbereitschaft« binnen drei Wochen enden soll – einschließlich des Widerspruchsrechts. Generell soll die Abschiebung auch für Menschen aus Afghanistan beschleunigt werden. Der Familiennachzug wird für Flüchtlinge, die kein Bleiberecht bekommen, aber nicht abgeschoben werden, weil ihnen in ihrem Herkunftsland Schaden droht, für zwei Jahre ausgesetzt. Die Residenzpflicht wurde ebenfalls verschärft. Der Kompromiss löse keine Probleme, sagt »Grünen«-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhardt, er helfe allein der Koalition. »Auf Teufel komm raus soll abgeschoben werden, damit wird das Asylrecht weiter geschliffen«, erklärt Bernd Riexinger, Co-Vorsitzender der Partei »Die Linke«.
Keine Frage: Die Länder, Landkreise und Kommunen sind durch die stark gestiegen Asyl- und Flüchtlingsbewegungen äußerst belastet. Eine Überraschung ist diese Entwicklung aber nicht. Der Bürgerkrieg in Syrien tobt nicht erst seit gestern, der »Islamische Staat« agiert auch nicht erst seit vorgestern, die Konflikte in Afghanistan und die Verfolgung von Roma in den Balkanländern eskalieren ebenso nicht erst seit kurzem. Diese Entwicklung haben die Bundesregierungen mehr oder minder ignoriert. Allein aus dieser Ignoranz speist sich das Überraschtsein. In der Bundesrepublik verließen sich nicht bloß die Regierungen darauf, dass mit Dublin II die »Festung Europa« steht. Die Asylproblematik verschärfen die Regierungen zudem selbst durch die schwierigen Zuwanderungsgesetze. Seit Jahrzehnten macht sich einer ganz besonders stark gegen ein Einwanderungsgesetz: Horst Seehofer für die CSU. Die Regierungen haben die Verhältnisse die sie nun beklagen, selbst geschaffen. Verhältnisse, die auch zu den rechten Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft führten – und deren neue organisatorische Erscheinungsformen »Alternative für Deutschland« (AfD) und PEGIDA-Bewegung mitverantworten.
Großer Applaus war nach dem Regierungskompromiss von AfD, PEGIDA-Bewegung und aus dem »Ich-bin-ja-kein-Rassist-aber«-Milieu bisher nicht zu vernehmen. In den vergangenen Wochen erschien Seehofer in der Asyl-, Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik fast als ihr renommiertester Fürsprecher und die CSU könnte nach den vergangenen Tagen als deren Pressure Group eingeordnet werden. Sie lud einen von AfD und PEGIDA-Bewegung sehr geschätzten Gast ein: Bei der traditionellen Klausurtagung der CSU-Fraktion in Kloster Banz vom 22. bis 24. September empfing der Bayerische Ministerpräsident den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Ein bewusster Affront gegen die Bundeskanzlerin. Inszeniert sich Orbán in Europa doch nicht nur verbal als vermeintlicher Retter des Abendlandes vor der »Flüchtlingsflut«; seine Abschottungspolitik führt er ganz real mit Grenzzäunen weiter. Auf der Tagung bezeichnete er sich selbst als »Grenzschutzkapitän«, der die durch sein Land verlaufende Außengrenze zum Schengenraum schütze, auch um die unkontrollierte Flüchtlingsbewegung via Österreich nach Bayern zu begrenzen. Der Europäischen Union und der Bundesregierung warf er einen »moralischen Imperialismus« vor. Auch Seehofer legte nach, sprach vom »regelfreien Zustand durch eine deutsche Entscheidung«. »Die CSU macht sich zum Komplizen mit jemandem, der Stacheldrahtzäune baut und Flüchtlinge zusammenknüppelt. Eine Politik des Schlagstocks und des Tränengases kann doch hoffentlich kein Vorbild für Bayern sein«, warf noch Anton Hofreiter ein, Vorsitzender der grünen Bundestagsfraktion.
Bei kaum einer AfD-Veranstaltung oder einem PEGIDA-«Spaziergang« dürfte Merkel nicht ihr »Wir schaffen das« vorgehalten worden sein. Warum kein Applaus nach den Koalitionsvereinbarungen? Wurde noch nicht registriert, dass die Regierung erneut wie in den 1990er Jahren den Protesten gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik und den Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und geplanten Einrichtungen nachgegeben hat? Das schon, doch gehen die Forderungen längst weiter – nicht bloß in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das Entgegenkommen, dürfte AfD und PEGIDA ermutigen, erneut erscheint eine ausgrenzende Politik als legitim. In Europa konnten bei den Landeswahlen die jeweiligen weit rechten Parteien schon von diesem Kurs mit Wahlzuspruch profitieren. Willkommenskultur war gestern, Abschottungskultur ist heute die alte neue Leitkultur. Diese Kultur trifft nicht nur die Schutz- und Hilfesuchenden.

Höckes Welt

Seit seinen Auftritten bei den Erfurter Demonstrationen der »Alternative für Deutschland« und der Talksendung »Jauch« steht ihr Thüringer Fraktionschef in dem Ruf, in einer ohnehin rechten Partei den Rechtsaußen zu geben.

von Werner Golze



Am 6. Juni 2015 trafen sich Mitglieder der »Alternative für Deutschland« (AfD) aus der »Patriotischen Plattform« der Partei und die InitiatorInnen der »Erfurter Resolution« am Kyffhäuser Denkmal an der Landesgrenze zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einem Sommerfest. Der Ort, das wilhelminische Denkmal für Kaiser Friedrich I. – Barbarossa – war mit Bedacht gewählt. Gilt der deutschen Rechten Barbarossa doch seit den Anfängen der völkischen Bewegung als mythische Identifikationsfigur für Deutschlands angeblich tausendjährige Geschichte, und der Ort des Denkmals als ideal für die Inszenierung nationaler Bedeutungsschwere. Und so hob Höcke an, die Vorwürfe, die UnterzeichnerInnen der »Erfurter Resolution« verfolgten völkische Politikkonzepte, mit dem Argument zurückzuweisen, er bekenne sich zum Begriff des Volkes, wie es »über Jahrhunderte gewachsen« sei. Eine von ihm unterstellte Absicht der »Transformation des Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft« lehne er ab. Doch Höcke war nicht nur auf den Kyffhäuser gekommen, um seinen ZuhörerInnen die völkisch-nationale Erbauungsgeschichte von Kaiser »Rotbart« zu erzählen, sondern um die Eckpfeiler seiner Politik zu skizzieren. In seiner Rede vor der Kulisse des Denkmals entfaltete Höcke, was er zuvor bestritten hatte: eine Politik auf völkischer Grundlage. Vieles was er in einer erheblich radikalisierten Rhetorik bei den AfD Demonstrationen in Erfurt, Magdeburg und Dessau sagte, war inhaltlich in seiner Kyffhäuser Rede bereits ausformuliert.

Rechte Vergangenheit

Dafür dass Björn Höcke mehr als nur politische Berührungspunkte zum rechtsintellektuellen Milieu hat, gab es schon vor seinem medialen Aufstieg Hinweise. Seine Nähe etwa zum »neu-rechten« »Institut für Staatspolitik« (IfS) und dem Herausgeber der Zeitschrift »Sezession« Götz Kubitschek ist nicht nur privater Natur. In einem Interview für das von Kubitschek betriebene Blog der »Sezession« wird angedeutet, dass man sich seit Jahren kennt und schätzt. Auch ein Treffen der Thüringer AfD-Landtagsfraktion fand auf dem Rittergut in Schnellroda statt. Durch die Landtagsreden Höckes zieht sich die Verwendung explizit »neu-rechter« Begriffe wie ein roter Faden. Ob die Abwertung von Homosexuellen, die Schmähung der parteipolitischen Konkurrenz oder die verächtlichen Reden von der multikulturellen Gesellschaft: Höcke bedient sich exakt und kalkuliert der Rhetorik und der Begriffe, welche die »Neue Rechte« hierzulande seit mehr als fünfundzwanzig Jahren im politischen Mainstream zu verankern sucht.

Wer ist Landolf Ladig?

Der Soziologe Andreas Kemper will durch intertextuelle Analysen beweisen können, dass Höcke identisch mit dem Autor »Landolf Ladig« ist, der in der von dem Neonazi Thorsten Heise herausgegebenen Zeitschrift »Volk in Bewegung« Artikel veröffentlichte. Dass Höcke mit dem Neonazi Heise bekannt ist, bestreitet der AfD-Politiker nicht. Auch für Publikationen der NPD will Kemper eine Identität der Autorenschaft zwischen Höcke und Ladig festgestellt haben. Eine eidesstattliche Erklärung, keine Texte für NPD-Publikationen verfasst zu haben, verweigerte Höcke.
In der medialen Rezeption der Erfurter Reden Höckes werden immer wieder Parallelen zur Rhetorik und zu Begriffen des Nationalsozialismus gezogen. In der Tat bedient sich Höcke in seinen Reden durchaus vom Nationalsozialismus geprägter Worte. Doch vor dem Hintergrund der rechtsintellektuellen Kontakte Höckes geht dessen Verortung in der ideologischen Nachfolge des Nationalsozialismus fehl. Seine geistige Nähe zu den Leitbegriffen der »Konservativen Revolution« lassen ihn eher als elitären Faschisten erscheinen, der sich um eine populistische Aktualisierung völkischer Politikkonzepte müht. So gesehen steht er nicht für einen biederen national-konservativen Flügel in der AfD, sondern für einen völkisch-nationalistischen Kurs der Partei.

Rechter Kitsch

Der Grad zwischen Pathos und Kitsch in der Selbstinszenierung von Höcke ist schmal. Wie schmal, zeigte sich, als er in der Talkshow von Günther Jauch in der ARD eine schwarz-rot-goldene Fahne im Format eines Taschentuchs herausholte, nicht ohne wenige Tage später Strafen für all jene zu fordern, die deutsche Fahnen zerknüllen. Doch jenseits der peinlichen Fahnenaktion brachte Höcke in der Sendung so ziemlich alle »neu-rechten« Schlagworte zum Zustand der Demokratie unter, ohne das ihm die Mitdiskutierenden jenseits moralischer Ablehnung etwas entgegen zu setzen vermochten.
Der inszenierte Habitus und die Rhetorik des Björn Höcke zeigen, auf welche Art dieser Mann sich selbst heroisiert und so an der permanenten Abwertung derer arbeitet, die er mit Begriffen wie »links-grün versifft« oder »Altparteien« zu diffamieren sucht. Seine politische Agenda folgt den weltanschaulichen Grundbegriffen der »Neuen Rechten«. Ihren Inhalten bietet er im Parlament und auf der Straße eine breite Plattform.

Rechte Galionsfigur

Systematisch verschiebt Höckes politische Rhetorik die gegenwärtige Diskurslage zu Themen wie Einwanderung und Flüchtlingen weiter nach rechts, als sie durch die beständigen Interventionen der CSU ohnehin schon ist. Höcke ist schon jetzt die Galionsfigur des sich in Deutschland etablierenden rechtspopulistischen Blocks. An diesem Umstand wird die AfD-Führung um Frauke Petry trotz ihrer medial als Distanzierung ausgelegten Kritik am »Stil« Höckes nicht vorbeikommen.

Neonaziskandal bei der NRW-Polizei

Aachen. Die Polizei Aachen gab am 10. September 2015 die Suspendierung eines 19-jährigen Polizeianwärters bekannt – wegen rassistischen Mobbings gegen eine Kollegin. Er hatte ein Hakenkreuz in ihren Stift geritzt und sie als »Ausländerschlampe« beschimpft. In einer gemeinsamen Whatsapp-Gruppe und sozialen Medien wurden rassistische und neonazistische Beleidigungen und Kommentare ausgetauscht. Gegen drei weitere AnwärterInnen wird derzeit ermittelt, dazu werden unter anderem die Mobiltelefone aller KursteilnehmerInnen der Polizeischule ausgewertet.

Rechte Polizisten

Potsdam. Am 25. September 2015 hat die brandenburgische Polizei in Potsdam die Ergebnisse einer internen Überprüfung rechtsextremer Tendenzen in der Polizeiinspektion Uckermark vorgelegt. Eine Polizistin mit engen Kontakten in die Neonaziszene wurde zwangsbeurlaubt. Ihr Ehemann und ihr Bruder unterstützen im als Neonazi-Hochburg geltenden Löcknitz (Mecklenburg-Vorpommern) rechte Gruppen. Ihr direkter Vorgesetzter sowie ein weiterer Beamter, die neonazistische Propaganda vertuscht haben sollen, sind in andere Bereiche versetzt worden. Der Chef wurde in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Die Vorwürfe wegen rechter Verstrickungen sollen intern seit 2008 bekannt gewesen sein.

Internationaler DS-Kongress

Riesa. Der »Deutsche Stimme«-Verlag hatte für den 9. und 10. Oktober 2015 TeilnehmerInnen aus ganz Europa zu einem »Jugendkongress« unter dem Motto »Reconquista Europa« nach Riesa in Sachsen geladen. Dort sollte es nicht nur einen Gedankenaustausch neonazistisch ausgerichteter Organisationen, Gruppen und Parteien geben, sondern ebenfalls ein Musikprogramm mit Balladen und Rechtsrock. Redner waren NPD-Chef Frank Franz, NPD-EU-Parlamentsabgeordneter Udo Voigt, JN-Vorsitzender Sebastian Richter sowie der Publizist Tomislav Sunic. Der Vorverkauf wurde über den RechtsRock-Versand »PC Records« aus Chemnitz abgewickelt, die Organisation übernahmen maßgeblich die »Jungen Nationaldemokraten« (JN). Im letzten Jahr nahmen rund 150 Mitglieder rechter Parteien und Organisationen teil, unter anderem aus Griechenland, Italien, Tschechien und Schweden.

Rechtes Attentat in Köln

Köln. Einen Tag vor der Oberbürgermeister-Wahl am 18. Oktober 2015 wurde die Politikerin und Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker mit einem Messer angegriffen. Der Täter Frank Steffen, der angab, aus fremdenfeindlichen Motiven gehandelt zu haben, war schon vor 20 Jahren in der neonazistischen Szene aktiv. Er gehörte zur 1995 verbotenen »Freiheitlichen Arbeiterpartei« (FAP), die damals von Norbert Weidner geleitet wurde und rund 200 Mitglieder gehabt haben soll. In den 1990ern nahm er an Heß-Märschen unter anderem in Fulda teil. Er soll bereits mehrfach Menschen mit dem Messer bedroht haben und entgegen ersten Polizeiaussagen vorbestraft sein.

Heftige Auseinandersetzungen rund um PEGIDA-Demo

Dresden. Am 19. Oktober 2015 versammelten sich nach Schätzung der Initiative »Durchgezählt« rund 15.000 bis 20.000 PEGIDA-AnhängerInnen und ebenso viele GegendemonstrantInnen in Dresden. Die sächsische Polizei veröffentlicht keine Teilnehmendenzahlen mehr. Knapp 2.000 PolizeibeamtInnen und mehrere Wasserwerfer waren im Einsatz; diese konnten nicht verhindern, dass es im Laufe des Abends zu heftigen Zusammenstößen kam und Verletzte gab. PEGIDA-AnhängerInnen sollen im Umfeld der Demonstration GegendemonstrantInnen verletzt und Jagd auf ausländisch aussehende Menschen gemacht haben. Vor der Demonstration sollen drei PEGIDA-Anhänger sowie mehrere PolizistInnen verletzt sowie JournalistInnen angegriffen worden sein. Die Polizei habe Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt. Der Autor Akif Pirinçci bezeichnete deutsche Politiker als »Gauleiter gegen das eigene Volk«. Gegen ihn sowie einen weiteren Teilnehmer wurde Strafanzeige gestellt.

Kugelbomben bei Razzia gefunden

Bamberg. Die Staatsanwaltschaft Bamberg ermittelt nach Razzien in zwölf Wohnungen am 21. Oktober 2015 gegen 13 Personen der Neonaziszene. Drei von ihnen wurden verhaftet. Einige sind Mitglieder der Partei »Die Rechte«. Ermittelt wird unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Vorbereitung eines Explosionsverbrechens und gefährlicher Körperverletzung. Nach bisherigen Erkenntnissen sollen die Angeklagten Anschläge auf mehrere Unterkünfte für Geflüchtete und auf Angehörige der linken Szene geplant haben. Dazu hatten sie sich über 16 Kilo pyrotechnisches Material, darunter Kugelbomben, aus Polen beschafft. Die Polizei ermittelt bereits seit 2014 gegen die Neonazis, die überregionale Kontakte zur rechten Hooligan-Szene haben sollen.

Schlägertrupps in Dortmund

Dortmund. Am 24. Oktober 2015 haben Mitglieder der rechten Szene gezielt ausländisch aussehende PassantInnen in der Dortmunder Innenstadt mit Baseballschlägern, Teleskopschlagstöcken und einem Messer angegriffen. Drei Täter wurden festgenommen – sie seien polizeibekannt und hätten rassistische Motive, hieß es. Am folgenden Abend griffen sechs Neonazis vier Männer an, nachdem diese auf ihre Frage einen Migrationshintergrund bejaht hatten. Vier Neonazis wurden festgenommen, ein Messer wurde sichergestellt. Die Neonazis stammen aus Dortmund, Datteln und Kamen.

Angriff auf Konvoi von Geflüchteten

Freiberg. Am 26. Oktober 2015 haben rund 400 Rechte in Freiberg (Sachsen) einen Bus-Konvoi mit 700 Geflüchteten angegriffen. Sie bewarfen die 13 Busse des Deutschen Roten Kreuzes mit unbekannten Gegenständen und blockierten die Weiterfahrt. Etwa 200 PolizeibeamtInnen lösten die Blockade auf und eskortierten die Busse auf dem Weg zu anderen Aufnahmeeinrichtungen aus der Stadt. Gegen acht anwesende selbsternannte »AsylgegnerInnen« wurde Anzeige erstattet.

»Rechts vom ganzen Wesen«

von Andreas Speit



»Höcke, Höcke, Höcke« skandiert die Menge in den frühen Mittwochabendstunden. Auf einer provisorischen Bühne, deren Rednerpult eine Deutschlandfahne ziert, steht der Bejubelte; der Höcke, der Björn. »Wir« ruft der thüringische Landtagsfraktionsvorsitzende und Landeschef der »Alternative für Deutschland« (AfD) den mehreren Tausend zu; »sind das Volk!« antwortet die Masse. Langsam lässt Höcke mit erhobenen Armen den Blick über sie streichen. »Die reine, die ehrliche, bescheidene Vaterlandsliebe« treibe ihn an, ruft er unter Applaus. Masse und Führung sind eins im Pathos des Heroischen. Erfurt in den vergangenen Wochen.

Nicht nur innerhalb der AfD ist Höcke mit seiner Rhetorik und seinem Agieren umstritten. Aus dem Netzwerk von AkteurInnen und Projekten der »Neuen Rechten« kommt sowohl Ablehnung als auch Zuspruch – eine Debatte, die die Dispute der »Neuen Rechten« offenbart. Wer ist diese »Neue Rechte« heute – 2015 – noch, wer will sie sein, mit wem möchte sie wohin? Das fragt sich die Szene auch selbst, deren erfolgreichste Projekte die 1986 gegründete Zeitung »Junge Freiheit« (JF) um Dieter Stein und das seit 2000 bestehende »Institut für Staatspolitik« (IfS) um Götz Kubitschek sind.

Koordinatensystem

Die »Neue Rechte« ist schon lange nicht mehr neu. »Die alte Rechte ist tot – Sie hat es wohl verdient«, erklärte vor über 35 Jahren Alain de Benoist. Bis heute ist der französische Philosoph für die deutsche »Neue Rechte« der Spiritus Rector. Statt Parteipolitik, forderte er angelehnt an den italienischen Marxisten Antonio Gramsci eine »Kulturrevolution von rechts«. Im vorpolitischen Raum soll eine »kulturelle Hegemonie« angestrebt werden. Im Magazin »Der Spiegel« erklärte er am 20. August 1979 unter dem Titel »Den alten Volksgeist erwecken«, was die »Neue Rechte« ausmache – die »Ansicht, mit der sich alle Rechtsstehenden von allen Linken unterscheiden: in der ausdrücklichen Anerkennung der Ungleichheit und Unterschiedlichkeit der Menschen«. Ohne es zu sagen, spricht er sich so gegen Egalitarismus und Liberalismus aus. Die Werte und Vorstellungen der Aufklärung und der Französischen Revolution waren schon für die ideologischen Referenzgrößen aus der »Konservativen Revolution« und des italienischen Faschismus der Anfang vom Ende. »Wer Menschheit sagt, der will betrügen«, schrieb Carl Schmitt 1932 in »Der Begriff des Politischen«. Der gedankliche Weg: Wenn wir nicht von der einen Menschheit sprechen können, dann dürfen wir auch nicht von den allgemeinen Menschenrechten sprechen. Die »humanistische Soße« wollte der italienische Faschist Julius Evola überwinden. In »Menschen inmitten von Ruinen« legte er 1953 dar: »So ist jede Demokratie in ihren eigenen Prinzipien eine Schule der Immoralität, eine Beleidigung der Würde und der inneren Haltung«, die moderne Welt nichts weiter als ein dekadenter Niedergang. Dem Logos werde der Mythos entgegengestellt. In diesem Duktus veröffentlichte 1993 Botho Strauß den Essay: »Anschwellender Bocksgesang«. Eher eine »Art Credo, als eine politische Poetologie« für sie, schreibt Ellen Kositza in dem von Götz Kubitschek herausgegebenen Gesprächsband »Tristesse Droite. Die Abende von Schnellroda«. Sogleich zitiert sie den »höchst prominenten Vordenker« in dem Buch aus dem »Verlag Antaios«, den Kubitschek leitet: »Rechts zu sein, nicht aus billiger Überzeugung, aus gemeinen Absichten, sondern vom ganzen Wesen, das ist, die Übermacht einer Erinnerung zu erleben, die den Menschen ergreift, weniger den Staatsbürger, die ihn vereinsamt und erschüttert inmitten der modernen, aufgeklärten Verhältnisse, in denen er sein gewöhnliches Leben führt«. Diese Rechten trenne von der »problematischen Welt«, ihr »Mangel an Passion, ihre frevelhafte Selbstbezogenheit« und ihre »widerwärtige Vergesellschaftung des Leidens und des Glückens«.

Denken vs. machen

In verschiedenen Zirkeln, Studien- und Lesekreisen kamen die »Neuen Rechten« im Laufe der Jahre zusammen – und blieben meist unter sich. Mit Höcke nicht mehr. Aus dem vermeintlichen Elitekreis der Erkennenden mit klaren Worten hin zu den aufgeregten Massen, das gefällt dem IfS um Götz Kubitschek. Durch Höckes »Stadt- und Deutungseroberungsstrategie macht die AfD Ernst mit dem ersten Wort ihres Parteinamens: eine Alternative zu sein«, lobt er. Der Anti-Asyl-Widerstand werde »spürbar, physisch, jenseits der Eintrittsspielregeln der etablierten Politik«, schreibt er am 15. Oktober auf dem von ihm verantworteten Portal »Sezession im Netz«, das dem IfS angegliedert ist. Hier kommt Höcke auch oft selbst direkt zu Wort – im Interview. 2014 verheimlichte Kubitschek die Nähe bis zum persönlichen »du« nicht. »Björn, wir kennen uns nicht erst seit gestern, will sagen: nicht erst, seit Du nun die AfD in Thüringen als Fraktionsführer im Landtag und als Vorsitzender des Landesverbandes führst (...) Ich hätte diesen Schritt nie bei Dir vermutet. Wie kommt's?«, fragte er am 15. Oktober vergangenen Jahres. »Der Lei-

densdruck, der sich in Anbetracht einer grundsätzlich falsch angelegten Politik in diesem Land aufgebaut hat, wurde irgendwann unerträglich«, antwortet Höcke und meint: »Wird die von den Altparteien eingeschlagene Marschrichtung nicht deutlich korrigiert, stehen schon mittelfristig unser Volksvermögen, unsere staatliche Integrität und unser Weiterbestand als Träger einer Hochkultur auf dem Spiel«.
Keine Überraschung, dass Kubitschek später am 15. März 2015 die von Höcke initiierte »Erfurter Resolution« begrüßte, die in der AfD den Richtungsstreit befeuerte. In der »Resolution« behauptete Höcke, dass die Partei sich mit Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel »ohne Not (…) dem etablierten Politikbetrieb« anpasse, »dem Verrat an den Interessen unseres Landes«. Zahllose Mitglieder wollten aber die AfD als eine »patriotische« Alternative und Bewegung des »freien Wortes« gegen »Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit« ausgerichtet wissen. Henkel, damals noch AfD-Mitglied, konterte mit der »Deutschland Resolution« und erklärte, die Partei brauche keine »wolkigen Phrasen aus dem Arsenal rechter Splitterparteien«. Die JF sah es ebenso – und sah schon das Scheitern der AfD. »Merkel stellt den Sekt kalt«, überschrieb Stein am 1. Mai auf der Titelseite, denn »Besonders bei der Höcke-Gruppe sind Akteure einer »Rechten« am Werk, die keinen Ruf zu verlieren haben und denen es gleichgültig ist, ob sich die AfD durch einen Rechtsruck und die Aufgabe des liberalen Flügels an den Rand des diskutablen politischen Spektrums manövriert«.

JF vs. IfS

Bei allen Differenzen: Die Chance mit der AfD die Erweiterung der Kampfzone aus dem vorpolitischen Raum voranzutreiben, teilen JF und IfS. In »Tristesse Droite. Die Abende von Schnellroda« sind sich Kositza und Kubitschek mit ihren Gäste Martin Lichtmesz, Erik Lehnert, Thorsten Hinz, Nils Wegner und ‹Raskolnikow› einig, dass durch die AfD »die Leute« plötzlich, »das Gefühl« hatten, »dass hier das Sprechen über bestimmte Probleme möglich wird, ohne dass man das nur hinter vorgehaltener Hand tun kann«. Die Partei, so Kubitschek, habe das »JF-Milieu« aufgerollt. Die »Heilserwartungen wurden zuletzt von der (JF) geweckt (...) immer so: Jetzt oder niemals, jetzt AfD wählen«, sagt er später. »Man ist ja sogar in eine Rechtfertigungsposition gekommen«, ergänzt Lehnert, seit 2008 Geschäftsführer des IfS. »Denn am Ende hieß es dann: Jaja ihr macht schöne Theorien, aber jetzt können wir was bewegen«. Der Disput mit dem »Mutterschiff«, wie in dem Kreis die JF trotz Kritik liebevoll genannt wird, da sie alle mit ihr verwoben waren oder sind, liegt nicht nur in der unterschiedlichen Hoffnung auf den parlamentarischen Weg. Im Disput schwingt vielmehr mit, dass für den politischen Erfolg weniger betont wird, was der »Konservative Revolutionär« Arthur Moeller van den Bruck postulierte: »Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnen«. »Jedes Abo eine konservative Revolution«, warb 1993 die JF noch. Längst ist sie moderat geworden, trennte sich 1996 auch von ihrem »Leserkreis«, um nicht Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes zu sein. Sebastian Maaß, selbst mit dem IfS und JF verwoben, wird in »Die Geschichte der Neuen Rechten« deutlich: »Der Schulterschluss mit den radikalen Vertretern des eigenen politischen Spektrums« stelle Stein zugunsten des Erhalts der schadlosen konservativen Außendarstellung der eigenen Person beziehungsweise des eigene Mediums hinten an. Ein Höcke beschädigt da die Selbstdarstellung. Deutlich wurde das bei der Bewertung von Höckes Auftritt bei der ARD-Talkshow »Günther Jauch« am 18. Oktober. Gleich zu Beginn hatte Höcke mit einer Deutschland-Fahne in der Hand ein »kleines Bekenntnis« abgelegt. Aus »tiefer Liebe zu seinem Land« sei er in die Politik gegangen, auch um ein »tausendjähriges Deutschland« zu verteidigen und das »Bewährte behalten« zu wollen. »Desaster für die AfD« kommentierte Stein: »Die AfD-Spitze muß sich nach diesem Auftritt fragen lassen, wer eigentlich das Außenbild der Partei bestimmt, wer sie politisch führt«, schreibt er und führt aus: Höckes Kurs, das stehe fest, führe nicht nur »ins rechte Ghetto, sondern auch in die politische Marginalisierung«. »Gut gekämpft«, meint indes Kubitschek gleich nach der Sendung. Höcke habe »wichtige Begriffe platziert« und sich »zu Deutschland und seiner Identität bekannt«.
Dieser Bruch wurde schon 2012 beim ersten »Zwischentag« sichtbar. Bei der von Kubitschek initiierten »konservativen Messe« intervenierte Stein gegen die Einladung von Vertretern der NPD-nahen Zeitschrift »Hier & Jetzt«. »Nüchtern betrachtet« habe die JF, so Maaß, für die Eigendarstellung die »Diskreditierung einiger rechter Personen und Projekte in Kauf genommen«. Die Absetzungsbewegung offenbarte Stein schon 2005 in der Diskussion um die Bezeichnung »Neue Rechte« in dem von ihm herausgegebenen Band: »Phantom ‹Neue Rechte›«. Der Titel ist die Botschaft: »In den sechziger und siebziger Jahren« habe es »tatsächliche Strömungen gegeben, die sich in der Selbstbeschreibung als ‹Neue Rechte› bezeichnet haben, in der Gegenwart geht es aber bei der ‹Neuen Rechten› nicht mehr um eine Selbstbeschreibung, sondern um einen Begriff mit dem seitens linker Politikwissenschaftler und Verfassungsschützer etwas ‹Verdächtiges› erfasst werden soll«. Die Intention ist offensichtlich: raus aus der möglichen staatlichen Beobachtung. Die Runde am Sitz des IfS in Schnellroda bringt hierfür in »Tristesse Droite. Die Abende von Schnellroda« Verständnis auf: »Stein hat ja immer alles abgestoßen, was nicht koscher war«, sagt Kositza. Lehnert wirft ein: »hatte ja konkrete Hintergründe« und Kositza schiebt nach: »Ich kann›s auch nachvollziehen«. Dort wo die Runde zur »Selbstfindung und lebendigen Einkreisung einer rechts verorteten Mentalität« zusammen kam, haben auch ihr Debattenblatt »Sezession« und der »Verlag Antaios« ihren Sitz. Zu ihren »Akademien«, sagt Kubitschek, seien in den 15 Jahren »sicher 600, 700 verschiedene Studenten« gekommen. Den Kampf um Begriffe, für Sinn und Tiefe, Wort und Gehalt wollen sie führen. Für die Selbstbezeichnung wird sich aber weniger eingesetzt. Fast lapidar fragt Kositza: »Womit wir ja zur Etikettierung kämen. Intellektuelle Rechte, Neue Rechte«. Knapp antwortet Kubitschek: »Letzteres«. Die JF, meint er weiter, könne »mit dieser Szene nichts« mehr anfangen. Sie habe sich vom »metapolitischen Maximalziel« verabschiedet – auf »ein Machbares«.

Alte Werte

Die JF zog Grenzen, das IfS wagt längst die Entgrenzung – hin zu PEGIDA. Die Wochenzeitung begrüßt die Bewegung, greift deren Anliegen auf, stellte sich bei Kritik vor sie. Das Institut räumt indes offen ein, »Viel Kraft und Zeit in die Konsolidierung dieser Bürgerbewegung« gesteckt zu haben, so Kubitschek. Auf eine solche hat er gewartet. Eine Bewegung aus dem vorpolitischen Raum, die das Politische, die Parteien, das System hinterfragt und verwandeln will. In Dresden rief er bei Lutz Bachmann von der Bühne zum »Widerstand jenseits der gesetzlichen Möglichkeiten« auf. In diesem Milieu bewegt sich auch der neue Partner des IfS-Gründers, Jürgen Elässer – einst linker Autor, heute rechter Herausgeber von »Compact«. In der aktuellen Ausgabe kritisiert Kubitschek die »Flüchtlingsbesoffenheit« und meint, die »Technokraten« betonten, dass »unser Volk« dringend »frisches Blut« brauchte und es sei ihnen »vollkommen egal welches Blut« es sei. In Dresden referierte Kubitschek im September auf der »Compact«-Veranstaltung: »Die Flut – wo soll das enden?«.
Die »neue Rechte« ist weder ideologisch, noch organisatorisch ein homogenes politisch-ideologisches Subjekt, sondern ein Ensemble verschiedener AkteurInnen. Ihr antidemokratischer und antiegalitaristischer Charakter ergibt sich aus ihrem tiefen Unbehagen gegen die Aufklärung und ihrer großen Sehnsucht nach Schicksal und Tiefe. Diese antimodernistische Mentalität mündet im völkischen Nationalismus. Ohne Blut kann auch Kubitschek nicht.

Der gescheiterte Aufstieg

von Volkmar Wölk

Es gibt Mythen, die langlebig sind. Mythen, die sich halten, obwohl alle Fakten gegen sie sprechen. Mythen, die gehegt und gepflegt werden von denen, die ihren Nutzen aus ihnen ziehen. Der Mythos, die »Neue« Rechte sei ein Folgeprodukt der 68er-Rebellion und eine Gegenbewegung von rechts gegen das linksradikale Aufbegehren, gehört zu dieser Gattung. Dass dieser rechte Aufbruch mit ungewohnten Ausdrucksformen, einer bisher unbekannten Ausformung der Ideologie, neuen Themenfeldern, einer deutlich jüngeren Alterskohorte an Akteuren und einem partiellen Bruch mit der bisherigen politischen Kultur der Rechten seinen Ausgang von Frankreich aus genommen habe, ist ein weiterer solcher Mythos.
Nun, wie soll der Mai 1968 als Symbol der Bewegung Auslöser für die Herausbildung der »Neuen« Rechten gewesen sein, wenn die Gründungsversammlung ihrer Hauptorganisation, des »Groupement de recherche et d´études pour la civilisation européenne« (»Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation«, GRECE), bereits im Januar 1968 in Nizza stattfand? Wenn im März 1968 die erste Ausgabe der »Nouvelle Ecole«, des späteren publizistischen Flaggschiffs der »Neuen« Rechten erschien? Die ZeithistorikerInnen stimmen darin überein, dass sich der Pariser Mai mit seinen Barrikadenkämpfen nicht angekündigt hatte. Und es ist kaum davon auszugehen, dass ausgerechnet eine Reihe junger Rechtsintellektueller, die größtenteils bereits seit Jahren in diesem Milieu aktiv waren, über eine herausragend ausgeprägte Prognosefähigkeit verfügten. Selbst Alain de Benoist, unbestrittener Vordenker dieser Strömung bis zum heutigen Tage, räumt in seinem jüngsten Buch »Survivre à la pensée unique« unumwunden ein: »Die Neue Rechte ist also nicht als Reaktion auf diese Ereignisse entstanden.« Und gar: »Es hat niemals eine ernsthafte Analyse des Mai 68 durch die Rechte gegeben. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Rechte nur sehr selten irgendetwas analysiert.« (S. 29)

Östlich des Rheins

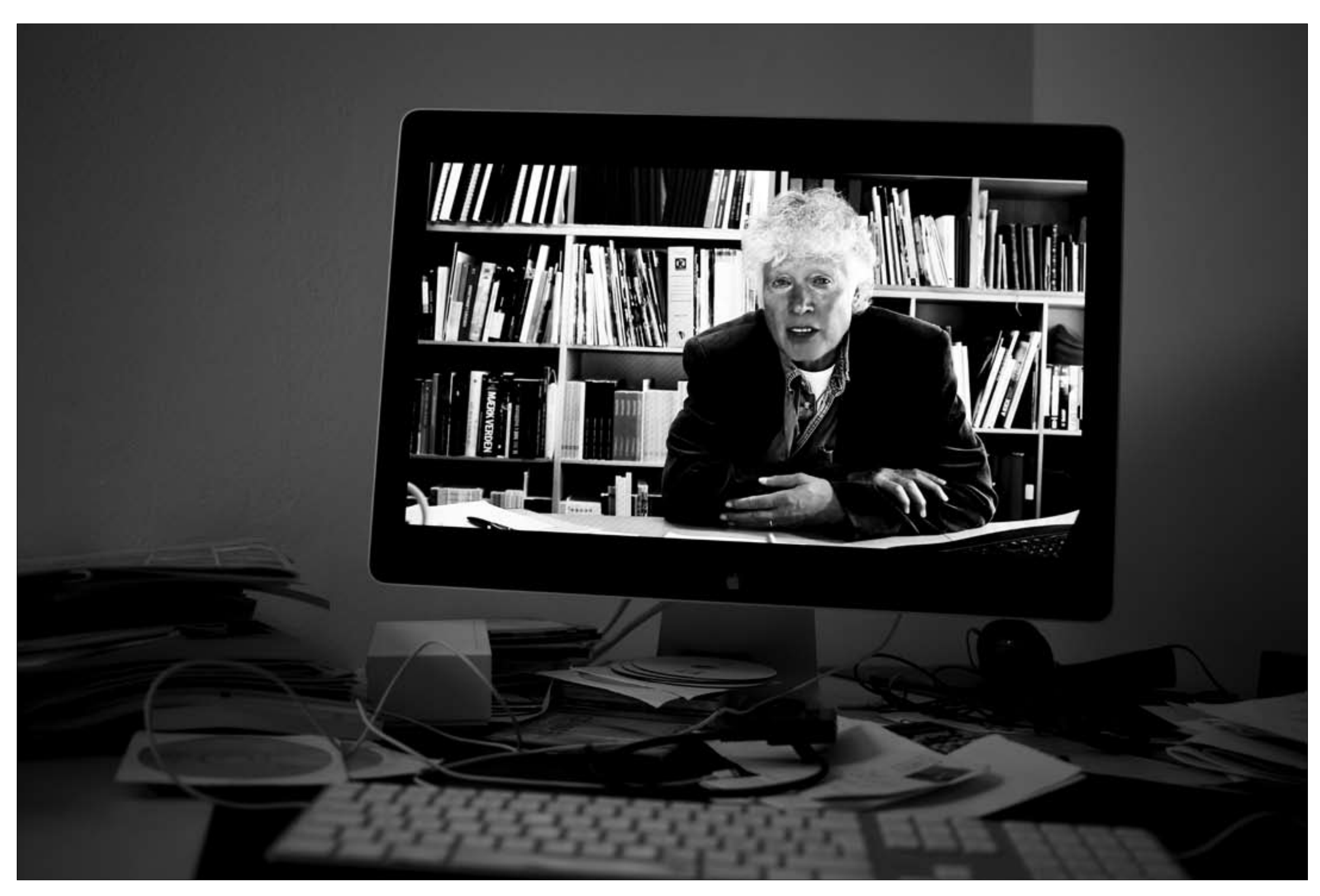
Und in Deutschland? In Deutschland behaupten universitäre WissenschaftlerInnen wie Susanne Mantino in ihrer Studie »Die ‚Neue Rechte' in der ‚Grauzone' zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus« (1992), ein einigendes Moment der intellektuellen Zirkel, aus denen die deutsche Variante der »Neuen« Rechten entstand, sei die »Adaption der Aktionsformen der Neuen Linken« (S.39) gewesen. Doch auch wenn nicht bestritten werden soll, dass es zum Zeitpunkt der Gründung dieser Gruppen auf der anderen Seite des politischen Spektrums bereits Organisationen gab, die sich als Neue Linke verstanden, so wiesen diese zum fraglichen Zeitpunkt doch keineswegs jene Aktionsformen als Merkmal auf, die seit dem 2. Juni 1967, dem Tag der Ermordung von Benno Ohnesorg, als charakteristisch für die Neue Linke angesehen wurden. Im Gegenteil: auch dort handelte es sich um Strukturen, die am treffendsten durch den Begriff »intellektuelles Zirkelwesen« beschrieben werden. Dabei hätte Susanne Mantino auffallen können und müssen, dass wichtige Organe der »Neuen« Rechten, namentlich die wesentliche Zeitschrift »Junges Forum« und der gleichnamige um sie gruppierte Kreis in Hamburg bereits 1964 entstanden, Vorläufer aber bereits in den Jahren zuvor aktiv waren. Eine Reaktion auf »1968«? Mitnichten!
Das, was die »Neue« Rechte in Deutschland – wie auch in Frankreich – mit der Neuen Linken verband, war zweifellos der vergleichsweise niedrige Altersdurchschnitt der AkteurInnen. Auf der extremen Rechten trat mit ihnen erstmals eine Alterskohorte ins Rampenlicht, die nicht in irgendeiner Weise durch den Nationalsozialismus geprägt worden war. Selbst die jüngsten der bis dahin hervorgetretenen FunktionärInnen und AutorInnen hatte zumindest die »Hitlerjugend« durchlaufen.

Die Jungen

Der älteste der prominenteren Vertreter des »Arbeitskreises Junges Forum«, der Diplom-Ingenieur Lothar Penz, gehörte dem Jahrgang 1931 an, war somit bei Kriegsende gerade einmal 14 Jahre alt. Er war bereits seit Mitte der 1950er Jahre in den Vorläufergruppen aktiv, verfasste 1972 das programmatische »Solidaristische Manifest«, war bis zu seinem Ausschluss im Jahr 1983 beteiligt an den Kaperungsversuchen der »Grünen«. Bis zum Beginn dieses Jahrtausend war er beteiligt an den Sammlungsversuchen der nationalrevolutionären »Neuen« Rechten in Kleinorganisationen wie den »Europäischen Synergien« oder den »Unabhängigen Ökologen Deutschlands«. Er steht mit dieser Biografie idealtypisch für den hohen Grad an personeller Kontinuität in den fraglichen Gruppen. Unter seiner Leitung entwickelte sich das »Junge Forum« nach dem Urteil vom Politologen Klaus Schönekäs für »einige Jahre zum Theoriefokus einer sich formierenden Neuen Rechten mit lebhaften Kontroversen und immer heftiger werdender Abgrenzungen sowohl von der Alten Rechten als auch vom Konservatismus«.
Diese »alte Rechte«, das war ab Ende 1964 wesentlich die personell wie ideologisch durch das NS-Erbe geprägte neugegründete NPD. Der Konservatismus wurde nach dem Niedergang von Parteien wie der »Deutschen Partei«, dem »Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten« und besonders seit der zunehmenden Orientierung der FDP an sozialliberalen Inhalten fast ausschließlich durch die CDU repräsentiert. Letztere erschien allerdings zunehmend nicht durch konservative Ideologie, sondern vielmehr durch den Machterhaltungswillen geprägt.
Nicht umsonst bezeichnete sich die entstehende »Neue« Rechte vorzugsweise selbst als »Junge Rechte«. Damit war sie aber – für Rechte geradezu paradox – traditionslos. In einem sich schnell verändernden gesellschaftlichen Umfeld, in dem Arbeitslosigkeit erstmals in der Nachkriegsgeschichte zu einem nennenswerten Phänomen wurde, in der der technologische Fortschritt sichtliche ökologische Folgewirkungen zu zeigen begann, in der der erklärte innenpolitische Hauptfeind der gesamten extremen Rechten, die SPD, tatsächlich an der Regierung beteiligt war und vor allem die Hauptforderung des gesamten Lagers, die Wiederherstellung der Grenzen von (mindestens) 1938, drohte aufgegeben zu werden, suchte sie nach neuen strategischen Ansätzen und ideologischen Grundlagen für die extreme Rechte. Die Hoffnung weiter Teile der AnhängerInnenschaft und Mitglieder der NPD auf eine Regierungsbeteiligung dieser Partei hielt die »Junge Rechte« für vergeblich.

Suchen im Vorgestern

Wenn aber die alten Wege als nicht gangbar eingeschätzt werden, bleibt nur die Suche nach neuen als Ausweg möglich. Das »Junge Forum«, ebenso wie vergleichbare Zeitschriften geringer Auflage wie die »Fragmente« diente als Diskussionsorgan und vor allem als Ort der Wiederentdeckung verlorener Theoriestränge. Wenn immer wieder darauf verwiesen wird, dass die Ideologie der »Neuen« Rechten wesentlich eine Adaption, Fortführung und Aktualisierung der Ideen der so genannten »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik sei, dann muss zugleich ergänzt werden, dass deren Werke zur damaligen Zeit bestenfalls antiquarisch greifbar waren. Ihre wesentlichen Akteure hatten sich entweder den Gegebenheiten im Nachkriegsdeutschland angepasst oder sich völlig zurückgezogen. So lag eine Hauptaufgabe dieser »Neuen« Rechten zunächst in der Freilegung der verschütteten Theoriebestände. Es dauerte bis 1971 ehe der Berliner Aktivist »Axel Malde«, ein späteres Redaktionsmitglied des Szeneblattes »Ideologie & Strategie«, als Themenheft



^ *Henning Eichberg (Video-Screenshot)*

des »Jungen Forums« den Beitrag »Zur Geschichte der nationalrevolutionären Bewegung in Deutschland« vorlegte. Ein Jahr zuvor war Hauptthema der Zeitschrift der Aufsatz »Sozialismus von ‚rechts'. Ein historischer Abriss« eines gewissen »Hartwig Singer« gewesen. Hinter diesem Pseudonym verbarg sich niemand anderes als der heutige Sportwissenschaftler Henning Eichberg, der für rund zwei Jahrzehnte zu einem der produktivsten und wichtigsten Autoren dieses Spektrums zählen sollte.

Beide genannten Arbeiten gehen letztlich nur auf unterschiedliche Aspekte des gleichen Themenfeldes ein. »Axel Malde«, Exponent der Berliner »neu«rechten Gruppe »Außerparlamentarische Mitarbeit«, betonte: »Aufgrund der Tatsache, dass heute Nationalismus und sozialrestaurative Tendenzen im Bewusstsein der Öffentlichkeit eng miteinander verbunden sind, ist es von Interesse, etwas über die nationalrevolutionären Ansätze im Rahmen der jüngeren deutschen Geschichte zu wissen.« Stillschweigend geht er davon aus, dass nationalrevolutionär und sozialrevolutionär in der Weimarer Republik untrennbar zusammengehörte. Allerdings sei der Mainstream des Nationalismus in Deutschland »in historisch entscheidenden Zeiten der jüngeren Geschichte selten revolutionär in irgend einer Form gewesen«, sondern stets »an die konservativen Interessen einer herrschenden Schicht gebunden« gewesen. Die Linke hätte einfacher ausgeführt, dass sich die Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus im nationalstaatlichen Rahmen vollzog. Dessen Verknüpfung mit einem sozialrevolutionären Impetus wäre danach so etwas wie die Quadratur des Kreises gewesen. »Axel Malde« allerdings suchte trotzdem unverdrossen nach Werkzeugen für dieses Vorhaben und entdeckte als geistige Vorläufer Bewegungen von der »Bündischen Jugend« über die »Freikorps« bis zu den »Nationalbolschewisten«.

Eichberg dagegen fragt nicht nach den TrägerInnen der Ideen, sondern vielmehr nach den Ideen selbst; um zu analysieren, welche Teile man nach einer Steinbruchsarbeit aktuell nutzen könne. »Was verstanden konservative und nationalistische ‚Sozialisten' unter diesem ihrem Programmbegriff? An welchen Modellen einer angestrebten Gesellschaft orientierten sie sich?« Einen ersten wichtigen Vorläufer machte er im »soldatischen Nationalismus«, bei den VertreterInnen der »Ideen von 1914« aus: »Sozialismus – das war im Denken dieser Schriftsteller gleichbedeutend mit der ‚Gemeinschaft' als militärischer und nationaler Solidarität (…), als Sozialreform von oben in Bismarckscher Tradition (»autoritativer« oder »Beamtensozialismus«), konfrontiert mit den negativ gewerteten Begriffen des Westens: Liberalismus, Demokratie, Kapitalismus, Kosmopolitismus.« Die angestrebte Gemeinschaft steht als positives Gegenbild zu den abgelehnten Werten des Westens. Worin sich dies tatsächlich von den Ideen der alten Rechten unterschied, wurde nicht deut-

lich. Auch Eichberg war nicht bereit, völlig mit seinem altrechten Umfeld zu brechen. Neben Teilen der »Konservativen Revolutionäre« benennt er auch »die nationalsozialistische Linke« (einschließlich Joseph Goebbels) zu den Vorläufern seiner Strömung. Der angebliche Bruch mit der Ideologie der extremen Rechten bedeutete allerdings nie, dass nicht zugleich die Kooperation gesucht wurde. An den mehrmals jährlich tagenden »Saburg-Runden« nahmen auch Burschenschafter wie Hannes Kaschkat oder spätere offene Neonazis wie Jürgen Rieger oder auch NPD-Parteivorstandsmitglieder wie der unlängst verstorbene Henning Jäde teil. Karl-Heinz Pröhuber, damals selbst Aktivist dieses Spektrums, heute Inhaber des »Helios-Verlages« in Aachen, verweist in seinem Buch »Die nationalrevolutionäre Bewegung in Westdeutschland« auf die Nähe zur Kleinpartei »Deutsche Gemeinschaft«, die »manches von dem an Programmatik vorwegnahm, was die heutige nationalrevolutionäre Bewegung fordert«. So habe diese Partei für einen »Dritten Weg« zwischen Kommunismus und Kapitalismus plädiert, mit den antikolonialen Befreiungskämpfen der »Dritten Welt« sympathisiert und den Abzug der Truppen der USA und der UdSSR aus Deutschland gefordert. Bleibt zu ergänzen, dass der Vorsitzende der »Deutschen Gemeinschaft«, August Haußleiter, in der Frühphase der Partei »Die Grünen« zu einem ihrer Bundessprecher wurde. Pröhuber fügt an, dass der Einfluss des »linken« Nationalsozialisten Otto Strasser auf die Nationalrevolutionäre noch intensiver gewesen sei.

Europa

Wenn sich das »Junge Forum« der damaligen Zeit im Untertitel als »Beiträge zum Selbstverständnis der Jungen Rechten und zu einem modernen Nationalismus europäischer Prägung« bezeichnete, beschreibt dies einerseits, dass ein Hauptteil der Arbeit in der Wiederentdeckung der Geschichte der eigenen Theorie bestand und verweist andererseits auf die tatsächlich sich anbahnende theoretische Neuerung in diesem Zirkelgeflecht. Der Nationalismus wurde zwar als Grundlage beibehalten, doch sollte er von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene transformiert werden. Diese Ausrichtung hatte die »Nouvelle Droite« im Unterschied zu ihrem deutschen Namensvetter von Anbeginn an gehabt. In Frankreich war die Gruppe um Alain de Benoist zu dem Schluss gelangt, dass nach dem Verlust des kolonialen Algeriens (1962) und damit dem faktischen Ende des Kolonialreichs, eine eigenständige Weltmachtrolle Frankreichs nicht mehr möglich sei. Genau dieser Fakt träfe aber auf alle europäischen Staaten zu. Wenn diese alleine zu schwach seien, dann müssten sie sich eben mit anderen verbünden. Ein »Reich Europa« oder aber eben ein »moderner Nationalismus europäischer Prägung« schien einen passablen Ausweg aus dem Dilemma darzustellen. Im Unterschied zu den deutschen »Nationalrevolutionären« war deshalb bei der französischen »Neuen« Rechten die Europaorientierung von Anbeginn an eine unverzichtbare ideologische Grundlage.

Dazu musste das bisherige Primat des Antikommunismus aufgegeben werden. Es wurde ersetzt durch die Propagierung einer Äquidistanz zu den beiden Weltmächten USA und UdSSR, die zu wesensgleichen Feinden erklärt wurde, die beide Teile Europas besetzt hielten und so die europäische Einigung und eine eigenständige Weltmachtrolle des Subkontinents verhinderten. Für die Mehrheit der deutschen extremen Rechten war eine solche ideologische Volte eine unüberwindliche Zumutung. Die junge, nationalrevolutionär orientierte Rechte dagegen griff diese ideologische Umorientierung begierig auf. Hatte beispielsweise Eichberg schon im »Jungen Forum« 1969 mit seinem Aufsatz »Mai 1968. Die französischen Nationalisten und die Revolte gegen die Konsumgesellschaft« die dortige angebliche Konvergenz zwischen links und rechts auf den Barrikaden, ausgehend von einem Besuch bei GesinnungsgenossInnen in Straßburg, gefeiert, so suchte er auch den direkten Kontakt zu den Trägergruppen. Bereits 1966, noch vor der Gründung des GRECE, besuchte er das jährliche Zeltlager der »Fédération des étudiants nationalistes« (»Vereinigung nationalistischer Studenten«) in der Provence. Aus dieser Gruppierung stammte ein wesentlicher Teil der späteren Protagonisten der »Nouvelle Droite«. Hier erschloss er sich zusätzliche ideologische Quellen für seine nationalrevolutionären Ansätze, nämlich nicht-marxistische, als links verortete Theoretiker wie den revolutionären Syndikalisten Georges Sorel, den Anarchisten Pierre-Joseph Proudhon oder den Sozialdemokraten Ferdinand Lassalle.

Hervorzuheben ist, dass es einer der wenigen Altrechten war, der dem dissidenten Nachwuchs Verständnis zollte, ihm den Kontakt vermittelte. Es handelte sich um den Herausgeber der Monatszeitschrift »Nation Europa«, Arthur Erhardt, einen ehemaligen SS-Mann. Doch nicht die SS-Vergangenheit und deren Europaideologie dürften entscheidend gewesen sein für die Förderung der jungen Autoren, sondern seine Prägung und Verbindung mit der »Bündischen Jugend«. Bei Eichberg ging die durch ihn vermittelte Verbindung nach Frankreich so weit, dass er zeitweise sogar zum Redaktionsmitglied der »Nouvelle Ecole« wurde.

Und doch: 1968 hatte etwas mit dieser »Neuen« Rechten zu schaffen. Der Elan der rebellierenden Linken, die an den Grundgewissheiten des BürgerInnentums rüttelten, schien den selbst ernannten Revolutionären auf der Rechten die Überzeugung zu rechtfertigen, dass in einer solchen gesellschaftlichen Krisensituation und Umbruchsphase alles möglich sei. Selbstbewusst verkündeten sie in ihrem Theorieblatt »Neue Zeit«: »Neue Kräfte signalisieren das Ende des westlichen und des östlichen Imperialismus, rütteln an den Grundfesten der bestehenden Systeme und überholten Herrschaftsstrukturen.« Die »Revolution des Bewusstseins« sei auch in Deutschland nicht aufzuhalten. »Nationalrevolutionäre europäische Sozialisten sind ihre Bannerträger.«

Die jungen Nationalrevolutionäre von einst sind alt und grau geworden. Der Optimismus von einst ist längst der Resignation gewichen. Sogar die letzten nationalrevolutionären Zeitschriften wie die »Wir selbst« sind längst eingegangen. Ihr Herausgeber Siegfried Bublies, über Jahrzehnte einer dieser »Bannerträger«, verlegt inzwischen NS-affine Bücher. Der Sturm, der an den »Grundfesten der bestehenden Systeme« rütteln sollte, erwies sich nur zu schnell als einer im Wasserglas, als laues Lüftchen, das schnell verwehen sollte. Was bleibt, ist geradezu absurd für NationalistInnen: der sehnsüchtige Blick ins Nachbarland Frankreich.

Des Kaisers neue Kleider

An den Think-Tanks und Theorieorganen der »Nouvelle Droite« hängt seit ihrer Gründung das Image des Elitären. Unterstützt wird das durch den vermeintlich entspannten Umgang mit VertreterInnen der politischen Linken.

von Jean Cremet

Götz Kubitschek wird sicherlich noch lange davon träumen, dass seine Zeitschrift »Sezession« einmal annähernd den Erfolg für sich reklamieren kann, den in Frankreich die »Éléments« mit dem Untertitel »Für die europäische Zivilisation« seit langen Jahren verbuchen können. Der Schritt von der AbonnentInnenzeitschrift zum Publikumsblatt, das in den Presseläden erhältlich ist, liegt in weiter Ferne. Tatsächliche erfolgreiche Brückenschläge zu einstmals wichtigen linken SchriftstellerInnen und PhilosophInnen kann er nicht für sich verbuchen. Wo Kubitschek sich über seine Streitgespräche mit dem ehedem linken Jürgen Elsässer (»Compact«) freut, bieten die »Éléments« in ihrer aktuellen Ausgabe (Nr. 157) ein mehrseitiges Interview mit dem international bekannten Philosophen Michel Onfray. Onfray, ehemals bekennender Wähler der trotzkistischen »Ligue communiste révolutionnaire« (»Revolutionär-kommunistische Liga«, LCR), kritisiert heute die Linke, denn diese habe mittels der Gendertheorie oder einer angeblich unkritischen Haltung zum Islam ihre linken Inhalte aufgegeben.

Mit Michel Onfray gewinnt das Blatt einen Autor, den man ansonsten in den großen bürgerlichen Leitmedien findet. Diese Konvergenz hatte sich bereits angedeutet. Im Februar hatte er gegenüber der Wochenzeitung »Le Point« im Interview erklärt: »Ich bin anti-liberal, gegen den Euro und Europa, für die Völker, ich verfechte einen Sozialismus nach Art von Proudhon, einen genossenschaftlichen und föderalistischen, ich glaube an den Genius des Volkes (…) Wenn die ‚Éléments' darin mit mir übereinstimmen, soll ich dann aufhören zu glauben, was ich glaube?« Und genau in dieser Zeitschrift kokettiert er aktuell mit der Aussage: »Populistisch? Das bevorzuge ich gegenüber liberal, kapitalistisch, bourgeois, sozialdemokratisch.«

Die seit 1973 erscheinenden »Éléments« haben sich mit der letzten Ausgabe dieses Jahres neue Kleider zugelegt. Statt wie bisher 64 Seiten Umfang gibt es nunmehr 96, auf edlem Papier und durchgängig in Farbe. Der Preis stieg moderat: statt früher 5,50 Euro kostet ein Exemplar jetzt 6,90. Kostendeckend ist beides zweifellos nicht. Und ab 2016 soll zudem die Erscheinungsweise nicht mehr vierteljährlich sondern zweimonatlich sein. Die Frage nach dem Besitzer der Geldspritze, die dem Blatt offenbar verpasst worden ist, ist eine interessante. Der Kaiser hat neue Kleider. Alain de Benoist, nach wie vor der wichtigste Autor der Zeitschrift, tritt nunmehr als Leitartikler nicht mehr unter seinem Pseudonym »Robert de Herte« auf, sondern erstmals unter seinem Klarnamen. Neu ist, dass neben Chefredakteur Pascal Eysseric nunmehr auch ein Stellvertreter (François Bousquet) und ein wissenschaftlicher Redakteur (Bastien O'Danieli) genannt werden.

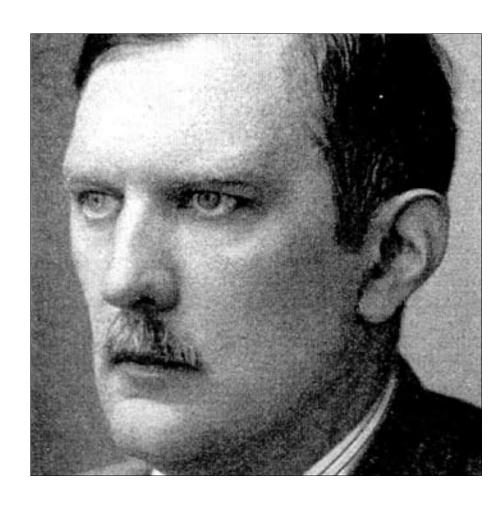
Und doch können die neuen Kleider nur schlecht kaschieren, dass die »Nouvelle Droite« durch sie nur unzureichend verhüllt wird. Die gerade erschienene Ausgabe ihres Theorieblattes »Krisis« versucht lediglich an die Erfolge anzuknüpfen, die andere erarbeitet haben. Mit ihr sollen im Themenheft »Sex/Gender?« die theoretischen Grundlagen für die AnhängerInnen der Massendemonstrationen »Manif pour tous« gegen die Möglichkeit der Homosexuellenehe geliefert werden. Es darf bezweifelt werden, dass diese konservativ-klerikal orientierte Klientel davon tatsächlich angesprochen wird. Und die »Nouvelle Ecole«, das Renommierprojekt der französischen »Neuen Rechten«, ist letztmals 2014 erschienen – mit einer wenig spannenden Ausgabe zum Schwerpunkt »Die Germanen«.

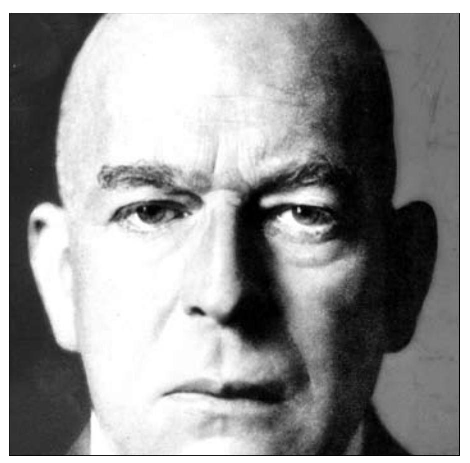
Ob es mit diesen Veröffentlichungen sowie den inzwischen zahllosen Buchveröffentlichungen von Alain de Benoist tatsächlich gelingen kann, wenigstens ein Stück in Richtung der angestrebten »kulturellen Hegemonie« zu gelangen, darf getrost bezweifelt werden. Als 1981 – französische Ausgaben der Werke des italienischen Marxisten Antonio Gramsci lagen noch nicht vor und von den französischen Aktivisten des GRECE sprach niemand italienisch – die »Nouvelle Droite« bei ihrem Jahreskolloquium die Forderung nach einem »Gramscismus von rechts« verkündete, konnte sie damit noch Aufmerksamkeit durch Verblüffung erzeugen. Rechte, die sich auf einen marxistischen Theoretiker berufen? Der verkündete Anspruch verdeckte als neues Kleid den Umstand, dass das Ziel der Eroberung der kulturellen Hegemonie (darin erschöpfte sich der »Gramscismus von rechts«) nur ein anderer Ausdruck für die durch die »Nouvelle Droite« verfolgte Methode der Metapolitik war. Es handelte sich nicht um eine Konvergenz mit der Linken, natürlich nicht um eine ideologische »Querfront«, erst recht nicht um die »Eroberung der Macht der Ideen«, wie es Guillaume Faye bei der erwähnten Konferenz verkündete, sondern um die geschickte Nutzung des Faktes, dass auch die Linke nicht viel von dem linken Autor Antonio Gramsi kannte.



^ *Marxist Antonio Gramsci*

Dieser Versuch der Vereinnahmung zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der »Nouvelle Droite«. Vom »Gramscismus von rechts« bis zu Michel Onfray heute. Für eine Denkfabrik, die man gern sein möchte, ist das nicht viel an Entwicklung in über vierzig Jahren. Auch dann nicht, wenn das Dossier der vorliegenden Ausgabe unter der Überschrift »Die Rechte angesichts des liberalen Giftes« steht. »Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde« überschrieb 1922 Moeller van den Bruck seinen Beitrag in dem Sammelband die »Neue Front«. Nichts Neues also, der Kaiser ist nackt.







Ahnenreihe

Inspiration und ideologischer Ausgangspunkt für das in Deutschland gemeinhin als »Neue Rechte« bezeichnete politische Spektrum waren Reaktionäre sowie Konservative der Weimarer Republik. Deren Rechtstheorien, Kulturpessimismus und Untergangsgeraune sind der Hintergrund, vor dem sich das »neurechte« Milieu aktuell in Stellung bringt.

von Volker Weiß

»Das Tier im Menschen kriecht heran. Afrika dunkelt in Europa herauf. Wir haben die Wächter zu sein an der Schwelle der Werte.«. Mit diesen Worten schloss Arthur Moeller van den Bruck 1923 sein Hauptwerk »Das Dritte Reich«, das zu einer der programmatischen Hauptschriften der deutschen Rechten vor 1933 werden sollte. Im Kontext der Flüchtlingskrise findet sich das Zitat heute in der Chronik der Facebook-Seite »Deutsche Weltanschauung«. Die Seite mit immerhin fast 6.000 Likes ist eine von unzähligen ähnlichen Web-Auftritten, irgendwo zwischen Neonazismus und Nationalkonservatismus, und bietet die milieutypische Gemengelage aus Kitsch und Politik. Die Bildergalerie zeigt neben jungen Frauen mit geflochtenen Zöpfen, Naturromantik und Portraits blonder Kinder auch Verweise auf NS-Ikonen wie Horst Wessel und Arthur Rosenberg. Sie spart nicht an offener Bewunderung für den Nationalsozialismus und präsentiert daneben zahlreiche Zitate »konservativer Revolutionäre«. Neben Moeller van den Bruck lassen sich unter anderem Carl Schmitt, Oswald Spengler, Ernst Jünger und Ernst von Salomon finden. Dieses Beispiel macht deutlich, wie in der heutigen rechten Szene der Bogen von Autoren der Zwischenkriegszeit zur heutigen Rechten geschlagen wird. Des Weiteren verlinken die BetreiberInnen vor allem auf Inhalte der »Identitären Bewegung« sowie auf die Zeitschrift »Sezession« und den von Götz Kubitschek geführten Verlag »Antaios« im Umfeld des »Instituts für Staatspolitik« (IfS). Allesamt sind sie im Milieu der »Neuen Rechten« zentrale Größen.

»Konservative Revolution«

Diese willkürlich gewählte facebook-Seite zeigt erstens, dass sich die Autoren des heroischen und völkischen Nationalismus aus der Zeit zwischen den Weltkriegen unter dem Sammelbegriff »Konservative Revolution« nach wie vor großer Beliebtheit in der deutschen Rechten erfreuen. Zweitens ist sie ein Beispiel dafür, dass die Grenzen zwischen neonazistischem und »neu-rechtem« Milieu fließend sind.

Dabei diente das Paradoxon einer »Konservativen Revolution« zunächst genau dem Zweck der Abgrenzung eines rechten Theoriekanons, vor allem der 1920er Jahre, vom Nationalsozialismus. Es wurde von dem Schweizer Armin Mohler populär gemacht, der unter diesem Titel erstmals 1950 einen Reigen extrem rechter Autoren in einem »Handbuch« versammelte. Zweck dieser Arbeit war die Rehabilitation politischer Denker, die nach der Niederlage des Nationalsozialismus diskreditiert waren. Mohler versuchte ein stark heterogenes Autorenspektrum unter einem Begriff zu subsumieren, um die vorgebliche Distanz der deutschen Rechten zum NS zu betonen. Die so begründete neue Traditionslinie bestand aus Antidemokraten wie Carl Schmitt, Edgar Julius Jung und Ernst Jünger, Antisemiten wie Artur Dinter, Adolf Bartels, Heinrich Claß und Theodor Fritsch, tatsächlichen konservativen Gegnern Adolf Hitlers wie Ludwig Quabbe und Nationalsozialisten wie Paul Schultze-Naumburg, Geopolitikern wie Karl Haushofer und Max Hildebert Boehm, antikatholischen Deutschnationalen und Rechtskatholiken, Nationalbolschewiken und Jungkonservativen sowie Künstlern, Intellektuellen und Politikern der Rechten. Das Ergebnis war eine monumentale Bibliographie, die zu Mohlers Lebzeiten fünf erweiterte Auflagen von seiner Hand erfuhr. Die sechste besorgte 2005 Mohlers Schüler und Biograph Karlheinz Weißmann, der ehemalige wissenschaftliche Leiter des »Institut für Staatspolitik« (IfS) und ehemalige Redakteur der »Sezession«. Trotz ihrer offensichtlichen Schwächen, die verschiedenen Fraktionen der radikalen Rechten in der Weimarer Republik zu einer »konservativen« und damit eigentlich diskutablen politischen Strömung umzudeuten, konnte sich Mohlers Konstruktion behaupten. Erst Stefan Breuers »Anatomie der Konservativen Revolution« stellte 1992 das Gesamtkonstrukt sowohl in seiner angeblichen Homogenität als auch in der politischen Ausrichtung infrage und beschied: »Was immer die Konservative Revolution gewesen sein mag, eine konservative Revolution war sie nicht.«

»Neue Rechte«

Im Gefolge Mohlers war die Reorganisation der deutschen Rechten mittels der »Konservativen Revolution« zunächst ein ausgesprochen akademisches Phänomen. Ihrem Schöpfer blieb jedoch eine Universitätslaufbahn verwehrt. Mohler arbeitete zunächst als Privatsekretär Ernst Jüngers und als Journalist, um schließlich bei der »Siemens-Stiftung« unterzukommen, deren Geschäftsführer er 1964 wurde. Als Berater von Franz Josef Strauß versuchte er Einfluss auf die deutsche Politik zu nehmen. Mohlers Konstrukt begann vor allem in den siebziger Jahren zu wirken, als die deutsche Rechte Impulse der französischen »Nouevelle

< v.l.n.r. Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Carl Schmitt



Droite« aufnahm, um der kulturellen Wende von 1968 etwas entgegensetzen zu können. Durch seine lebenslange Tätigkeit als Netzwerker und als Autor in den wichtigsten Periodika der extremen Rechten wurde er zum Mentor der heutigen »Neuen Rechten«. Ihnen gilt der von Mohler erstellte Literaturkanon als Orientierungshilfe.

Den größten Einfluss dürften heute die Schriften der Gruppe haben, die von Mohler nach ihrer Eigenbezeichnung als »Jungkonservative« geführt wurde. Ihr Kern bestand aus einem Kreis, der sich 1919 aus Protest gegen den Friedenschluss von Versailles um den eingangs zitierten Moeller van den Bruck in Berlin zusammengefunden hatte. Dessen Parole »An Liberalismus gehen die Völker zugrunde«, hat für die gesamte extreme Rechte bis heute nichts an ihrer Gültigkeit verloren. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind es vor allem diese kompromisslosen Angriffe auf den »westlichen Liberalismus«, die Autoren wie Moeller van den Bruck für die heutige Rechte attraktiv machen, wobei der Marxismus meist als nur eine Variante des Liberalismus gesehen wird. Für ihn war die »deutsche Innerlichkeit« nicht mehr zum westlichen Kulturkreis zugehörig, sondern eher mit einem von ihm mystisch überhöhten Osten verwandt. Aufgeklärtes republikanisches Denken lehnte er ab. Moeller van den Brucks Interesse galt bei Weitem nicht nur der Politik. Bereits im Kaiserreich hatte er die Kultur entdeckt und sich für ihre kompromisslose Nationalisierung zu einem »preußischen Stil« ausgesprochen. Damit hatte er die Hegemonialstrategien im »vorpolitischen Raum« antizipiert, ehe diese von der »Neuen Rechten« über die Lektüre des italienischen Marxisten Antonio Gramsci wiederentdeckt wurden. Diese »metapolitische« Orientierung wird bis heute von führenden Köpfen der »Neuen Rechten« geteilt. Ihr Wunsch nach einer »Konservativen Kulturrevolution« ist ebenso groß wie bei ihren historischen Vorbildern. Moellers Werk ähnelt in vielen Punkten dem von Oswald Spengler, hinter dessen Bekanntheitsgrad er jedoch nach 1945 zurückstehen musste, bis dessen Andenken in der Öffentlichkeit auch allmählich verblasste.

Faschisten

Die Schriften des Staatsrechtlers Carl Schmitt sind dagegen zu keiner Zeit in Vergessenheit geraten. Sie zählen bis heute wohl zu den wichtigsten Inspirationsquellen für die »Neue Rechte«. Anders als Theoretiker wie Moeller und Spengler war Schmitt Akteur. Der glühende Antisemit war 1932 maßgeblich an der Umwandlung der Weimarer Demokratie in ein autoritäres Präsidialsystem beteiligt. Bis er selbst in Ungnade fiel, rechtfertigte er die Konsolidierung des NS-Staates juristisch. Bis heute gilt Schmitt als einer der anspruchsvollen Theoretiker der extremen Rechten. Seinem Werk werden grundlegende Kriterien des politischen Denkens und Handelns entlehnt. Das gilt für sein autoritäres Staats- und Gesellschaftsmodell ebenso wie für die Freund-Feind-Bestimmung im Politischen. Schmitts Überlegungen zur Besetzung des »Vorraums der Macht« durch ein effektives Elitennetzwerk referiert präzise ein Politikverständnis, das von den »Jungkonservativen« der Zwischenkriegszeit bis in die heutige intellektuelle Rechte Gültigkeit hat. Das gilt vor allem für das intellektuelle »Partisanentum«, das den Feind durch Nadelstiche so lange reizt, bis die Zeit reif für die Einnahme der Schlüsselpositionen im Staatsgefüge ist. Vor allem aber entspringen die geopolitischen Vorstellungen der heutigen »Neuen Rechten« Schmitts völkerrechtlichen Überlegungen zu einer »Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte«. In ihnen liegt der Schlüssel für das Konzept eines »eurasischen« Kontinentalbündnisses mit Russland zur Brechung der US-amerikanischen Hegemonie, das die Organe der »Neuen Rechten« in jüngerer Zeit stark für Putin werben ließ.

Neu im Verhältnis zu den historischen Vorläufern ist die sinkende Relevanz des Protestantismus bei der heutigen Rechten. Die verschiedenen Flügel der deutschen Rechten waren häufig am Geiste des preußischen Antikatholizismus orientiert, der die römisch-katholische Kirche seit Bismarck als universalistischen Fremdeinfluss anfeindete. Heute gewinnt dagegen neben einem populärkulturellen Neopaganismus ein fundamentalistischer Katholizismus an Bedeutung – und mit ihm die historischen Vertreter der rechtskatholischen Minderheit. Außer Carl Schmitt betrifft das vor allem Edgar Julius Jung, dessen Verständnis von der Demokratie als einer »Herrschaft der Minderwertigen« geteilt wird.

Die zentrale Stellung der »Konservativen Revolution« im politischen Selbstverständnis der »Neuen Rechten« wird von ihr selbst betont. Schon die Gründer des IfS bezogen sich auf die Notwendigkeit eines »Politischen Kollegs« für die neu-rechte Szene und damit auf die an den Berliner Jungkonservatismus um Moeller van den Bruck angegliederte private Hochschule. Im November 2009 unternahm die »Konservative Subversive Aktion« um Kubitschek eine Protestaktion gegen den Friedensschluss von 1919 und stellte sich damit symbolisch in die Tradition des jungkonservativen »Juni-Klubs«. 2011 wurde die 12. Sommerakademie des IfS und in Folge dessen die Herbstausgabe der Institutszeitschrift »Sezession« unter das Thema »Konservative Revolution« gestellt. Das vom IfS durch Karlheinz Weißmann und Erik Lehnert besorgte vierbändige »Staatspolitische Handbuch« bietet eine ganze Reihe von Einträgen zu Autoren und Werken der »Konservativen Revolution«. Die ebenfalls 2011 eingeweihte »Bibliothek des Konservatismus« in Berlin wirbt mit einer umfangreichen Sammlung zum Thema.

Von der ungebrochenen Bedeutung eines sonst vergessenen Autors wie Arthur Moeller van den Bruck zeugten ausführliche Würdigungen anlässlich seines 90. Todestages am 30. Mai dieses Jahres; in der »Jungen Freiheit« hatte Karlheinz Weißmann zur Feder gegriffen. Diese Traditionspflege beschränkt sich indessen nicht allein auf die »Neue Rechte«. Auch die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« (DS) lobte in der diesjährigen Augustausgabe Moellers »Verbindung von Nationalismus und Sozialismus«. Einen Monat später, in der Septemberausgabe der DS besprach zudem der Pressesprecher der sächsischen NPD, Thorsten Thomsen, ausführlich Weißmanns Biographie von Edgar Julius Jung. Sebastian Maaß, dem in diesem Milieu die Rolle des Chronisten zukommt, weist in seiner 2013 im »Regin-Verlag« erschienenen »Geschichte der Neuen Rechten« darauf hin, dass die »Tradition der Konservativen Revolution im neu-rechten Weltbild eine hervorgehobene Rolle ein(nimmt)«. Maaß ist selbst daran beteiligt, innerhalb der rechten Szene das Gedankengut der »Konservativen Revolution« zu propagieren. Der Tübinger Fotohändler hat bereits eine Reihe Portraits von »konservativ-revolutionären« Autoren veröffentlicht: Edgar Julius Jung, Moeller van den Bruck, Othmar Spann, Wilhelm Stapel, Carl Schmitt gehören dazu.

Mit der steigenden Relevanz einer »außerparlamentarischen Opposition« von rechts im Stile von PEGIDA werden auch die Einflüsse der »Konservativen Revolution« wieder zunehmen, zumal Akteure wie Kubitschek und das IfS an diesen Entwicklungen beteiligt sind. Daher gilt es heute umso mehr, Armin Mohlers Schöpfung als Konstruktion zurückzuweisen.

Rechtsintellektuelles Kraftwerk

Das »Institut für Staatspolitik« ist formal ein profaner gemeinnütziger Verein. Doch die von ihm und seinem Umfeld ausgehenden Aktivitäten rund um das selbsternannte »Institut« und seinen Hausverlag »Antaios« sind stilprägend für das rechtsintellektuelle Milieu.

von Wolfgang Laskowski und Patrick Schwarz



Dresden am Abend des 19. Oktober 2015: Vor der Semperoper sollen es 20.000 Menschen gewesen sein, die RednerInnen wie Akif Pirinçci und Tatjana Festerling hören wollten. Neben den in den Medien sehr präsenten Personen wie Lutz Bachmann, Siegfried Däbritz und Festerling steht Götz Kubitschek eher im Schatten der Aufmerksamkeit. An diesem Abend fungiert er als Übersetzer der ausländischen PEGIDA-Gäste von der »Lega Nord« (Italien) und der »English Defense League« (Großbritannien). Seit dem vergangenen Jahr tritt er als Redner zu ausgewählten Terminen bei LEGIDA und PEGIDA auf, wenn er von den VeranstalterInnen gebeten wurde. Seine Reden, im Internet abrufbar, sind keine rhetorischen Sternstunden, aber mit klaren ideologischen Aussagen. In seinen PEGIDA-Reden entwirft der Netzwerker des rechtsintellektuellen Milieus ein völkisches Programm (siehe drr Nr. 153). Seine politische Sozialisation erfuhr er in der bündischen Jugend, als Redakteur der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) und Gründer des Verlages »Edition Antaios«, in dem Anfang der 2000er Jahre biographische Skizzen rechter Vordenker erschienen. Er ist mit der rechten Publizistin Ellen Schenke verheiratet, die unter ihrem Mädchennamen Ellen Kositza nicht nur für das »Institut für Staatspolitik« (IfS) veröffentlicht.

Den Medien gilt Götz Kubitschek als Kopf der sogenannten »Neuen Rechten« in Deutschland. Bis vor kurzem suchte der Reserveoffizier der Bundeswehr nicht das Licht einer breiten Öffentlichkeit, sondern widmete sich über ein Jahrzehnt seinem Verlag und der Netzwerkarbeit im rechtsintellektuellen Milieu zwischen Burschenschaften und »Junger Freiheit«. Sein Name ist eng verbunden mit dem im Jahr 2000 im hessischen Bad Vilbel gegründeten IfS. In einem Interview für die JF erklärte der damalige intellektuelle Kopf der Gründungsgruppe, der Historiker und Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann, unter dem Eindruck der Debatte um die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, den Initiatoren schwebe ein »Reemtsma Institut von rechts« vor. Ziel des Instituts war und ist die politische Sozialisation des akademischen Nachwuchses im Sinne antiliberaler elitärer Lehren der sogenannten »Neuen Rechten«. Seinen Sitz nahm das Institut auf einem ehemaligen Rittergut im sachsen-anhaltinischen Schnellroda, zwischen Naumburg und Querfurt gelegen. Eben dort ist auch der von Kubitschek geführte Verlag »Antaios« ansässig, in dem sowohl rechte Theoriewerke als auch Essays im Geiste der »konservativen Revolution« erscheinen. Zug um Zug erweiterte der Verlag sein Angebot um weitere Genres. So erschien 2014 die Übersetzung eines Romans, welcher der italienischen faschistischen Bewegung »Casa Pound« huldigt. In einem Werbebrief des Verlages heißt es denn auch pathetisch, der Verlag stehe »in der geistigen Auseinandersetzung um die Asylkatastrophe im Zentrum des Geschehens. Vermutlich ist kein Verlag besser auf diese Situation vorbereitet: denn Identität, Volk, Verteidigung des Eigenen und Widerstand sind Kernthemen unseres Programms.«

Seit 2003 gibt das Institut die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift »Sezession« heraus. Sie versteht sich in der Nachfolge der Zeitschrift »Criticon« als Selbstverständigungsorgan des rechtsintellektuellen Milieus in Deutschland, in dem aktuelle Analysen aus »neu-rechter« Sicht ebenso Platz haben wie rechte Themen wie Identität, Nation und Volk. Politische Entwicklungen wie das Aufkommen der »Identitären Bewegung« oder das italienische Projekt »Casa Pound« wurden nicht nur ausführlich von der Redaktion journalistisch begleitet, sondern entwickelten sich zum zeitweiligen ideologischen und organisatorischen Bezugspunkt des IfS und seiner AkteurInnen. Auch wenn die Auflage wohl nur bei einigen tausend Exemplaren liegt, entwickelte sich die »Sezession« nicht nur wegen der inhaltlichen Breite, sondern auch durch die Einbindung etablierter AutorInnen und des rechtsintellektuellen Nachwuchses, zu dem wichtigsten Periodikum in diesem Spektrum – fernab von der Wochenzeitung »Junge Freiheit«.

Das Institut, dessen Geschäftsführung inzwischen auf den Berliner Philosophen Erik Lehnert übergegangen ist, hält Sommer- und Winterakademien für den akademischen Nachwuchs unter fünfunddreißig Jahren ab und führte in der Vergangenheit regelmäßige Tagungen mit mehreren hundert TeilnehmerInnen unter dem Namen »Berliner Kolleg« durch. Aber gerade in Berlin zeigte sich zunehmend das Problem passende Räumlichkeiten für die eigenen Veranstaltungen – egal ob in kleinerem oder größerem Rahmen – zu finden. Notgedrungen wird auf Schnellroda, als Sitz des Instituts und des »Verlages Antaios«, jetzt auch als Veranstaltungsort zurückgegriffen. Das IfS publiziert aber neben der »Sezession« auch eine Vielzahl von Studien zu Themen wie Einwanderung und Geschichtspolitik aus rechter Sicht. Einer direkten publizistischen Intervention in tagespolitische Geschehnisse enthielt sich das IfS jedoch. Stattdessen wird auf langfristige Hegemoniearbeit und Elitediskurse, manchmal durchaus in Korrespondenz mit MultiplikatorInnen der eigenen Inhalte etwa in den großen Tageszeitungen »Frankfurter Allgemeine Zeitung« und »Süddeutsche Zeitung«, gesetzt. Diese, an das eigene Milieu adressierte, intellektuelle Hintergrundarbeit des Instituts steht derzeit im Schatten der zunehmenden medialen Präsenz der Person Kubitscheks.



^ *Götz Kubitschek in Dresden*

Zwischen politischem Existenzialismus und Intervention

Kubitschek und sein Umfeld schwanken seit Jahren zwischen den Polen politischer Existenzialismus und konkrete Intervention. Über Jahre beschworen die AutorInnen des »Sezession«-Blogs unter dem Stichwort »Verteidigung des Eigenen« eher den Rückzug aus der Gesellschaft und die Stärkung eines nach innen gerichteten Identitätsdiskurses um Themen wie Erziehung, Bildung, Heimat und Familie. Im Mittelpunkt stand eine Selbstästhetisierung, die noch die Verrichtung banalster Alltagsvollzüge als einen Akt des Widerstandes gegen die als feindlich wahrgenommene moderne Welt heroisierte. Phasenweise gaben die BlogautorInnen Kubitschek und Kositza einer romantischen Innerlichkeit den Vorzug gegenüber der politischen Zeitdiagnostik. Darauf folgten mit den öffentlichen Auftritten der »konservativ-subversiven aktion« (ksa) und dem Versuch, eine rechte Literaturmesse, den »Zwischentag«, zu etablieren (siehe drr Nr. 151) Aktivitäten, die dem Milieu in einer breiteren Öffentlichkeit Gehör verschaffen sollten, aber erfolglos blieben. Der Versuch mit der ksa das aktionistische jugendliche Umfeld unter der Leitung von Kubitschek zu bedienen und in die politische Arbeit einzubinden wurde bereits nach einigen Aktionen eher stillschweigend beendet. Auch bei dem »Zwischentag« wurden schnell die organisatorischen Schwachpunkte des IfS deutlich. Nach der recht erfolgreichen Durchführung der ersten beiden »Zwischentage« in Berlin 2012 und 2013 als Präsentations- und Vernetzungsveranstaltung mit bis zu 700 TeilnehmerInnen kriselte es bald. Götz Kubitschek zog sich aus der Organisation zurück und übergab den »Zwischentag« an seinen bisherigen Mitorganisator Felix Menzel, Chefredakteur der rechten Jugendzeitschrift »Blaue Narzisse«. Nach Problemen mit den Veranstaltungsorten mussten die folgenden »Zwischentag«-Veranstaltungen 2014 in Bonn und 2015 in Erlangen notgedrungen in Verbindungshäusern in bescheidenerem Rahmen stattfinden. Nicht nur die Anzahl der AusstellerInnen, sondern auch die der BesucherInnen waren mehr als übersichtlich und so konnte nicht mehr als das direkte politische Umfeld des Veranstalters angesprochen werden.

Trennung von Karlheinz Weißmann

Über Jahre war Karlheinz Weißmann der intellektuelle Kopf des Instituts. Seine an Armin Mohler orientierte Denkschule war stilprägend für den intellektuellen Habitus des Instituts. Zum Bruch mit Weißmann kam es Mitte 2014 in Bezug auf die Bewertung der »Alternative für Deutschland« (AfD). Während Weißmann in der AfD den pragmatischen Versuch der Etablierung einer Partei rechts der Union erkannte, blieb Kubitschek der AfD gegenüber ambivalent. Zwar erkannte auch er den Nutzen der AfD als Plattform für die Verbreitung rechter Inhalte. Doch seine romantischen Vorstellungen vom exemplarischen Handeln des Einzelnen und einer exklusiven Elite lassen ihn taktisch zu bürokratischen Apparaten von Parteien auf Distanz gehen. Ein weiterer Grund der Trennung von Weißmann dürfte der polarisierende Kurs der öffentlichen Selbstinszenierung Kubitscheks sein. In diesem Sinne ist Weißmann der elitäre Intellektuelle, für den die Straße und die breite Öffentlichkeit kein Ort der politischen Betätigung ist. Kubitschek hingegen ist seinem Selbstverständnis nach ein intellektueller Aktivist. Während Karlheinz Weißmann neben eigenen Veröffentlichungen nun vor allem für die »Junge Freiheit« schreibt, ist Kubitschek mit dessen Weggang zunehmend in den ideologischen Mittelpunkt des IfS gerückt. Das Verhältnis zum journalistischen Flaggschiff der »Neuen Rechten« beziehungeweise zum Chefredakteur Dieter Stein war bereits in den letzten Jahren mehr als abgekühlt und eher von zunehmender Distanz gezeichnet. Aber mit der personellen Anbindung der JF über die »Förderstiftung konservative Bildung und Forschung« (FKBF) an die »Bibliothek des Konservatismus« (BdK) (siehe drr Nr. 146) in Berlin wird indirekt die Rolle des IfS zurückgedrängt.

Engagement zwischen AfD und PEGIDA

Dieser offensive Aktivismus Kubitscheks ist mit dem Rechtsruck der AfD nach dem Abgang von Bernd Lucke, dem erneuten Mobilisierungsaufschwung von PEGIDA und der Dynamik der gegenwärtigen Flüchtlingsdebatte in eine neue Phase getreten. Seine gemeinsamen öffentlichen Auftritte mit »Compact«- Chefredakteur Jürgen Elsässer dokumentieren den Willen Kubitscheks, über das eigene rechtsintellektuelle Milieu hinaus öffentlich zu wirken. Nach eigenen Aussagen ist Kubitschek Ende 2014 gebeten worden, PEGIDA strategisch zu beraten. In seinen Kommentaren im »Sezession«-Blog gibt er den weitblickenden Mentor der Bewegung, der zwischen PEGIDA und den Netzwerken der europäischen Rechten zu vermitteln wisse. Doch real ist Kubitschek in der Dynamik der PEGIDA ein intellektueller Außenseiter und Exot, ohne steuernden Einfluss. Das Verhältnis zum rechten Flügel der AfD ist etwas anders gelagert. Von Beginn an promotete »Sezession« die »Patriotische Plattform« der Partei und Björn Höcke als rechten Vordermann. Dass eine Klausurtagung der Thüringer AfD-Landtagsfraktion in Schnellroda stattfand, ist mithin kein Zufall, sondern Kennzeichen der ideologischen Orientierung Höckes.

Fazit

Das »Institut für Staatspolitik« und das mit ihm assoziierte Umfeld stehen in der Mitte der rechtsintellektuellen Szenerie in Deutschland. Das bedeutet jedoch nicht, dass das IfS und der »Verlag Antaios« das Zentrum rechter Diskurse bilden. Vielmehr zeigen Debatten, wie jene um die Thesen von Thilo Sarrazin, dass rechte und rassistische Diskurse in der Mitte der Gesellschaft auch ohne das Zutun des rechtsintellektuellen Milieus auskommen. Doch für die AfD und die von ihr geführten Diskurse um Volk, Nation und seit neuestem auch »Widerstand« stellt das IfS das rechtsintellektuelle Kraftwerk dar.

Who-is-Who

Eine unvollständige Vorstellung von AktivistInnen der »Neuen Rechten«

von Jens Breuer, Ernst Kovahl, Maria Reuß und Patrick Schwarz

Die »Neue Rechte« betont immer wieder die Wichtigkeit von »Orten« für die Entstehung, die Weiterentwicklung, die Tradierung und Verbreitung ihrer Politik und ihrer Ideologie. Darunter versteht sie Verlage, Zeitschriften, Bücherreihen oder Veranstaltungen zur Debatte. Der Kern ihrer Arbeit besteht, anders als in anderen Strömungen der extremen Rechten, im Denken, im Schreiben, im Veröffentlichen und Verlegen, in der Wiedergabe und Diskussion politischer Theorie. Praxis in Parteien oder großen Organisationen steht dieses Milieu der deutschen Rechten in der Regel ablehnend gegenüber. Ein wichtiges Element des »neu-rechten« Denkens ist ihr elitäres Selbstverständnis und die Sezession, also die reale oder zumeist eher als Monstranz vor sich hergetragene Abspaltung oder Loslösung von Strukturen der Gesellschaft. Zwar ist die Zahl der Personen, die diesem Milieu zuzurechnen sind, in den letzten Jahren vor allem durch die Nachwuchsarbeit des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) und der »Jungen Freiheit« (JF) angewachsen, doch der Kern der AkteurInnen bleibt übersichtlich – auch absichtsvoll durch ihren pseudo-elitären, kulturpessimistischen und akademischen Habitus. Die Masse ist der »Neuen Rechten« im Kern zuwider – eine nur wenig hilfreiche Einstellung beim Versuch, politisch wirksam zu werden.
Wir stellen einige ausgewählte AkteurInnen des »neu rechten« Milieus vor, die sich durch ihre publizistische Arbeit bemühen, kulturelle Hegemonie von rechts zu erringen und den vorpolitischen Raum zu beeinflussen. Ihre Relevanz kann sich durch die Reichweite und die Auflagen ihrer Publikationen ergeben. Bei anderen entsteht ihre Bedeutung für die »Neue Rechte« dadurch, dass die in aller Regel männlichen Autoren frühere Denker und Denktraditionen des Milieus oft in nur kleinster Auflage oder in teils handverlesener Runde neu entdecken, neu deuten, in Erinnerung rufen, tradieren und so für die politische Praxis breiterer Kreise der Rechten nutzbar machen. Die »Neue Rechte« ist gewissermaßen das ideologische Trüffelschwein der extremen Rechten. Ihre Kader der Ideologieproduktion schnuppern im Ringen um Hegemonie an allen möglichen und unmöglichen Winkeln gesellschaftlicher, politischer und geisteswissenschaftlicher Debatten.

Ellen Kositza

Ellen Schenke (Jahrgang 1973) publiziert unter ihrem Geburtsnamen Ellen Kositza als eine der wenigen Frauen innerhalb der »Neuen Rechten«. 1992 begann sie für die Wochenzeitung »Junge Freiheit« zu schreiben und war schließlich über 20 Jahre mit ihren Artikeln zur Familien- und Bildungspolitik eine der wenigen Autorinnen des Blattes. Vor allem das Thema Gender und Gender-Mainstreaming steht bis heute im Mittelpunkt ihrer journalistischen Arbeit. Dazu erschien 2008 ihr Bändchen »Gender ohne Ende. Was vom Manne übrigblieb« in der »Edition Antaios«, dem von ihrem Ehemann Götz Kubitschek geführten Verlag des »Instituts für Staatspolitik«. Im gleichen Jahr erhielt sie für ihre journalistische Arbeit den »Gerhard-Löwenthal-Preis« der JF-nahen »Förderstiftung für Konservative Bildung und Forschung« (FKBF). Nach dem Bruch des IfS mit der JF im Jahr 2014 ist ihr wichtigster Veröffentlichungsort heute die Zeitschrift »Sezession«. Kositza gehört der Redaktion an und schreibt regelmäßig auch im gleichnamigen Blog des Blattes. Sie beschäftigt sich weiterhin vor allem mit Gender und Gender-Mainstreaming und bietet Einblicke in ihr Eheleben mit sechs Kindern in der sachsen-anhaltinischen Provinz als neu-rechte »Querdenkerin«.

Götz Kubitschek



Das Verhältnis zwischen Götz Kubitschek (geboren 1970) und dem Chefredakteur der »Jungen Freiheit« Dieter Stein ist heute getrübt. Dabei schienen sie über Jahrzehnte unzertrennlich, beide waren in der »Deutschen Gildenschaft« aktiv. Seit den frühen 1990er Jahren war Kubitschek an der Seite der JF, zum Beispiel 1993 als Referent bei der »Sommeruniversität« des Blattes, als anfänglich unbezahlter und später hauptamtlicher Redakteur, bei einer Demonstration der JF gegen das Magazin »Der Spiegel«, als Verteidiger des Blattes 2003 auf einer Tagung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen und schließlich als Autor und Verleger der Festschrift »20 Jahre Junge Freiheit – Idee und Geschichte einer Zeitung« (»Edition Antaios«, 2006). Kubitschek sah die Aufgabe des Blattes darin, »die Normalität rechtsintellektuellen (...) Denkens einzufordern, durchzusetzen und zu verteidigen«. Doch seit 2013 gibt es offen Streit. Die JF kritisierte die von Kubitscheks »Institut für Staatspolitik« veranstaltete »neu-rechte« Messe »Zwischentag« als sektiererisch. Der Streit eskalierte später über die Einschätzung der »Alternative für Deutschland« (AfD). Stein und die JF setzten auf den bürgerlichen Flügel, Kubitschek stützte früh den offen rechten Flügel.
Der ehemalige Bundeswehrsoldat und Reserveoffizier Kubitschek lebt heute zusammen mit Ellen Kositza im sachsen-anhaltinischen Albersroda (»Rittergut Schnellroda«). Dort haben auch das im Jahr 2000 durch ihn mitgegründete IfS, sein 2003 aufgebauter »Antaios Verlag« und die seit 2003 von ihm verantwortete Zeitschrift »Sezession« ihren Sitz. Das IfS ist heute zentrale »Denkfabrik« der »Neuen Rechten«, Verlag und Zeitschrift sind wichtige Strukturen des Milieus. Kubitschek, der dem rechten »Freibund« nahe steht, sammelt bei Seminaren, Tagungen und mit dem Angebot zu Schreiben, junge rechte Intellektuelle. »(P)athetisch und kalt zugleich«, so sei ihr Blick auf die Welt, sagte Kubitschek.

Er beließ es nie ausschließlich beim Schreiben, beim Führen des »geistigen Bürgerkriegs«. Kubitschek ist auch militanter Aktivist. »Stoßtrupp oder Massenauflauf«, alles andere sei hilflos, schrieb er einst.
Er bedrohte Fotografen, rief 2008 die »konservativ-subversive aktion« (ksa) ins Leben, um Veranstaltungen des politischen Gegners zu stören, und plädierte jüngst für das »Recht auf Widerstand« der Deutschen »(g)egen die ungebremste Einwanderung Illegaler«. Neuerdings versucht sich Kubitschek als Redner vor großen Menschenmengen – bei PEGIDA in Dresden oder bei LEGIDA in Leipzig.

Martin Lichtmesz



Martin Lichtmesz, mit bürgerlichen Namen Martin Semlitsch, stammt aus Niederösterreich. Er ist quasi ein ideologisches Kind der »Jungen Freiheit« und des »Instituts für Staatspolitik« beziehungsweise dessen Zeitschrift »Sezession«. Den 1976 Geborenen hatte es zunächst an eine katholische Fakultät gezogen – er habe sich damals auf Sinnsuche befunden, sagte Lichtmesz. »Dieser Mangel an Sinn ist wohl das Krebsgeschwür unserer Zeit«, schwadronierte er. Ende der 1990er Jahre zog er nach Berlin – bei der »Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin« (DFFB) veröffentlichte er einen Film mit dem Titel »Der Wald«. Die Musik dazu stammte von der Wiener NeoFolk-Band »Novy Svet« – Lichtmesz war in seiner Jugend ein »richtiger Grufti«, wie er selbst über sich sagt. Lichtmeszs Begeisterung für das Medium Film ist später, ab 2005 auch in seinen ersten Texten für die JF nachzulesen, oft sind es Filmbesprechungen. Als er 2007 begann, in der Zeitschrift »Sezession« zu veröffentlichen, hieß es in seiner Vita, er sei »Filmstudent und freier Journalist«. Sein erstes Buch »Besetztes Gelände« (»Antaios Verlag«, 2010) befasste sich mit »Deutschland im Film nach ’45«. Lichtmesz schrieb und schreibt auch in vielen anderen Zeitschriften. Früher im rechten Darkwave-Magazin »Zwielicht«, wiederkehrend im Magazin »eigentümlich frei« oder in der österreichischen Quartalsschrift »Neue Ordnung«. Obwohl es ihm stets um die Nation und das autochthone, also alteingesessene oder bodenständige Volk geht, ist Lichtmesz kein Islamhasser, wie seine Zwischenrufe beim ersten »neu-rechten« »Zwischentag« 2012 in Berlin zeigten – vielleicht hat er dazu zu lange im Berliner Stadtteil Kreuzberg gelebt.
Lichtmesz ist für das »Spektrum Schnellroda«, also die Personen rund um das IfS und die »Sezession«, bedeutsam. Das wurde deutlich, als Götz Kubitschek mit ihm in Frankreich ausloten ging, wie es um die »Identitäre Bewegung« (IB) bestellt ist – schnell waren die beiden von der Realität dieser Bewegung ernüchtert. Dennoch steht Lichtmesz, der wieder in Österreich lebt, der dortigen IB nahe. Im Übrigen hat er ein gutes Gespür für rechte Themen: Nach dem Massenmord des Rechtsterroristen Anders Breivik 2011 übersetzte Lichtmesz Texte des Bloggers »Fjordman« (Peder Are Nøstvold Jensen) ins Deutsche, auf den sich der Norweger Breivik in seinem Manifest bezog. Jüngst legte Lichtmesz die Neuübersetzung des apokalyptischen und rassistischen Romans »Heerlager der Heiligen« von Jean Raspail vor (»Edition Antaios«, 2015). Während die erste Übersetzung von 1985, damals im extrem rechten »Grabert Verlag« veröffentlicht, einst kaum wahrgenommen wurde, kam der Roman später zu ungewöhnlichen Ehren. Lorenz Jäger schrieb 2005 in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« über das Buch und beklagte, es sei vergriffen. Im September 2015 besprach Jäger nun die Neuübersetzung von Lichtmesz und meinte, es »dürfte ein Kultbuch werden«.

Felix Menzel

1985 in Karl-Marx-Stadt geboren, studierte Felix Menzel in Halle Medienwissenschaften. Ab 2004 machte er sich von Chemnitz aus einen Namen als Redakteur der Zeitschrift »Blaue Narzisse« (BN). Damals war die Schülerzeitung voll von schwermütigen Gedichten, heute ist sie ein »Magazin für Jugend, Identität und Kultur« mit Onlineangebot und konservativem Profil. Die Bedeutung des Begriffes »konservativ« ist dabei sehr auslegungsfähig. Menzel selbst ist inzwischen im Spektrum der extremen Rechten ein begehrter Autor und Interviewpartner, etwa in Götz Kubitscheks »Sezession«, dem rechtskatholischen Blatt »Neue Ordnung«, dem österreichischen Blatt »Unzensuriert«, dem »volkstumspolitischen« »Eckart« und neuerdings auch in Jürgen Elsässers Hochglanzzeitschrift »Compact«. Hinzu kommen Einladungen als Referent, so zum »Institut für Staatspolitik«, zu Verbänden der CDU-Jugendorganisation »Junge Union« oder der »Alternative für Deutschland«. Ein Vortrag bei der »Bielefelder Ideenwerkstatt« im Jahr 2010 brachte Menzel eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Geldstrafe ein, weil er die Grünen-Poltikerin Claudia Roth beleidigt hatte. Einst Protagonist der »neu-rechten« Aktionsgruppe »konservativ-subversive aktion« ist Menzel heute ein Fan der »Identitären Bewegung«. In einem Dresdner Kellerraum schuf er ein »Identitäres Zentrum« und war Mitorganisator mehrerer »Zwischentage«, eine Art Messe der »Neuen Rechten«.
Zu den Förderern seiner Arbeit gehört der Verleger Götz Kubitschek. Unter den Unterstützern des Fördervereins der »Blauen Narzisse« fand sich auch der Chefredakteur der JF, Dieter Stein.
Die eigene politische Agenda hält Menzel im Ungefähren. In einem Interview 2006 mit dem Blatt »eigentümlich frei« erklärte er, ihn würden »liberale und libertäre Ideen« anziehen – allerdings auch ein »formgebender, normierender Staat«. In einem von ihm mitgestalteten »Geleit-

heft der konservativen Jugend« aus dem gleichen Jahr hieß es: »Jugend führt Jugend« – ein Topos der bündischen Bewegung, den sich auch die »Hitler Jugend« zueigen gemacht hatte und der bis heute durch den extrem rechten »Freibund« hochgehalten wird. Dort agierte Menzel als »Gruppenführer«. Zugleich war er Vorsitzender des »Allgemeinen Pennäler Rings«, vormals auch Sprecher der »Pennalen Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz«. Die Schülerverbindung bestand seit 2002 und wurde zeitweise durch den Sächsischen Verfassungsschutz beobachtet. Heute betreut Menzel von seinem Wohnort in Irland aus die Website »Einwanderungskritik«.

Auffällig ist, dass sich Menzel wie kaum ein anderer aus seinem Milieu an der Grenze zur Braunzone bewegt. Hinweise darauf geben zum Beispiel sein Kontakt zu einem früheren NPD-Landtagsabgeordneten in Sachsen oder seine Einladung als Gastredner im Dezember 2011 zum Thema »Ausländergewalt« zu einer Weihnachtsfeier der NPD-Zeitung »Wartburgkreis Bote« in Eisenach. Aufschlussreich ist auch ein in der Schriftenreihe der »Blauen Narzisse« erschienenes Bändchen über den Chemnitzer »Panzersprenger« und früheren Unterstützer der neonazistischen »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige«, Josef Kneifel. Einer der Mitautoren entpuppte sich als Pseudonym zweier Chemnitzer Neonazis. Einer von ihnen, Eric Fröhlich, war Führungsperson der inzwischen verbotenen »Nationalen Sozialisten Chemnitz«.

Dieter Stein



Der heutige Chefredakteur der »Jungen Freiheit«, Dieter Stein (Jahrgang 1967), betätigte sich in seiner Schulzeit in der CDU-Jugendorganisation »Junge Union« und später bei der Partei »Die Republikaner« (REP). Seit 1990 will er nicht mehr Mitglied einer Partei sein. Während seines Studiums der Politik- und Geschichtswissenschaft wurde Stein Mitglied der »Deutschen Gildenschaft«. 1986 gründete er dann die Schülerzeitung »Junge Freiheit« in Freiburg im Breisgau, anfänglich als Periodikum einer REP-Abspaltung. 30 Jahre später erscheint die JF heute als Wochenzeitung in Berlin mit einer Auflage von über 20 000 Exemplaren. Sie ist inzwischen das wichtigste Blatt aus dem Milieu des Rechtskonservatismus und versucht, von rechts in die Medienlandschaft und in politische Debatten zu intervenieren. Neben seiner führenden Rolle als Chefredakteur der JF steht Dieter Stein seit 2000 auch dem Stiftungsrat der gemeinnützigen »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« vor. Die Stiftung verleiht alle zwei Jahre den »Gerhard-Löwenthal-Preis« für JournalistInnen und Medien der rechtskonservativen Presselandschaft und betreibt vor allem in Berlin die »Bibliothek des Konservatismus«. Dort werden neben einer umfangreichen Sammlung von Büchern und Zeitschriften auch Veranstaltungen aus dem Umfeld der JF angeboten.

Karlheinz Weißmann



Karlheinz Weißmann (Jahrgang 1959) ist der derzeit profilierteste Vordenker der »Neuen Rechten« in Deutschland. Der promovierte Historiker und heutige Gymnasiallehrer für Geschichte und Religion im niedersächsischen Northeim trat während seiner Studienzeit der elitären Studentenverbindung »Deutsche Gildenschaft« bei und war in den 1980er Jahren Redakteur der rechten Zeitschrift »Phönix«. In seinen zahlreichen Veröffentlichungen stehen historische Themen im Mittelpunkt, die klare Bezugspunkte zu der historischen rechten Organisations- und Ideenwelt und zur heutigen »Neuen Rechten« aufzeigen. Zu seinen Publikationen gehören zum Beispiel die Neuüberarbeitung des Standardwerks »Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932: Ein Handbuch« (»Ares Verlag«, 2005) von Armin Mohler oder als Versuch einer Neupositionierung der Rechten das Buch »Das konservative Minimum« (»Antaios Verlag«, 2007).

Seine einflussreichste Rolle hatte Karlheinz Weißmann aber als langjähriger ideologischer Kopf des »Institut für Staatspolitik«, zu dessen Gründungskreis er im Jahr 2000 gehörte. Wesentliche Beiträge bei den zahlreichen Veranstaltungen, aber auch Veröffentlichungen des Instituts gehen auf ihn und seine Ideenwelt zurück. Damit sorgte er nicht nur für dessen ideologische und politische Ausrichtung, sondern wurde auch zum personifizierten Aushängeschild des Instituts. Mitte 2014 kam es dann aber zu einem öffentlich kaum kommunizierten Konflikt zwischen den Köpfen des IfS Erik Lehnert, Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann, der schließlich mit dem Rückzug Weißmanns aus dem Institut endete. Ursächlich war wohl das unterschiedliche Politikverständnis der Akteure – unter anderem im Bezug auf die damals entstehende »Alternative für Deutschland« und das Verhältnis des IfS zu der neuen Rechtspartei. Zeigte sich das IfS ihr gegenüber eher skeptisch bis ablehnend, positionierte sich Weißmann mit seiner engen Anbindung an die AfD-nahe »Junge Freiheit« deutlicher an der Seite der Partei.

Neben seiner Referententätigkeit für verschiedenste rechte Projekte – aber auch zum Beispiel 1994 für das damals CDU-geführte »Thüringer Ministerium für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei« – betätigt sich Weißmann seit Jahrzehnten immer wieder als Autor für verschiedene Periodika der »Neuen Rechten«. Heute ist Weißmann vor allem mit seiner Kolumne in der JF präsent. In deren Hausverlag erschien jüngst das Buch »Deutsche Geschichte für junge Leser« (»Edition Junge Freiheit«, 2015) des »neu-rechten« Vielschreibers und Theoretikers.

»Gender mich nicht«

Die »Neue Rechte« macht mobil gegen die Vorstellung eines sozialen Geschlechts und setzt sich als Verteidigerin einer traditionellen Geschlechterordnung in Szene. Dies schafft Anknüpfungspunkte an antifeministische Populismen auch jenseits der extremen Rechten.

von Juliane Lang



^ *Homophobe »Demo für alle«*

Die Angriffe gegen die Vorstellung eines sozialen Geschlechts – Gender – und die gleichstellungspolitische Strategie des »Gender Mainstreaming« haben in der »Neuen Rechten« eine fast zehnjährige Tradition. Aktuell läuft seit Frühjahr 2015 eine Abokampagne der »Jungen Freiheit« (JF) unter dem Titel »Gender mich nicht«, mit der sich das Blatt einmal mehr zur Schnittstelle zwischen extremer Rechter und konservativen FamilienpopulistInnen inszeniert. Und das erfolgreich – glaubt man den Aussagen der JF, nach denen die Abozahlen trotz Krise auf dem Zeitungsmarkt seit Jahren steigen.
Und auch in anderen neu-rechten Publikationen nimmt man sich des Themas an: Robin Classen, Autor der »Blauen Narzisse« (BN) und bei »eigentümlich frei«, spricht von einer »Erfindung des ‹Sexismus›« durch »Kulturmarxisten«, denen an einer »gesellschaftlichen Monopolisierung der Gender Mainstreaming-Ideologie« gelegen sei. Dem entgegen setzt er in seinem Artikel für die BN ein »gesundes Geschlechterbild«, das durch »die Akzeptanz der eigenen geschlechtlichen Determination und die Erfüllung der naturgemäßen Aufgaben« entstehe. Demzufolge gelte für Frauen die »natürliche Pflicht der Geburt und Erziehung der Kinder«, Männer hingegen seien für »das Kämpfen und den Schutz der Familie« zuständig. Der Artikel stellt die soziale Gewordenheit von Geschlecht in Abrede und argumentiert, bei Frauen sei »in ihrer Natur nachweislich angelegt«, sich an die Seite eines starken Mannes zu wünschen.

Gegen »Gender« und »Kulturmarxismus«

Der vermeintlichen Idylle einer in der Form charakterisierten Geschlechterordnung wird das Gegenbild einer Gesellschaft gegenüber gestellt, in welcher Männer und Frauen nicht in trauter Eintracht, sondern in einer Konkurrenz der Geschlechter nebeneinander leben würden. Feminismus – ebenso wie gleichstellungsorientierte Geschlechterpolitik – steht in dieser Denkart für eine (hegemoniale) männer- und familienfeindliche Politik, der es sich entgegenzustellen gelte.
Die »Blaue Narzisse« erklärt die Thematisierung von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen zum »kulturmarxistischen«, sprich widernatürlich-gleichmacherischen Projekt. So schreibt BN-Autor Robin Classen im bereits erwähnten Beitrag: »Ein wirklicher Coup ist den Kulturmarxisten schließlich mit der Erfindung des ‹Sexismus› in Analogie zum Rassismus gelungen. (...) ein inhaltsleerer und völlig unbestimmter Kampfbegriff zur Mundtotmachung Andersdenker (...), ein reiner Kampfbegriff (...) zur gesellschaftlichen Monopolisierung der Gender Mainstreaming-Ideologie.« Der Ideologievorwurf ist nicht neu, dient er doch dazu, den eigenen ideologischen Background zu verschleiern und sich mit dem vermeintlich ideologiefreien »gesunden Menschenverstand« zu schmücken.

Für »natürliche Weiblichkeit«

Die »Neue Rechte« versteht es als Strategie, sich in die Auseinandersetzung um Deutungshoheiten über Begriffe zu begeben: Am Beispiel von »Sexismus« wird hier demonstriert, wie ein Begriff seines ursprünglichen Inhalts entleert und zur willkürlichen Erfindung einer auf die Abschaffung der Geschlechter gesinnten, hegemonialen Lobby stilisiert wird. In der BN heißt es: »Sexismus wendet sich im Wesentlichen gegen jede natürliche Darstellung der Frau, gegen jede Idealisierung ihrer Schönheit, ihres natürlichen Charakters und Temperaments und gegen jede Form der Berücksichtigung der natürlichen Unterschiede der Geschlechter im Alltag.« Diese Aussage entspricht im Kern der Angst heterosexueller weißer Mittelschichtsmänner vor einer vermeintlichen »political correctness« à la »Darf ich Frauen jetzt nicht mehr schön finden?«. Hier knüpfen auch Publikationen antifeministischer AutorInnen jenseits der klassischen extremen Rechten an. So antwortete Birgit Kelle, bekennende Christin und CDU-Mitglied, auf die »Aufschrei«-Kampagne im Jahr 2013, in der sich Frauen gegen die Alltäglichkeit von Sexismus zur Wehr setzten, mit einer saloppen Kolumne und einem Buch mit dem gleichlautenden Titel »Dann mach doch die Bluse zu«. Es ist dieselbe Autorin, die Anfang Oktober den Hashtag »Aufschrei« nutzt, um im Magazin »Focus« rassistisch gegen den »täglich wachsenden Überschuss junger tatendurstiger Männer im besten Alter, aber ohne große Paarungschancen bei den deutschen Frauen« zu polemisieren. Sie findet sich in diskursiver und personeller Nähe zur »Neuen Rechten«: »Birgit Kelle macht Frauen Mut zu ihrer Weiblichkeit zu stehen«, titelte die JF schon 2013 und verlieh ihr den verlagseigenen »Gerhard-Löwenthal-Preis«. Auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse begrüßte die JF Kelle und andere AntifeministInnen wie Hedwig von Beverfoerde und Akif Pirinçci an ihrem Stand.

Meinungsfreiheit?

Die JF präsentiert sich damit Seite an Seite jener, die Gender und Feminismus zur gesellschaftlichen Macht erklären. Im Gegenzug gerät jeder Akt des geringsten Widerstandes damit zum revolutionären Schritt. »Stellen Sie sich vor, es wird gegendert, und keiner macht mit! Was keine demokratische Grundlage hat, muss man nicht hinnehmen. Nutzen Sie keine gegenderte Sprache. Es gibt kein Gesetz, das uns zwingen kann, Sternchen, Striche und große Binnen-I zu nutzen.«, schreibt die JF und geriert sich damit zur mutigen Vorkämpferin einer vermeintlichen Meinungsfreiheit – einer Meinungsfreiheit, die Frauen und Männer endlich wieder an die ihnen zugedachten Orte in der zweigeschlechtlichen Ordnung verweist.



»Neue Rechte« und Eurokrise

Zur Debatte um die Eurokrise hatte die »Neue Rechte« wenig beizutragen. Sie fiel in ihre stereotypen Beschreibungen zurück. Heimat, Volk und Gemeinschaft sind ihre Antworten auf die Krise.

von Gerd Wiegel

»It's the economy, stupid!« – mit diesem Bekenntnis zur zentralen Rolle der Wirtschaft für die Politik gewann Bill Clinton 1992 die Präsidentschaftswahlen gegen einen erfolgreichen Kriegspräsidenten George Bush, der über die nationale Glorie des Erfolgs im ersten Irakkrieg die Situation der heimischen Wirtschaft und die soziale Lage der Menschen in den USA aus dem Blick verloren hatte. Sicherlich war Clintons Satz kein Bekenntnis zur von Friedrich Engels 1890 formulierten materialistischen Geschichtsauffassung, nach der »das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens« sei. Dennoch verbindet beide Zitate das Bewusstsein, dass die soziale Basis der Gesellschaft letztlich entscheidend für die Entwicklung ist.

Nationale Souveränität statt kapitalistisches Weltsystem

Dieser materialistische Blick auf Gesellschaft ist der »Neuen Rechten« in allen ihren Schattierungen schon immer fremd gewesen. Abstraktion, Analyse und Planung werden mit Misstrauen beäugt und mit Begriffen wie »Anschauung«, »Besonderung« und »Gewachsenem« gekontert, wie es von Kurt Lenk in seinem Buch »Deutscher Konservatismus« beschrieben wurde. Ein Gebilde wie die Europäische Union widerspricht so ziemlich allen Vorstellungen dieser Rechten, die sich wenig für die Tendenz eines kapitalistischen Weltsystems, dafür sehr viel mehr für die Wahrung nationaler Souveränität interessiert. So begründet sich eine auffällige Lücke in der politischen Kommentierung des Tagesgeschehens in zentralen neurechten Publikationsorganen: Die in der Griechenland-Krise kulminierende Eurokrise fristet hier ein randständiges Dasein. Ein zentraler Moment im weltweiten Krisenzyklus kapitalistischer Entwicklung stößt auf geringes Interesse, eben weil dieser Rechten jegliches Verständnis für die Bedeutung dieser globalen Entwicklung abgeht beziehungsweise ihr politischer Ausgangspunkt ein völlig anderer ist. Zudem zeigt sich beim Blick auf die unterschiedlichen Facetten der »Neuen Rechten« die fortschreitende Ausdifferenzierung, die vor allem seit dem Auftauchen der »Alternative für Deutschland« (AfD) noch einmal zugenommen hat.

Falsche Politik der »EU-Eliten«?

Auf der Website der neu-rechten Zeitschrift »Sezession« findet sich seit Monaten das immer gleiche Mantra der kulturellen Überfremdung im Zuge der steigenden Zahl an Flüchtlingen. Während die klassischen Positionen einer ethnopluralistisch fundierten »Neuen Rechten« hier rauf und runter dekliniert werden, findet sich von Jahresanfang 2015 bis zur finalen Niederlage der griechischen Syriza-Regierung im Juli 2015 nur wenig zum alles beherrschenden Thema der europäischen Politik. Ein einigendes Band zwischen der »Sezession«, der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) und dem »Institut für Staatspolitik« (IfS) ist die Ablehnung der EU als supranationaler Staatenverband und des Euro als Ausdruck dieser Vergemeinschaftung. Diese von der »Neuen Rechten« nicht ökonomisch, sondern ideologisch begründete Fehlkonstruktion sei verantwortlich für die ökonomischen Verwerfungen, und der Euro wird als verfehlter Ausdruck einer gegen die Souveränität der Nationalstaaten gerichteten Politik der EU-Eliten bewertet. Neben den üblichen rechten Stereotypen zur »griechischen Mentalität«, wird die Krise als Ausdruck der Aufgabe nationaler Souveränität gedeutet. Griechenland ist hier genauso Opfer eines »ort- und heimatlosen Kapitalismus«, zu dessen Erfüllungsgehilfen die jeweiligen politischen Eliten herabgesunken seien, wie Deutschland.

Während sich die JF sehr viel mehr den deutschnational gefärbten Duktus des gut verdienenden und über zu hohe Steuern klagenden AfD-Bürgers zu Eigen macht, nimmt sich die »Sezession« in ihren wenigen Beiträgen zu dem Thema dieser Frage eher genereller an. So erinnert die JF an die vermeintlich guten alten Zeiten mit der eigenen Währung D-Mark, als man als BundesbürgerIn in den südlichen Ländern Europas noch mit »harter Währung« auftrumpfen konnte, während man diese Rolle heute an die Schweiz verloren habe. Mario Draghi als Präsident der »Europäischen Zentralbank« nähere den Euro der alten italienischen Währung Lira an, womit dieser Blick von Rechts noch einmal klar stellen soll, dass ein »Südländer« einfach nicht mit Geld umgehen kann. Die internationale Bank »Goldman Sachs«, bei der Draghi mehrere Jahre als Vizechef tätig war, sah das als finanzpolitischer Global Player bekanntlich ganz anders. Doch ökonomische Vernunft bestimmt sich für die JF nicht an den Bedürfnissen des internationalen Kapitals, sondern an den nationalen Souveränitätsvorstellungen der »Neuen Rechten«. So sei Deutschland eben gerade kein Gewinner von Euro und EU, sondern Opfer der europäischen Integration. Dass alle deutschen Kapitalverbände, bis auf den zeitweise die AfD unterstützenden »Verband der Familienunternehmer«, das ganz anders sehen, schert die JF wenig, da sie hier ein heimatloses internationales Kapital vermutet, das mit deutschen Interessen längst nichts mehr am Hut habe. Die EU wird als »Staatengefängnis« beschrieben, mit dem »demokratisch legitimierten Regierungen« der Wille »supranationaler Institutionen« aufgezwungen werde. Vergessen wird dabei nur, dass es eben diese demokratisch legitimierten nationalen Regierungen waren und sind, die die Regeln der Union setzen und sanktionieren – allen voran im konkreten Fall Deutschland.

Gegen Russland gerichtet?

Ohne ein Verständnis der generellen kapitalistischen Entwicklung und verbunden mit dem Irrglauben der nationalen Einhegung von deren Dynamik wird das Agieren der EU in der Griechenlandkrise als Vollzug US-amerikanischer »Eurasienpolitik«, die sich vor allem gegen Russland richte, begriffen. Überhaupt spielt Ökonomie in der JF nur im kurzsichtigen Kosten-Nutzen-Kalkül der mittelständischen SteuerzahlerInnen eine Rolle und die Bewertung politischer Entscheidungen erfolgt durch die Brille ideologischer Vorannahmen. EU und Euro seien Projekte zur Einhegung Deutschlands – was sie historisch ohne Zweifel auch waren. Doch die Weigerung zur Kenntnis zu nehmen, dass Deutschland inzwischen die dominierende Macht in der EU ist und die Demütigung Griechenlands durch die deutsche Regierung als Niederlage Deutschlands umzudeuten, ist schon ein starker Fall von Realitätsverkennung. KommentatorInnen verweisen seit Jahren darauf, dass die Bundesrepublik fast alle ökonomischen Ziele, die mit zwei Weltkriegen erreicht werden sollten, nun mit Hilfe ihrer Rolle in der EU erreicht hat.

Ideologische Positionen und Crossover

Während in der JF die Debatte im kleinen Rahmen und orientiert am damals noch vorhandenen nationalliberalen Flügel der AfD geführt wird, wird sie in der »Sezession« und im IfS grundsätzlicher angegangen. Da die Griechenland-Krise hier jedoch kaum vorkommt, lohnt ein Blick auf ältere Texte. In einem Beitrag von Felix Menzel über das zehnte Gründungsjubiläum der globalisierungskritischen Organisation »attac« (»Sezession«, 22. Januar 2010) und mit Blick auf die damals akute globale Finanzkrise heißt es: »Mit Arnold Gehlen gesprochen sehen wir heute die Auswirkung ethisch indifferenter Superstrukturen. Die Finanzmärkte und die EU sind solche Superstrukturen.« Von Menzel werden sie als »entortet« und »wurzellose Gebilde« beschrieben – Schlüsselbegriffe der Abgrenzung für die neue Rechte. Helfen würde es nur, diese »Superstrukturen zu zerschlagen und neue einfach gebaute Hierarchien mit örtlichem Bezug zu konstruieren.«

Volk, Heimat, Nation – dieser Dreiklang ist nach wie vor bestimmend für alle neu-rechte Kritik am globalen Kapitalismus, mit der eben nicht das Kapitalverhältnis selbst, die grundsätzliche Garantie von Eigentum an Produktionsmitteln oder die Differenzierung und Hierarchisierung der Gesellschaft in Elite und Fußvolk überwunden werden soll. Unter dem Titel »Globalisierung und Nation« schrieb der neu-rechte Vordenker Karlheinz Weißmann 2000 in dem Band »Alles, was recht(s) ist«, das »Kollektiv« müsse, »schon aus Eigeninteresse diejenigen fördern, die Wettbewerbsfähigkeit und politische Tüchtigkeit des Ganzen sicherstellten« und »den Wohlfahrtsstaat soweit abschmelzen, dass er lebensfähig bleibt.« Ein biederes nationales Leistungsethos macht sich hier bemerkbar, völlig im Rahmen eines Nationalliberalismus.

Ganz anders hört sich das bei dem französischen neu-rechten Theoretiker Alain de Benoist an, der im Interview mit der »Sezession« (3. Dezember 2014) Hinweise darauf gibt, warum sich Crossover-Positionen auch bei zahlreichen Leuten verfangen, die sich selbst eher als links begreifen. In klassisch neu-rechter Manier wird der Liberalismus, verbunden mit dem Dreiklang Kapitalismus-Menschenrechte-Marktgesellschaft, als Hauptfeind benannt, der – ausgedrückt auch in den globalen Institutionen wie der Europäischen Union, der G7-Runde oder dem Internationalen Währungsfonds – »die eigenständige Stellung von Gemeinschaften, Völker(n), Kulturen oder Nationen« nicht anerkenne. Für Benoist geht es um nichts weniger als um den Sturz der »herrschenden, vom Volk abgetrennten Klassen«. Für ein solches Projekt seien alle Mittel recht, »eben auch der Front National in Frankreich, die Podemos-Partei in Spanien, Syriza in Griechenland oder die AfD in Deutschland.« Der Kampf gegen den globalen Kapitalismus gebiete geradezu das Zusammengehen seiner radikalen Kontrahenten von rechts und links. Dieser Irrglaube möglicher Gemeinsamkeiten angesichts eines gemeinsamen Gegners wird auch von manchen Linken gepflegt und deren Herzen mögen höher schlagen, wenn Benoist fort fährt: »Der neue Klassenkampf setzt der Neuen (transnationalen und globalisierten) Klasse die Gesamtheit der Mittelschichten und der Volksklassen entgegen.«

Grundlage: Volk und Heimat

Doch wo der Ausgangspunkt der Analyse falsch ist, da kann auch das Ziel des Kampfes nicht richtig sein. Während eine Linke, materialistisch gesprochen, die reale Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens und damit die politisch natürlich zu beeinflussende ökonomische Grundlage des gegenwärtigen Kapitalismus zum Ausgangspunkt machen muss, ist es für die Rechte die anthropologisch verstandene Grundlage von Volk und Heimat, die zum Ausgangspunkt der Kritik am Bestehenden wird. Während eine kritische Linke die globale Finanzkrise nicht im Sinne einer Rückabwicklung der Globalisierung, sondern nur in deren Aneignung überwinden kann, will die Rechte genau diese Rückabwicklung. Da jedoch die Rechte mit ihrem Appell an Heimat, Volk und Gemeinschaft sehr viel näher am Alltagsverstand der Menschen ansetzen kann, während linke Erklärungen der Krise von komplizierten globalökonomischen Verhältnissen ausgehen, ist jede Verwischung des grundsätzlichen Unterschieds rechter und linker Krisenlösungen ein Gewinn der völkischen Rechten.

L´Origine

Die Beschäftigung mit der »Neuen Rechten« hierzulande führt zwangsläufig zu deren Anfängen. Diese liegen nahezu 50 Jahre zurück und haben ihren Ursprung in Frankreich.

von Bernard Schmid

Der Begriff der »Nouvelle Droite« (»Neue Rechte«) beschreibt in Frankreich ein Phänomen, das längst nicht mehr »neu« ist und in den 1970er und 1980er Jahren einen doppelten organisatorischen Ausdruck fand. Auf der einen Seite stand eine im Januar 1968 offiziell gegründete »Denkfabrik« namens »Groupement de recherches et d'études pour la civilisation européenne« (GRECE, »Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation«) unter Führung von Alain de Benoist. Daneben, ursprünglich als Ableger der GRECE, entstand im Jahr 1974 der »Club de l'Horloge« (»Uhrwerksclub«). Dieser sollte als Vorfeldorganisation der GRECE neue Köpfe rekrutieren, vor allem im Milieu der Elitehochschulen und der zukünftigen hohen Beamtenschaft, die dort ausgebildet wird. Während die ProtagonistInnen der GRECE ein aktives Mitmischen in der aktiven Parteipolitik und deren Apparaten eher mit Abscheu betrachteten – sie zogen die theoretische Arbeit und die Präsenz in wichtigen Presseorganen vor –, sollten einige Köpfe des »Club de l'Horloge« ab den 1980er Jahren parteipolitische Karrieren machen.

Ende des Mitmischens in der Parteipolitik

Heute allerdings sind die parteipolitischen Karrieren ehemals führender VertreterInnen der französischen »Neuen Rechten«, jedenfalls was ihre halbwegs bekannten Köpfe betrifft, allesamt zu Ende. Jean-Yves Le Gallou, der aus diesem Lager eine der erfolgreichsten Parteilaufbahnen einschlug – über die bürgerliche »Union pour la Démocratie Française« (UDF) und den »Front National« (FN) bis zu dessen Abspaltung unter Bruno Mégret, dem 1999 entstandenen »Mouvement national républicain« (MNR, »Nationale republikanische Bewegung«) –, hat sich aus der Parteipolitik zurückgezogen. Er ist heute an der Spitze der von ihm gegründeten Stiftung »Polemia« tätig, um sich der Definition von Begriffen und dem Erarbeiten von Konzepten zu widmen, von den »Neu-rechten« gern als »Metapolitik« bezeichnet. Der ebenfalls zeitweilig führende Parteipolitiker aus diesem Lager, Yvan Blot – »Rassemblement pour la République« (RPR, »Sammlung für die Republik«) und FN – hat seinerseits mit dem parteipolitisch organisierten Neofaschismus in Gestalt des FN gebrochen und ist seit 2005 Mitglied der bürgerlich-konservativen Partei »Union pour un mouvement populaire« (UMP, »Union für eine Volksbewegung«), die den früheren RPR fortsetzte und sich im Mai diesen Jahres in »Les Républicains« (LR, »Die Republikaner«) umbenannt hat. Heute widmet er sich vor allem dem Bücherschreiben und der Vortragstätigkeit zu früheren Kernthemen der GRECE: Bezug auf das antike Griechenland, Kritik am »Gleichheitswahn«, Propagieren aristrokratischer Ideale.

Grundpositionen der »Nouvelle Droite«

Über ihre organisatorische Geschichte hinaus muss bezüglich der französischen »Nouvelle Droite« in erster Linie festgehalten werden, dass dieser Begriff eine – in inhaltlicher Hinsicht – sehr spezifische Strömung innerhalb der antidemokratischen und antiegalitären Rechten bezeichnet. Diese »Neue Rechte« entstand vor dem Hintergrund des Scheiterns des extrem rechten Aktivismus und Militarismus während der Hochphase der französischen Kolonialkriege, insbesondere des Algerienkriegs. Sie versuchte die theoretischen Lehren aus der Entkolonialisierung und zugleich aus den »Fehlentwicklungen« des deutschen Nationalsozialismus – aus rechter Sicht – zu ziehen. Die »Nouvelle Droite« unterschied sich von anderen Strömungen der antidemokratischen Rechten einerseits durch ihre scharfe Absage an das Christentum und den »jüdisch-christlichen« Monotheismus, der als Fremdkörper in der »europäischen Zivilisation« sowie als Keimzelle eines schädlichen Egalitarismus und somit als Vorstufe zum Marxismus gesehen wurde. Während des Algerienkriegs hatte die Mehrzahl der rechten Fraktionen die französische (koloniale) Präsenz in Algerien noch damit gerechtfertigt, es gelte, einen »Leuchtturm des Christentums« auf der Südseite des Mittelmeers zu halten und zu schützen. Nach der Niederlage von 1962 verwarf diejenige Fraktion, die sich in der späteren »Neuen Rechten« wiederfinden sollte, dann jedoch diesen Bezug auf die »Verteidigung des Christentums«. Außerdem versuchte die »Nouvelle Droite« das Gedankengut der extremen Rechten zu modernisieren. Zu deren Grundpfeilern gehört der Rassismus, für den die »Nouvelle Droite« eine neue ideologische Basis entwickelte. Sie gab den traditionellen Anspruch der »Ungleichheit« und Herrschaft über »minderwertige« Menschen, der etwa im Kolonialrassismus enthalten war, auf und propagierte im Namen des »allen Kulturen gleichermaßen geschuldeten Respekts« eine »getrennte Entwicklung der Ethnien«. Das Konzept ist mittlerweile unter dem Begriff »Ethnopluralismus« weithin bekannt geworden. So äußerte sich die »Nouvelle Droite« im Unterschied zu anderen rechten Strömungen meist in freundlichen Worten über das Aufkommen des Islamismus, der als »wiedererwachendes Identitätsstreben« der muslimischen Bevölkerungen gedeutet wurde. Von ihm wurde erwartet, dass er die Trennung von bisher als Migrationsbevölkerung in Europa lebenden Bevölkerungsgruppen erleichtere, da diese nunmehr selbst ein Interesse an kultureller »Entmischung« und »Wiederanknüpfen an ihre eigene Identität« verspürten.

Erfolge?

Was ist von alldem heute geblieben? Ist der heute allgemein zu beobachtende Rechtsruck mit dem Wirken dieser Vordenker und Kader in Zusammenhang zu bringen? Die Antwort lautet: Im Großen und Ganzen nein. In mehreren Kernpunkten, welche die Besonderheit der »Nouvelle Droite« ausmachten, konnte diese sich innerhalb der Rechten keineswegs durchsetzen. Ihr Neuheidentum findet heute nur geringe Beachtung. Die Debatte in der Rechten polarisiert sich zwischen denjenigen, die das Christentum und religiöse Bezüge als notwendigen Bestandteil der »nationalen Identität« betrachten. Das gilt für Teile

des »Front National« wie auch für Nicolas Sarkozy, der zeitweilig in diese Richtung tendierte und für jene, die sich eher den (ursprünglich progressiven) französischen Laizismus-Begriff einzuverleiben versuchen. Die Trennung zwischen Religion(en) und Staat wird seit einem knappen Jahrzehnt von Marine Le Pen, und nunmehr auch wachsenden Teilen der Konservativen, als Waffe gegen die muslimische Minderheit umgedeutet. Zum Beispiel wird sie als Ausschlussinstrument benutzt, um etwa den Wunsch nach Alternativmahlzeiten ohne Schweinefleisch an öffentlichen Orten im Namen »des Laizismus« zu inkriminieren. Nicht durchsetzen konnte sich auch der positive Bezug auf den Islamismus. Im Gegenteil: namentlich beim »Front National« wird heute der Islamismus – oder was in der Regel höchst undifferenziert unter diesen Begriff subsumiert wird – als innenpolitischer wie geostrategischer Hauptfeind definiert. Dies ist seit dem Antritt von Marine Le Pen an der Parteispitze (2011) die gängige Linie; frühere Versuche ihres Vaters, Jean-Marie Le Pen, Kontakte zum iranischen Regime zu knüpfen (1998, 2009), wären heute innerparteilich nicht mehr durchsetzbar. Hingegen ist Marine Le Pens Besuch der ägyptischen Hauptstadt Kairo im Mai diesen Jahres als Unterstützung des Regimes als »einen unserer solidesten Schutzwälle gegen die Muslimbrüder« zu werten. Anders steht es um die antisemitisch und nationalrevolutionär grundierte Fraktion um den Ideologen Alain Soral und den von ihm beeinflussten Comedian Dieudonné M'bala M'bala. Soral, der vor allem durch seinen ungeschminkten Antisemitismus und seine Provokationen bei TV-Auftritten in weiten Kreisen bekannt wurde, fand sich damit zeitweilig auf einer Linie mit Alain de Benoist wieder. Letzterer und mehrere Kader der GRECE schrieben auch des öfteren für die im Oktober 2008 erstmals publizierte Zeitung »Flash«, die von Dieudonné und Soral aufgebaut wurde. Das Zeitungsprojekt, das rund 2.000 AbonnentInnen aufwies – davon 800 aus der Kartei der eingegangenen früheren FN-Wochenzeitung »National Hebdo« – war in finanzieller Hinsicht chronisch defizitär und ging 2010 sang- und klanglos ein. So lange aber die Zeitung erschien, war das Umfeld von Alain de Benoist ein wichtiger Träger des Projekts, als es darum ging, das boulevardmäßig aufgemachte Blättchen mit intellektuell anspruchsvolleren Artikeln, Interviews und Feuilletonbeiträgen zu füllen.

Freund und Feind

Die ideologische Radikalisierung bei Frankreichs Konservativen läuft und lief unterdessen vorwiegend über einen anderen Kanal als über die »Nouvelle Droite«. In der Sarkozy-Ära (2007 bis 2012) ist sie vor allem mit dem Namen von Patrick Buisson verbunden. Letzterer war 1986/87 Chefredakteur der extrem rechten Wochenzeitung »Minute« und stand damals Jean-Marie Le Pen nahe. Er schloss sich jedoch 2005 Nicolas Sarkozy an, von dem er sich im damaligen Kontext größere politische Durchsetzungschancen für seine politischen Konzepte versprach. Von ihm stammt die Idee zur Einrichtung eines »Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität«, das Sarkozy tatsächlich 2007 schuf – es wurde 2011 abgeschafft – oder zur Initiierung einer frankreichweiten »Debatte über die nationale Identität« (eine offizielle Kampagne von November 2009 bis Februar 2010).

Buisson hat seine politischen Wurzeln nicht bei der »Nouvelle Droite«: Er kommt politisch aus der Ideenwelt eines Charles Maurras, eines monarchistischen und antisemitischen Nationalisten der 1920er und 1930er Jahre. Heute hat Buisson sich definitiv mit Nicolas Sarkozy überworfen, nachdem dieser im Jahr 2014 entdeckte, dass Patrick Buisson ihn auf zahlreichen Sitzungen abgehört und Gespräche mitgeschnitten hatte. Kürzlich nun revanchierte sich Buisson und verkündete laut, Sarkozy sei in der Gesamtbilanz »ein schlechter Präsident« gewesen; »ein guter Kandidat, aber ein schlechter Präsident«. Wo machte er diese Ausführungen? In der Zeitschrift »Eléments pour la civilisation européenne« (»Elemente für die europäische Zivilisation«), die am 15. Oktober 2015 erschien – also im Publikationsorgan der GRECE. Auch wenn Buisson in vielen ideologischen Kernfragen nicht auf derselben Wellenlänge liegt wie Alain de Benoist und andere, betrachtet er sie zumindest als Verbündete in diesem Kampf gegen seinen ehemaligen Chef Sarkozy und dessen politische Entwicklung. Auch andere politische Strömungen der Rechten halten Kontakte zu jener um Alain de Benoist und bitten ihn um Stellungnahmen, auch wenn kein Grundkonsens über einige inhaltliche Kernfragen besteht. Zuletzt kam de Benoist Mitte Oktober 2015 ausführlich in einem Organ namens »Boulevard Voltaire« zu Wort, das von dem überwiegend islamfeindlichen und vom FN unterstützten (wenngleich formal parteilosen) Bürgermeister von Béziers, Robert Ménard, gegründet wurde. Er sollte dort die Missgeschicke von Staatspräsident François Hollande ausführlich kommentieren und kontextualisieren. Das Interview wurde auch von einem katholisch-monarchistischen Organ übernommen. Mitunter arbeiten die Fraktionen der Rechten eben auch im strömungsübergreifenden Konsens, was ihre ideologischen Differenzen jedoch nicht reduziert.

Auf deutscher Seite versuchten einige Strömungen, sich selbst als ein faktisches Pendant zu Alain de Benoist und seiner Gruppierung darzustellen. Die »Junge Freiheit« begann in den frühen 1990er Jahren, in ihrem Buchverlag Schriften von de Benoist wie »Vu de droite« (»Von rechts gesehen«) in deutscher Übersetzung herauszubringen. Doch ob Dieter Stein, Karlheinz Weißmann oder andere: Die angeblichen deutschen Wiedergänger konnten dem französischen Original in aller Regel intellektuell nicht das Wasser reichen. Und während de Benoists Thesen für die extreme Rechte im Frankreich der späten 1960er Jahre tatsächlich eine radikale Innovation bedeuteten, ist der inhaltliche Bruch bei den deutschen Rechten so stark nicht. »Neu« bei den deutschen Epigonen ist höchstens, dass sie einen Anspruch auf Intellektualität erheben und weder einfach als Konservative, noch einfach als Neonazis durchgehen möchten.

»Neue Rechte« in Österreich

Die Stimmungsmache und die Wahlerfolge der »Freiheitlichen Partei Österreichs« zeigen, dass extrem rechte Einstellungen gesellschaftsfähig sind. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Konzepte wie die der »Neuen Rechten« erforderlich sind und auch erfolgreich sein können.

von Heribert Schiedel

Bei allen Kontinuitäten ist die extreme Rechte weit davon entfernt, ein statisches Phänomen zu sein. Vielmehr passt sie sich dauernd an die hegemonialen Bedingungen an – jedoch ohne dass dabei ihr ideologischer Kern, das antiliberal-völkische Primat, aufgeweicht werden würde. Auf die wachsende Ablehnung, das Scheitern bei Wahlen und – in manchen Ländern – die behördlichen Verbote neonazistischer Artikulationsformen reagierten extreme Rechte in Westeuropa ab den 1960er Jahren mit Distanzierungen gegenüber ihren Vorläufern. Diese zuerst in Frankreich einsetzenden Versuche von »Gegen-Intellektuellen« (Hauke Brunkhorst), faschistisches Gedankengut »von Hitler zu befreien« (Margret Feit), werden gemeinhin als »neurechts« bezeichnet. Gegen die unkritische und vorschnelle Übernahme dieser Selbstbezeichnung wandte schon der Klagenfurter Historiker Willibald Holzer ein, dass sich so »manche vorschnell als solche entdeckte programmatische Innovation moderner Gruppierungen (…) sehr rasch als oft nur geringfügig modifizierte Aktualisierung faschistischer oder vorfaschistischer Ausprägungen rechtsextremer Ideologie (erweist)«. Tatsächlich sieht die so genannte »Neue Rechte« sehr alt aus, wenn man ihre Positionen einer genaueren Analyse unterzieht. Gerade in Österreich handelt es sich bei dieser Selbstbezeichnung von extrem Rechten um einen Begriff, der mehr für neue Strategien und Formen als für neue Inhalte steht. Dies gilt auch für die Abgrenzung vom Neonazismus, die eben nicht umgehend als Ausdruck demokratischer Gesinnung zu gelten hätte, zumal sie doch zumeist strategisch und bloß durch Differenzen hinsichtlich der politischen Strategie (Marsch durch die Institutionen statt Systemüberwindung) und der Zielgruppe (intellektuelle Eliten statt der häufig bemühten ‹kleinen Leute›) motiviert ist. Wer demgegenüber etwa wie im Falle der 2012 auf der Bildfläche erscheinenden »Identitären« unkritisch von »Neuen Rechten« spricht, geht den Rechten auf den Leim.

Schon das erste Auftauchen des Labels »Neue Rechte« in Österreich verweist auf seine zentrale Funktion – die Verharmlosung. Es waren nämlich militante Neonazis, die sich Anfang der 1970er Jahre als »Aktion Neue Rechte« (ANR) an den Universitäten zusammenfanden und Terror verbreiteten. In den späten 1980er Jahren begann dann der von Burschenschaftern dominierte »Ring Freiheitlicher Studenten« (RFS), die gegenintellektuellen Wortführer der deutschen »Neuen Rechten« an die Wiener Universität einzuladen. Dass es sich dabei neuerlich um bloßen Etikettenschwindel handelte, wurde schon an der Tatsache deutlich, dass der Saalschutz bei diesen Vorträgen von Neonazis verstärkt wurde. Auch Gottfried Küssel, schon damals der ranghöchste österreichische Neonazi, holte sich 1988 beim Versuch, einen Vortrag von Pierre Krebs gegen antifaschistische Proteste abzuschirmen, blutige Schrammen.

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde das österreichische Verbotsgesetz verschärft, dementsprechend waren Neonazis nun verstärkt dazu angehalten, ihre Propaganda zu modifizieren und vorsichtiger zu agieren. Diejenigen unter ihnen, die das Abitur oder gar ein Studium vorweisen konnten, versuchten dies auch in Form einer Intellektualisierung. Bei der Suche nach möglichst unverdächtigen Stichwortgebern stießen sie, mehrheitlich deutsch-völkische Korporierte, schnell auf die konservativ-revolutionären Konkurrenzfaschisten und deren »neu-rechte« Adepten. Daneben wirkte der Knick im Aufstieg der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) und Jörg Haiders, der sich dazu verstiegen hatte, öffentlich die »ordentliche Beschäftigungspolitik« der Nazis zu loben, begünstigend für die partielle Übernahme »neu-rechter« Politikkonzepte. Es war vor allem der damalige FPÖ-Chefideologe Andreas Mölzer, der nach Haiders erzwungenem Rücktritt als Landeshauptmann 1991 und den ersten FPÖ-Niederlagen sich und seinen KameradInnen ein Umschwenken auf die »Metapolitik« und den der politischen Machtübernahme vorausgehenden Kampf um die kulturelle Hegemonie verschrieb. Das Burschenschafter-Zentralorgan »Die Aula« begann sich nun mit »neu-rechten« Autoren wie Alain de Benoist zu füllen. Und im »Aula-Verlag« erschien Anfang der 1990er Jahre die wohl einzige rechtsextreme Zeitschrift, die das Attribut »neurechts« verdiente: »Identität«. Es war maßgeblich Jürgen Hatzenbichler, der damals über diese Zeitschrift »neu-rechte« Theorien aus Frankreich importierte und für das völkisch-korporierte FPÖ-Vorfeld publizistisch aufbereitete. Der pennale Burschenschafter musste sich aber schon Mitte der 1990er Jahre sein Scheitern eingestehen: Nach jahrelanger vergeblicher Missionierungstätigkeit beklagte er resignierend, dass die »Positionen der Alten Rechten (…) leider auch im Bereich der Korporationen vielfach noch heruntergeleiert werden.« Tatsächlich war der alte oder herkömmliche (parteiförmige) Rechtsextremismus längerfristig in Österreich zu erfolgreich, als dass er dem metapolitischen Kampf um die kulturelle Hegemonie bedürfte. Es fehlt hierzulande also ein zentrales Gründungsmoment der »Neuen Rechten« – die ideologische Vorherrschaft der Linken und Liberalen. Dementsprechend verloren »neu-rechte« Konzeptionen im korporierten Umfeld der FPÖ rasch wieder an Attraktivität.

Dass dennoch es auch in Österreich mit der Gründung der »Identitären« zu einem neuerlichen Aufflackern »neu-rechter« Politikkonzeptionen gekommen ist, scheint mehr der zunehmenden europäischen Vernetzung extremer Rechter als den konkreten hegemonialen Verhältnissen im Land geschuldet zu sein. Daneben sind dafür der erhöhte Repressionsdruck auf die neonazistische Szene seit Ende 2010 (Zerschlagung der »Alpen-Donau«-Gruppe rund um Gottfried Küssel) und massive Rekrutierungsschwierigkeiten vieler deutsch-völkischer Studentenverbindungen verantwortlich zu machen. Schließlich decken die auf außerparlamentarischen Aktionismus und popkulturelle Inszenierungen spezialisierten »Identitären« im Gegensatz zum biederen »Ring Freiheitlicher Jugend« (RFJ) eine gestiegene Nachfrage von Seiten erlebnisorientierter Jugendlicher ab. Was so mancher »Alter Herr« als Anpassung an den linken Zeitgeist und die amerikanisierte Massenkultur verdammen mag, ist in Wahrheit eine notwendige Voraussetzung für die Hegemoniefähigkeit unter Jugendlichen.

Im Frühjahr 2012 etablierte der »Olympia«-Burschenschafter Alexander Markovics mit ein paar »Waffenbrüdern« eine »Wiener Identitäre Richtung« als intellektuellen Zirkel oder Debattierklub, der einen Brückenschlag zum Rechtskonservativismus versuchte. Der nach deutschem Vorbild gestartete Versuch, Teile des politischen Konservativismus zu radikalisieren, kann aber schon als gescheitert gesehen werden: Zu offensichtlich ist die Herkunft eines Großteils der »Identitären« aus dem Neonazi-Milieu, auf welche sogar der heimische Verfassungsschutz in



^ *Aufmarsch der »Identiären« in Wien*

seinem jüngsten Bericht hinweist. Das zielt vor allem auf jene Gruppe, die sich um Martin Sellner im Sommer 2012 bildete, und nach dem Vorbild osteuropäischer Neonazis mit ihren »Hardbass«-Aktionen Veranstaltungen politischer GegnerInnen störte. Im Februar 2013 vereinten sich diese beiden Gruppen zur »Identitären Bewegung Österreichs« (IBÖ) und besetzten gemeinsam die Votivkirche in Wien, um die damals gerade dort stattfindenden Proteste von Flüchtlingen ins Lächerliche zu ziehen.
Im bereits erwähnten VS-Bericht 2014 werden auch die Warnungen der »Identitären« vor einer angeblichen »Islamisierung« als »Deckmantel« bezeichnet, unter welchem »auf einer pseudo-intellektuellen Grundlage« versucht werde, »das eigene rassistisch/nationalistisch geprägte Weltbild zu verschleiern. (…) Was sich vordergründig als ‹Kritik› und jüngst als ‹islamkritisch› auf der Ebene der Mobilisierung darstellt, trägt in der tatsächlichen Umsetzung oft islam-, asyl- und fremdenfeindliche Züge.«
Tatsächlich ist es nicht mehr als Mimikry, wenn extrem Rechte heute versuchen, ihren gerne als »Ethnopluralismus« verharmlosten Rassismus hinter positiver klingenden Formulierungen wie der Erhaltung »kultureller Identität« zu verstecken. Jedoch schimmert schon beim französischen »Identitären«-Gründervater Fabrice Robert, im Interview mit der »Jungen Freiheit« (10/2013), hierbei der alte Rassismus durch: »›100 % Identität, 0 % Rassismus›. Aber mit dem territorialen Imperativ, dass ein Boden einem einzelnen Volk gehört.«
Karin Priester wies bereits 2010 darauf hin, dass »Teile des Rechtsextremismus« nach »dem ethnopluralistischen Modernisierungsschub der 1980er Jahre versuchen (…), über die Umpolung des Feindbildes, eine neue, diesmal antiislamische ‹Modernisierungswelle› einzuleiten.« Der antimuslimische Rassismus, der sich als Ausfluss kultur-christlichen Superioritätsdenkens jedoch nicht länger »ethnopluralistisch« verbrämen lässt, dient auch den »Identitären« vor allem als Vehikel in den Mainstream-Diskurs: Rassistische Inhalte finden leichter und mehr Gehör, wenn sie im kultur-christlichen oder vermeintlich aufgeklärten Gewand daherkommen. Die sich zuletzt in der Sarrazin-Debatte artikulierende Normalität bis Hegemonie des Feindbildes Moslems oder Islam macht dieses zum idealen Instrument, um aus der Extremismus-Ecke zu kommen.
Eine Kontinuität zwischen alter und neuer Rechter stellt der kulturelle Antiamerikanismus dar, eine aktuelle Ausformung des völkischen und über weite Strecken antisemitischen Antiliberalismus. Die Behauptung einer systematischen »Überfremdung« oder »Umvolkung« zum Zwecke der leichteren Beherrschbarkeit der in lauter Individuen zerfallenden Gemeinschaft ist fixer Bestandteil antisemitischer Diskurse. Weil die nationale (kulturelle) Identität den (geheimen) »Welteinheitsplänen« im Weg stehe, werde versucht, das »ethnische Antlitz Europas unwiderruflich« zu verändern. Der Antiamerikanismus schreibt als Zwillingsbruder des Antisemitismus diesen fort. Entsprechend der antisemitischen Figur des jenseits der nationalen Antagonismen stehenden Dritten und alle Identität auflösenden Nicht-Identischen, wird Jüdinnen und Juden und den von diesen angeblich dominierten USA unterstellt, alle Völker beherrschen zu wollen.
Auch wenn sich weite Teile der extremen Rechten Westeuropas heute als frei von Antisemitismus darstellen und diesen stattdessen nur mehr bei den Moslems sehen wollen, sind sie seinem grundlegenden dichotomischen Muster und seiner verschwörungsmythischen Weltsicht weitgehend treu geblieben. Der antimuslimische Rassismus knüpft gerade in Österreich an antisemitische Traditionen an. Dies zeigte sich schon in der Kampagne gegen das Schächten, mit welcher vielerorts antijüdische Blutphantasien fortgeschrieben wurden. Und als die FPÖ 2009 in einem Inserat gegen den angeblich unmittelbar drohenden EU-Beitritt der Türkei und Israels agitierte, bewies sie eindrucksvoll, dass das »christliche Abendland« immer noch vor »Juden« und »Moslems« gleichermaßen beschützt werden muss. Auch die im Verhältnis zur FPÖ arbeitsteilig agierenden »Identitären« reihen sich ein in die Traditionslinien des völkischen (antiliberalen) Antisemitismus – neu daran ist höchstens die Aufmachung.



Ideologische »Panzerdeckungslöcher«

»Neue Rechte« und Burschenschaften verstehen sich als Elite. Die einen als intellektuelle Avantgarde, die anderen als gesellschaftliche Oberschicht. Dass sich da Berührungspunkte entwickeln, ist nicht überraschend.

von Jörg Kronauer

Philip Stein mochte seine Sympathien nicht verhehlen, als er sich Mitte Juni daran machte, für die Website der von Götz Kubitschek herausgegebenen Zeitschrift »Sezession« einen Bericht über die Festveranstaltung der »Deutschen Burschenschaft« (DB) zum zweihundertsten Jahrestag der Gründung der Jenaer Urburschenschaft zu verfassen. Die DB habe im Richtungsstreit der vergangenen Jahre »Federn lassen« müssen, gab er unumwunden zu. Bei ihr liege durchaus »noch vieles im Argen«. Doch stünden in dem Verband immerhin noch »die drängenden Fragen im Vordergrund«, Fragen, »die andernorts keinen Platz mehr haben« – nämlich diejenigen, die auch das Publikum von »sezession.de« umtreiben. »Die Uhren ticken anders« bei der DB, lobte Stein, der selbst einer Burschenschaft, »Marburger Burschenschaft Germania«, angehört und regelmäßiger Autor der Website ist. Er verkörpert exemplarisch die Verflechtungen zwischen der deutsch-österreichischen Burschenschafterszene und der »Neuen Rechten«.

Interesse am Ethnopluralismus

Die DB ist immer ein Sammelbecken für Anhänger der unterschiedlichsten Strömungen der deutschen Rechten gewesen. Es gab stets zumindest einzelne Burschenschafter, die Affinitäten zur NPD hatten; es gab stets auch andere, die sich nationalkonservativen oder nationalliberalen Kreisen rechts des etablierten Parteiensystems nahe fühlten. Und es hat, seit sich in den 1970er Jahren der unscharfe Begriff »Neue Rechte« als Sammelbezeichnung für durchaus unterschiedliche ultrarechte Konzeptionen etablierte, immer auch beste Beziehungen von Burschenschaften in diese Milieus gegeben. Einer der ersten »Neu-rechten«, der unter Burschenschaftern auf ein recht breites Echo stieß, ist der Nationalrevolutionär Henning Eichberg gewesen. Schon in den Jahren 1974 und 1975 konnte er in einer dreiteiligen Artikelserie im Verbandsblatt »Burschenschaftliche Blätter« sein Konzept eines ethnopluralistisch organisierten Europas zur Debatte stellen. 1978 gab der »Hochschulpolitische Ausschuss« der DB seine programmatische Schrift »Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft« als Buch heraus. Darüber hinaus trat Eichberg in den 1970er Jahren auch als Vortragsredner vor Burschenschaftern auf.

Auf den Referentenlisten, die einzelne Burschenschaften wie etwa die »Münchner Danubia« führen, finden sich für die 1980er Jahre weitere Vortragsredner aus der »Neuen Rechten« – neben Eichberg etwa der berühmte Vordenker der »Nouvelle Droite«, Alain de Benoist. Auch Pierre Krebs, Leiter des Kasseler »Thule-Seminars«, gehört dazu. Als er 1988 bereits zum zweiten Mal zu einem Vortrag ins Haus der »Marburger Burschenschaft Germania« eingeladen wurde, hieß es im Einladungsschreiben: »In tiefer Sorge um die Zukunft Europas haben sich beherzte Europäer der französischen Neuen Rechten zusammengefunden und wollen die Bewußtwerdung der persönlichen und gesellschaftlichen Identität anregen, um auf der Grundlage des volklichen Pluralismus zu einer Neu-

festsetzung der europäischen Werte zu gelangen.« Nur so könne man dauerhaft »das Überleben unserer abendländischen Kultur« sichern. Krebs ist auch nach den 1980er Jahren gelegentlich von Burschenschaften eingeladen worden, zuletzt im Januar 2011 erneut bei der »Marburger Burschenschaft Germania«; sein damals geplanter Vortrag musste jedoch aufgrund öffentlichen Drucks abgesagt werden.

Aufschwung der »Jungkonservativen«

Bis in die 1980er Jahre reicht die Geschichte einer eng mit den Burschenschaften verknüpften Zeitung zurück, die sich zunächst im Umfeld der »Die Republikaner« (REP) bewegte, sich aber schon bald in der Tradition der Konservativen Revolution verorten ließ: die 1986 gegründete »Junge Freiheit« (JF). Das Blatt konnte von Anfang an auf Burschenschafter als Autoren und zeitweise auch als Redakteure zurückgreifen; Hans-Ulrich Kopp von der »Münchener Burschenschaft Danubia« arbeitete von 1990 an für mehrere Jahre als stellvertretender Chefredakteur. Vor allem aber hätte sich die JF ohne die Abonnements, die Burschenschafter gleich reihenweise schalteten, und ohne die hilfreichen Verteilaktionen zahlreicher Bünde zumindest in den ersten Jahren kaum halten können. JF-Leserkreise durften die Häuser von Burschenschaften für ihre Treffen nutzen, die »Münchener Burschenschaft Danubia« unterstützte die JF-Sommeruniversitäten 1993 und 1994. Alles passte gut zusammen: JF-Gründer und -Chefredakteur Dieter Stein trat mehrmals als Referent bei interessierten Burschenschaften auf. Entsprechend hat es bei so manchem Burschenschafter für eine gewisse Verbitterung gesorgt, dass Stein der DB im Oktober 2013 bescheinigte, sich in die »rechts-reaktionäre Ecke« manövriert zu haben. Steins serviles Bemühen, die JF an etablierte Polit-Milieus anzudocken, geht seitdem mit einer Absage an die DB einher.

Eine wichtige Rolle bei dem jungkonservativen Projekt JF haben Mitglieder eines wenig bekannten Dachverbandes von Studentenverbindungen gespielt – Aktivisten der »Deutschen Gildenschaft« (DG). JF-Chef Dieter Stein ist Mitglied der »Deutschen Hochschulgilde Balmung zu Freiburg«; der Redaktion seines Blattes gehörten im Lauf der Zeit einige weitere Gildenschafter an. Gildenschafter sind zudem an Gründung und Aufbau einer Organisation maßgeblich beteiligt gewesen, die im aktuellen deutschen Jungkonservatismus eine bedeutende Rolle spielt: das »Institut für Staatspolitik« (IfS). Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann, die es gemeinsam initiierten und stark machten, sind beide in einer Gildenschaft sozialisiert worden; Kubitschek ist allerdings inzwischen ausgetreten. Während Kubitschek neben seiner Arbeit für das IfS an sich auch die von diesem herausgegebene Zeitschrift »Sezession« verantwortet und sich als Redner bei LEGIDA und PEGIDA betätigt, hat sich Weißmann 2014 aus der Redaktion verabschiedet und konzentriert sich nun auf seine Arbeit für die JF. Dessen ungeachtet nehmen Gildenschafter bis heute wichtige Positionen im BRD-Jungkonservatismus ein.

DB: »Überdurchschnittlich relevant«

Zurück zu den Burschenschaften: Der Aufschwung des »Jungkonservatismus« in Deutschland, der nach der Gründung der JF vor allem mit der Gründung des IfS im Jahr 2000 und mit der Herausgabe der Zeitschrift »Sezession« seit dem Jahr 2003 verbunden ist, hat 2004 zur Gründung einer weiteren Zeitschrift geführt – der »Blauen Narzisse« (BN). Initiiert haben das Projekt zwei Mitglieder der »Pennalen Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz«, Felix Menzel und Benjamin Jahn-Zschocke. In der Zeitschrift ebenso wie auf der angegliederten Website publiziert auch Philip Stein von der »Marburger Burschenschaft Germania«. Stein hat gemeinsam mit Menzel das Bändchen »Junges Europa« verfasst, das im September 2013 als Nummer zwei der Buchreihe der Blauen Narzisse (»BN-Anstoß«) erschien. Stein hat sein Werk im Oktober 2013 auf dem »Zwischentag« vorgestellt, einer »Freien Messe« für sich intellektuell gebende Rechte, die Kubitschek 2012 initiierte und die Menzel seit 2014 weiterführt. Weitere »Zwischentage« mit jungkonservativem Einschlag fanden 2014 und 2015 jeweils im Haus einer Burschenschaft statt – 2014 bei der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«, 2015 bei der Erlanger »Burschenschaft Frankonia«. 2013 und 2015 gab es zur DB, die stets mit einem Stand vertreten war, auch thematische Beiträge.

Die Beziehungen sind eng. Dass in der DB noch »Fragen im Vordergrund« stünden, »die andernorts keinen Platz mehr haben«, sei überaus »wichtig«, schrieb Philip Stein im Juni auf der Website der »Sezession«; das offenbare »der Blick in die Reihen der nonkonformen, rechten Publizistik«. »Wohin man blickt, sind Mitglieder verschiedener nationaler Männerbünde involviert«, fuhr Stein fort: »Ob Sezession, Junge Freiheit oder Blaue Narzisse, die rechte Publizistik zehrt und profitiert auch von jenen, die zuvor eine männerbündische Erziehung genießen durften.« Auch »die Identitäre Bewegung im gesamten deutschsprachigen Raum« werde »maßgeblich von Personen aus dem korporativen Milieu getragen«; ein Beispiel sei Martin Sellner, ein »bedeutender Kopf« der österreichischen Identitären, »Verbindungsstudent in Wien« und »seit kurzem überdies Autor von Sezession«. »Die Anzahl und Relevanz jener politisch Aktiven, die aus den Reihen der politisch gefestigten Deutschen Burschenschaft stammen, sind dabei überdurchschnittlich hoch«, bestätigte Stein: »Die weltanschauliche, gesellschaftliche und explizit männerbündische Erziehung« der DB sei »eine notwendige Grundlage für all jene, die fernab der gesellschaftlichen Akzeptanz für Volk und Vaterland zu streiten gedenken.« Zudem böten die DB-Bünde »einen Rahmen, in dem die freie Rede noch gestattet ist«: »Die Häuser und Etagen sind ideologische Panzerdeckungslöcher, an denen die Wucht der Moderne zumindest teilweise folgenlos verpufft.«

Um ein solches »Panzerdeckungsloch« muss es sich auch bei Steins Burschenschaft handeln. Im Januar 2010 stellte sie der »Blauen Narzisse« ihre Räumlichkeiten für ein Redaktionstreffen zur Verfügung. Im Januar 2013 referierte in ihrem Haus Martin Lichtmesz, ein regelmäßiger Autor der Zeitschrift »Sezession«. Im Januar 2014 kündigte die »Marburger Burschenschaft Germania« stolz an, zu ihrem neuesten »Marburger Diskurs« habe sie IfS-Geschäftsführer Erik Lehnert und Felix Menzel von der BN eingeladen. Die Nähe der Burschenschaft zum »Jungkonservatismus« ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Burschenschaft derzeit den Vorsitz in der DB innehat. Dabei ist »Jungkonservatismus« für die »Marburger Germanen« noch ein höflich gewählter Begriff. An dem Stand, den sie beim »Zwischentag« 2013 neben Ständen der DB, der »Berliner Burschenschaft Gothia«, diverser »Identitärer«, des IfS, der »Sezession« und der »Blauen Narzisse« aufgestellt hatten, waren unter anderem ein gewisser Tobias Sauer und sein Kamerad Patrick Bass zu beobachten. Bevor Sauer im Wintersemester 2013/2014 der »Marburger Burschenschaft Germania« beitrat, war er, wie AntifaschistInnen aus Marburg recherchiert haben, Stützpunktleiter der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« in Ulm/Heidenheim und bewegte sich – wie Bass – im Umfeld der Neonazistruktur »AG Schwaben«.

»Krieg den Holocaust-Päpsten«

Interesse am »Jungkonservatismus« haben in den vergangenen Jahren auch einige Verbindungen aus dem »Coburger Convent« (CC) entwickelt. Im Jahr 2008 ließ sich auf einer Verbandstagung des CC der Referent Christoph Rothämel begeistert beklatschen. Rothämel veröffentlichte im Februar 2009 auf der Internetseite der BN unter der Überschrift »Krieg den Holocaust-Päpsten«: »Wie in Wahrheit die Juden das Dritte Reich beherrscht haben, so thront heute Adolf Hitler über einer sterbenden Bundesrepublik.« Mehrere jungkonservative Referenten hat im Lauf der Zeit auch die »Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock zu Hamburg« in ihr Haus eingeladen. Mit Nils Wegner gehört ein Autor der »Sezession« und der »Jungen Freiheit« nicht nur der »Mecklenburgia-Rostock« (seit 2011), sondern auch der »Landsmannschaft Darmstadtia Gießen« (seit 2008) an. Die »Neue Rechte« scheint auch für den CC attraktiv zu sein.

Erosion der Abgrenzung

Vor gut 20 Jahren hatte der CDU-Politiker Friedbert Pflüger seine Partei vor dem Einfluss der »Neuen Rechten« gewarnt. Doch eine Nähe zu diesem Milieu ist in den Unionsparteien kein Makel mehr.

von Ernst Kovahl und Stefan Schneider



^ *Friedbert Pflüger*

»(W)enn man die Sorgen an der Basis missachtet, erzeugt man eine fatale Atmosphäre. Dann beantworten ganz andere die Fragen«, klagte der Landrat des Wartburgkreises, Reinhard Krebs (CDU) vor wenigen Wochen in der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) seine Sorgen. Wer in der aktuellen Debatte um die Asylpolitik die Probleme nicht anspreche, treibe die Menschen »in die Arme der Rechten.« Ärger mit seiner Partei bekam Krebs wegen seiner Äußerungen nicht. Im Thüringer Landesverband seiner Partei ist es heute völlig normal, die JF mit Interviews oder Statements zu versorgen. So plädierte beispielsweise 2010 der Thüringer CDU-Fraktionschef Mike Mohring an gleicher Stelle für mehr Nationalstolz – geschadet hat ihm das bei seiner Karriere nicht. Er ist heute zugleich auch Vorsitzender der Partei im Freistaat. Selbst eine aktive Vergangenheit in den Strukturen und Rekrutierungsbecken der »Neuen Rechten« behindert offenbar eine Berufung zu Höherem nicht. Nachdem im Spätsommer 2013 durch einen Bericht dieser Zeitschrift aufgeflogen war, dass der damalige Sprecher der Thüringer Landesregierung, Karl-Eckhard Hahn, eine Vergangenheit als führendes Mitglied in der völkisch geprägten »Deutschen Gildenschaft« und in den 1980er Jahren gemeinsam mit dem späteren Vordenker der »Neuen Rechten« Karlheinz Weißmann als Redakteur des Rechtsblattes »Phönix« hatte, blieb das für ihn folgenlos, obwohl bundesweit Medien kritisch berichteten und die SPD seinen Rücktritt verlangte. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hielt an ihm fest – gegen den erklärten Widerstand des Koalitionspartners.

»Einfluß der Neuen Rechten«

1994 veröffentlichte Friedbert Pflüger, CDU-Bundestagsabgeordneter und früherer Pressesprecher des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, mit dem Buch »Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder« (»Econ Verlag«) eine Warnung vor einem stärker werdenden »rechten Zeitgeist«. »Nach der Wendezeit« sei, so Pflüger, »das Nationale wieder in den Vordergrund« gerückt. Er erkannte dieses Problem auch in seiner eigenen Partei und wollte die Union »gegen die Ideen der Konservativen Revolution (...) immunisieren«. Denn, so schrieb Pflüger: »Wer durch das Land fährt und mit der Parteibasis diskutiert, spürt an allen Ecken und Enden den Einfluß der Neuen Rechten«. Dieser Einfluss erschien dem Politikwissenschaftler so groß, dass er der eigenen Partei »eine Dokumentation über die Zusammenarbeit zwischen Unionsmitgliedern und rechtsradikalen Kräften« empfahl. Hintergrund dieser Einschätzungen waren Bemühungen eines Teils der Union zur Zusammenarbeit mit der Partei »Die Republikaner« (REP), wie sie vorwiegend von VertreterInnen des »Christlich-Konservativen Deutschland-Forums« (CKDF) gefordert wurde. Im CKDF sammelten sich von 1992 bis 1998 etwa 800 Mitglieder, darunter auch Bundes- und Landtagsabgeordnete. Politisch kennzeichnete das CKDF die Ablehnung der »multikulturellen Gesellschaft«, das Eintreten für »Belange von Vertriebenen« und der »Schutz des ungeborenen Lebens«. Intensive Kontakte bestanden zur »neu-rechten« Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF).

»Neue Konservative Revolution«

In Kleinanzeigen wurde in der JF für Arbeitskreise des CKDF geworben, zahlreiche PolitikerInnen der CDU/CSU publizierten in dem neu-rechten Blatt. Mit Roland Bubik, dem Landessprecher des CKDF Baden-Württemberg, gestaltete ein Mitglied der Union durch seine Arbeit in der Redaktion die Ausrichtung der JF mit. Darüber hinaus führten einzelne Landes- oder Regionalverbände mit der JF, zum Teil im Verbund mit rechten Burschenschaftern und Mitgliedern der REP, Diskussionsveranstaltungen durch. Gerade die Zusammenarbeit mit der JF bereitete Pflüger mit Blick auf die Rolle der »Konservativen Revolution« in der Weimarer Republik große Sorge. »Der Nationalsozialismus ist vorbereitet worden von Denkern und Dichtern, Juristen und Politikern, die als Konservative Revolution eine ‚nationale Opposition' zum demokratischen Verfassungsstaat aufbauten und der nationalsozialistischen Bewegung den geistigen Boden und die pseudowissenschaftlichen Begründungen zum Aufbau ihrer Weltanschauung lieferten«, resümierte Pflüger. »Ähnliche Konstellationen und Wirkungsweisen« hatte Pflüger auch Anfang der 1990er Jahre wieder beobachtet: »Eine neue Konservative Revolution wendet sich mit beachtlicher intellektueller und publizistischer Macht gegen die freiheitliche Demokratie und beeinflusst das Denken der Gesellschaft bis tief hinein in bürgerliche Kreise«.

»Pflügers Alptraum«

Pflügers Warnung blieb in der CDU/CSU fast folgenlos. Für die »Neue Rechte« war das ein Erfolg. »Pflügers Alptraum wird wahr«, höhnte die JF daher schon Ende 1994. Eine »Gemeinsame Erklärung der Neunundachtziger«, initiiert von den Publizisten Ulrich Schacht, Heimo Schwilk und Rainer Zitelmann, hatten damals gerade erst eine Reihe von PolitikerInnen der Union, HistorikerInnen, DDR-BürgerrechtlerInnen und JournalistInnen unterzeichnet – ein öffentlich wahrnehmbarer Brückenschlag zwischen Konservatismus und »Neu-Rechten« war gelungen. Heute können Unionspolitiker aus den vorderen Reihen der Union, wie zum Beispiel der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im hessischen Landtag Holger Bellino 2012, völlig ungerührt erklären, die AutorInnen und InterviewpartnerInnen der JF seien eine »interessante und erlesene Gesellschaft«. Die »Erosion der Abgrenzung«, vor der Pflüger in seinem Buch noch gewarnt hatte, ist vollzogen.

Vom elitären Öko-Design zur reaktionären Schöngeistigkeit



Vor 27 Jahren gründete Thomas Hoof das Warenhaus »Manufactum«. Seit 1993 macht der frühere Grüne auch in Bücher mit seinem »Manuscriptum«-Verlag – Heimat für ultra-konservative Propaganda im literarischen Kleid.

von Sören Frerks

Dass sich in Lebensstil und Kleidung immer auch ein Habitus widerspiegelt, hat der Soziologe Pierre Bourdieu vor über 30 Jahren eindrucksvoll gezeigt. Doch die Oberklasse der CDU- und wohlsituierten Grünen-WählerInnen mit distinguierendem Chic zu bedienen, der sich von der qualitätslosen Massenproduktion unterscheiden sollte, genügte dem Firmengründer Hoof wohl nicht mehr. Nachdem der 1948 geborene Verleger sein Warenhaus bis 2008 peu à peu an den Versandhändler Otto verkaufte und schätzungsweise 20 Millionen Euro für seinen Ruhestand kassierte, widmete er sich allein der geistigen Propaganda gegen den ‚werteverfallenden Mainstream'. Selbstverständlich ganz stilvoll – schöngeistig, anklagend und elitär.

‹Zurück in die Zukunft›

Hoofs eigene Veröffentlichungen spiegeln das, was die »Neue Rechte« auch sonst so an kulturalistischer und vernebelnder Logik fabuliert. Da wird der Nationalsozialismus zum »dreißigjährigen Krieg zwischen Deutschland und der Welt« subsummiert, der noch dazu »tatsächlich ein wirtschaftlicher« war. Die produktive »deutsche Nationalökonomie« war für ihn Garant gegen die »ordinäre« englische Wirtschaft, basierend auf einer »kulturellen Mentalität«: dem »preußischen Prinzip«, das für eine Verquickung wirtschaftlichen und kulturellen Wachstums gestanden hätte. Deutschland – besser das »deutsche Wesen« – befände sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts in einem »antikolonialen« Kulturkampf mit der »geistesvergessenen« Weltwirtschaft. Garniert von populistisch inszenierten »Tabubrüchen« wie der Frage nach der Kraft, mit der es die Deutschen nur geschafft hätten, »zweimal innerhalb eines halben Jahrhunderts gegen alle Großmächte zu kämpfen und jeweils nur knapp zu unterliegen«. Diese Mär des sozialen, naturverbundenen und hochkulturellen »deutschen Kapitalismus« ist das Substrat, aus dem sich Hoofs verklärender Blick zurück speist. Darauf folgte die Postmoderne und der sie begleitende Werteverfall. Die Globalisierung der 1990er, die politische Karriere der vielgescholtenen Achtundsechziger sowie die Zins- und Kreditwirtschaft wären die Fallstricke Deutschlands. Und wie ließe sich die Prophezeiung einer zukünftigen Apokalypse besser verbinden als mit einem objektiv daherkommenden Modell eines Energiecrashs, nach dem die Wirtschaft früher oder später wegen des »ressourcenverschwenderischsten Lebensstils« der Postmaterialisten kollabieren würde. So werden Natur und deutsche Natürlichkeit eins und der Umweltschützer zum Kämpfer der Nation.

Keine Konsequenzen

Ein Geistesbild, das Hoof in der neu-rechten »Sezession« (Nr. 27/2008, 46/2012), der Zeitschrift des »Instituts für Staatspolitik« (IfS), offenbarte; schon wenige Monate nach dem Verkauf von »Manufactum«. Dennoch brauchte es erst einen handfesten Skandal, dass sich die neue Geschäftsführung – mehr schlecht als recht – vom einstigen Gründervater und heuer national-reaktionären Verleger distanzierte. Als 2014 das Buch »Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer« des Rechtspopulisten und jetzigen PEGIDA-Anhängers Akif Pirinçci bei »Manuscriptum« erschien und eine mediale Debatte auslöste, ließ das Öko-Warenhauses verlautbaren, es gebe keinen Zusammenhang zwischen beiden Unternehmen. Allerdings würden weiterhin thematisch passende Bücher aus dem Verlag verkauft, denn es bestehe »kein hinreichender Anlaß, die aus unserer Sicht geeigneten Titel aus dem Programm zu nehmen«. Bereits ein Jahr zuvor berichtete Hilal Sezgin in der »Süddeutschen Zeitung« über den Verlag; »Manufactum« reagierte im identischen Wortlaut und dem Zusatz: »Herr Hoof ist heute für uns ausschließlich ein Lieferant bzw. Vermieter«. Soll heißen: alles bleibt wie es ist.

Homophober Mainstream

Dabei propagiert Hoofs Verlag wie andere »Neue Rechte« einen intellektuellen und militanten Kulturkampf, der sich im »Manuscriptum«-Portfolio widerspiegelt. Hans-Hermann Hoppe schwadroniert in seinem Buch »Demokratie. Der Gott, der keiner ist« gegen »Demokraten und Kommunisten«: »Sie müssen aus der Gesellschaft physisch entfernt und ausgewiesen werden.« Und Pirinçci legte erst diesen Oktober in der Reihe »Lichtschlag in der Edition Sonderwege« mit »Die Große Verschwulung. Wenn aus Männern Frauen werden und aus Frauen keine Männer« nach. Angekündigt als ‹Kampfansage› gegen ‹Gleichmacher-Ideologie› und ‹Gender-Mainstreaming›, ist dieses Werk nicht nur die Fortsetzung seines ersten Pamphlets; es schließt direkt an den homophoben und patriarchalen Diskurs von Thilo Sarrazin an, an die »Alternative für Deutschland« und an die christlichen FundamentalistInnen der »Demo für Alle« (siehe drr Nr. 156).

Gleich daneben ein weiteres Buch: »Homosexualität gibt es nicht. Abschied von einem leeren Versprechen«, in dem Gleichgeschlechtlichkeit im üblichen pseudowissenschaftlichen Duktus zur nicht naturgemäßen »Erfindung« und zum »Türöffner« wird. Genau diese Liberalisierung und Pluralisierung ist für die »Neuen Rechten« wie den Autoren Andreas Lombard – neben dem Islam und den Flüchtlingen – gegenwärtig die größte Bedrohung ihres kultur-biologistischen Gesellschaftsentwurfs.

Lombard ist mit seinem »Landtverlag« auch Geschäftspartner von Hoof. Ebenso wie der Verantwortliche der gleichnamigen Edition André Lichtschlag, der zudem Herausgeber der Zeitschrift »eigentümlich frei« ist. Die Titel von »Manuscriptum« finden sich indes auch im Angebot des »Kopp-Verlags« sowie im »Verlag Antaios« wieder, den der Multifunktionär Götz Kubitschek leitet. Hoof weiß sich somit in neu-rechter Gesellschaft.

Seriöse Rechte

von Robert Andreasch, Toni Brandes, Ernst Kovahl und Patricia Reck

Während es Ende der 1970er Jahre in Frankreich der »Nouvelle Droite« um Alain de Benoist zeitweilig gelang, im Magazin der etablierten Zeitung »Le Figaro« Fuß zu fassen, schafften es Anfang der 1990er Jahre in Deutschland »Neu-Rechte« vorübergehend in die Tageszeitung »Die Welt« sowie in den renommierten »Ullstein Verlag«. Das ist mittlerweile zwanzig Jahre her.
Heute findet sich rechte Ideologie – in ihren verschiedenen Abstufungen – nicht ausschließlich in Zeitungen, Magazinen und Büchern von kleinen Verlagen. Auch große Namen im Bereich der Print- und Onlinemedien leisten sich JournalistInnen, in deren Texten Fragmente und Versatzstücke rechter Ideen regelmäßig erscheinen. In eigenen Kolumnen oder Artikeln wird der als links empfundene Mainstream angegangen. Mal wird ProtagonistInnen der »Neuen Rechten« viel Platz eingeräumt, an anderer Stelle wird gegen »politische Korrektheit« und »Gutmenschen« – zwei rechte Kampfbegriffe – polemisiert. Die Stoßrichtung ist eindeutig: gegen Links. Das bedeutet nicht, dass die im Folgenden vorgestellten Autoren sich in rechten Initiativen engagieren oder in rechten Parteien organisiert sind. Aber: Sie passen mit ihrer publizistischen Tätigkeit – bewusst oder unbewusst – gut in das neu-rechte Konzept der Aneignung der kulturellen Hegemonie und der Beeinflussung des vorpolitischen Raumes. Die Relevanz ergibt sich in erster Linie aus der Reichweite und der Auflage der Publikationen.

Alexander Kissler

Alexander Kissler galt längere Zeit als vor allem eins: katholisch, fest verwurzelt in jenem traditionalistischen Umfeld von »Opus Dei« und denjenigen Kirchenmännern, denen noch jede zaghafte Öffnung zur Lebenswirklichkeit von ChristInnen hin ein Gräuel ist. Vielleicht war das Wissen des studierten Literaturwissenschaftlers über Päpste, Piusbrüder und Zölibat einst seine Eintrittskarte in die journalistische Welt, in der er von 2002 bis 2010 immerhin als Redakteur der »Süddeutschen Zeitung« arbeiten und Beiträge in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und im »Bayerischen Rundfunk« unterbringen durfte. Was er daneben veröffentlichte, war meist vom bekannten Jammerton der rechten KulturpessimistInnen geprägt: Unter dem Titel »Dummgeglotzt. Wie das Fernsehen uns verblödet« lamentierte er – in einem Buch – genauso wie über »das Nackte und das Obszöne in der Öffentlichkeit« in einem Text für die katholische Website www.kath.net und die evangelikale Nachrichtenagentur »Idea«.
Seit August 2008 verfasste er für das rechts-libertäre Magazin »eigentümlich frei« (ef) Artikel über »Importierte Modenamen« für Kinder, über den neuen Papst Franziskus oder die »Präsenz pornografischer Elemente in Werbung, Film und Popkultur«. Kissler blieb nicht beim verklemmt-konservativen Mahnen stehen: Im Januar 2011 trat der soeben zum »Focus« gegangene Journalist zusammen mit Götz Kubitschek in München auf einer Veranstaltung der neu-rechten Zeitschrift »Sezession« auf. Dort kritisierte er die rassistischen Thesen Thilo Sarrazins von rechts als angeblich »linke Agenden«. Mit antifeministischen und homophoben Kommentaren reihte sich Kissler in den letzten Jahren in das wuchernde Feld publizistischer »Gender-Gegnerschaft« ein: Die Grünen wollten »aus dem Staat einen pansexuellen Wächterrat« machen, hetzte er zum Beispiel im Magazin »The European«, LGBTs seien ein »Bevölkerungsanteil im Promillebereich«, der »seine eigene Sexualität als so problematisch empfindet, dass er daraus gesellschaftliche Forderungen meint ableiten zu können«.
Kissler wechselte im Januar 2013 von München nach Berlin in die Kulturredaktion des »Cicero«. In seiner Kolumne »Kisslers Konter« kritisierte er im Oktober 2015 Kanzlerin Angela Merkel und den Münchner Kardinal Rainhard Marx gleichermaßen wegen deren Haltung in der Asylpolitik, welche die »Identität Europas« gefährde: »Die Kirche«, schrieb Kissler, »bietet sich dem Staat als Bündnispartner für gegenwärtige und künftige Rechtsbrüche an«.

Michael Klonovsky

Im September 2010 führte das Wochenmagazin »Focus« die Rubrik »Debatte« ein und ernannte Michael Klonovsky zum verantwortlichen Redakteur. Er ist durch seine politischen Positionierungen und durch seine publizistische Einbindung der »Neuen Rechten« zuzuordnen. Klonovsky unterstützte im seriösen Medienbetrieb Kampagnen gegen Linke und den Versuch, rechte Pflöcke in die Debatten einzuschlagen. »Derweil sie ›Gesicht zeigen gegen rechts‹, senken sie furchtsam den Blick, wenn Ali und Achmed dräuen; derweil sie bekämpfen, was sich nicht wehren kann – tote Nazis, Kriegsgeneration, katholische Kirche, Burschenschaften, ›Junge Freiheit‹ – geht ihnen in der U-Bahn, der Diskothek und auf dem abendlichen Heimweg die Muffe vor Mustafa und Hassan.« So kämpft Klonovsky verbissen gegen Linke, Feminismus, ´68er, MigrantInnen, »Political Correctness« und die verhasste Moderne.
Seit Jahren ist er in das publizistische Netz der »Neuen Rechten« eingebunden. Das Internetportal »Blaue Narzisse« interviewte ihn ebenso wie 2005 und 2008 die »Junge Freiheit« (JF). 2006 unterzeichnete er den »Appell für die Pressefreiheit«, der sich gegen die Ausladung der JF von der Leipziger Buchmesse aussprach. Und seit 2008 schreibt er regelmäßig in dem rechts-libertären Blatt »eigentümlich frei«. Dort erteilt er der Vorstellung menschlicher Gleichheit eine klare Absage: »Man will uns etwa einreden, (...) alle Rassen seien identisch begabt (auch wenn Studien und Realitäten gewisse Unterschiede zeigen), alle Kulturen gleichwertig«. Sein Weltbild ist biologistisch und elitär: »(...) in unserer immer mehr von einheimischen Prolls und eingewanderten Fellachen geprägten, zutiefst elitenfeindlichen Gesellschaft ist die nach unten weisende Verähnlichung ihrer Mitglieder beachtlich weit fortgeschritten.« Klonovskys Vorbild ist der erzreaktionäre kolumbianische Dichter Nicolás Gómez Dávila, der von der »Neuen Rechten« verehrt wird, und dessen Buch mit Aphorismen Klonovsky 2007 bei »Reclam« herausgab.
Klonovskys Texte verschaffen ihm FreundInnen in der gesamten extremen Rechten. Sowohl die österreichische Zeitschrift »Neue Ordnung« als auch die »Preußische Allgemeine Zeitung« zitierten begeistert seinen Einzeiler: »Wer von der Behandlung der deutschen Minderheit im Polen der Zwischenkriegszeit nicht reden will, der soll vom deutschen Angriff auf Polen schweigen.«
Im »Focus« betrieb Klonovsky 2007 Jagd auf Kritiker der »Neuen Rechten«. Als die SPD-PolitikerInnen Stefan Braun und Ute Vogt ein kritisches Buch über die JF veröffentlichten, versuchten die JF und Klonovsky mit gleichlautenden Argumenten, die beiden zu diskreditieren.
Seit 2010 holte Klonovsky die Themen der Rechten auf die Debattenseiten des »Focus«: Pro Sarrazin und christliche Leitkultur, gegen den »Gesinnungsterror der politischen Korrekten«. Dazu passt, dass Klonovsky im September 2010 unter dem Titel »Nation. Familie. Sprache« ein fiktives Parteiprogramm für eine wirklich »konservative« Partei vorlegte. »Volk und Nation« müssen die zentralen Begriffe eines solchen Programms sein, ebenso wie »deutsche Leitkultur« statt »Multikulti«. Doch 2012 war Schluss. Klonovskys Karriere als »Leiter des Debattenressorts« endete. Seitdem ist er nur noch gelegentlicher Autor von Beiträgen in dem Blatt. So klagte er beispielsweise im Sommer 2015 über die »Verfechter von Gesinnungsdressur und diskursivem Leinenzwang«, mit dem konserva-







Süddeutsche Zeitung

tive und rechte Ansichten in Deutschland verdrängt würden. Nebenbei veröffentlicht Klonovsky Bücher im rechten »Manuscriptum Verlag«, in denen er »die geistigen Vergiftungen unseres Alltags« beklagt (»Bitte nach Ihnen. Acta diurna 2012-14«, 2015) oder beim reaktionären »Karolinger Verlag«. Zuletzt stand er der neonazistischen Zeitschrift »Zuerst!« (August/September, 2015) Rede und Antwort und fabulierte gegen »Willkommenskultur« und über das Sortieren von »richtigen« und »falschen« MigrantInnen. Klonovsky ist offensichtlich angekommen – ganz rechts außen.

Marc Felix Serrao

»Wer meint, das Abendland sei noch zu retten, muss am Wochenende Regionalbahn fahren.« Diese Meldung auf Twitter vom 3. Oktober 2015 ist bezeichnend für den Stil von Marc Felix Serrao von der »Süddeutschen Zeitung« (SZ) – das Spielen und Kokettieren mit Zweideutigkeiten. Der Journalist legt viel Wert auf Stilfragen, modisch und habituell. Etliche seiner Arbeiten befassen sich mit Phänomenen klassischer Männlichkeit, seien es Hooligans, der robuste italienische Ballsport »Florentine Calcio«, Bartmoden, Morgenmäntel oder die Befindlichkeiten des Sängers der Band »Rammstein«, Till Lindemann. Aber Serrao hat den LeserInnen der SZ zugleich auch wiederholt bekannte Vertreter der »Neuen Rechten« präsentiert: Portraits von Götz Kubitschek, Burschenschaften oder ein Interview zur »Jungen Freiheit«. Und als der Versandhändler »Amazon« 2014 die Veröffentlichungen des »Antaios Verlags« aus dem Programm nahm, kommentierte Serrao dies mit deutlicher Sympathie für den ausgesperrten Verlag. Auch in der »Causa Campus« 2011 um Martin Böcker, einen Autoren der »Jungen Freiheit« (JF) und der »Sezession«, der damals auch Chefredakteur der Zeitschrift »campus« der Bundeswehr-Universität München war, schlug sich der SZ-Redakteur Serrao auf die Seite der Rechten (siehe drr Nr. 128) – immer im Dienste der Meinungsfreiheit und der offenen Diskussionskultur. Dabei bewegt er sich nicht im luftleeren politischen und publizistischen Raum – im Gegenteil. So hat er beispielsweise zu dem rechten Journalisten Michael Klonovsky vom »Focus« (s.o.) augenscheinlich ein gutes Verhältnis. 2013 hielt Serrao die Laudatio auf ihn anlässlich der Verleihung des »Dr.-Jörg-Mutschler-Preis« an Klonovsky. Mittlerweile scheint Serrao allerdings das Interesse an der »Neuen Rechten« verloren zu haben, lieber kommentiert er nun die aktuelle politische Situation und empfiehlt die vorübergehende – »Bis sich die Lage normalisiert« – Abschottung Europas mit Zäunen und Mauern. So soll die verloren geglaubte Staatlichkeit wiederhergestellt werden. Auch sorgt er sich um Errungenschaften wie Frauenrechte und die Trennung von Staat und Kirche – eine Darstellung, die derzeit in weiten Teilen der Rechten en vogue ist.

Jan Fleischhauer

Ganz Deutschland ist links... Ganz Deutschland? Nein! Ein unbeugsamer Denker behauptet sich als Querdenker und Tabubrecher »unter Linken«. Soweit Selbstbild und Buchtitel von Jan Fleischhauer, Kolumnist bei »Spiegel Online« und im Magazin »Der Spiegel«. Fleischhauer, der in einem linken Elternhaus aufwuchs und quasi »aus Versehen« zum Konservativen wurde, malt in seinen Kolumnen düstere Szenarien eines Deutschlands, das gleichermaßen von DiktatorInnen der »Political Correctness« und Feministinnen beherrscht wie muslimisch-männlich dominiert sei. Fleischhauer spielt die eine marginalisierte Gruppe gegen die andere aus: Weil zu viele muslimische Männer nach Deutschland kommen, sieht er die Errungenschaften emanzipierter Frauen in Gefahr, über die er sich wiederum in anderen Kolumnen lustig macht. Indem Fleischhauer MigrantInnen und Geflüchtete als »Fremde« markiert und ihnen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft negative Eigenschaften zuschreibt, verwendet er klassische Merkmale eines kulturalisierenden Rassismus – Thilo Sarrazin lässt grüßen. In seinem Blog »Unter Linken« tobt sich der Kolumnist mit totalitarismustheoretischen Ausführungen aus: »Der Klassenwahn endet, konsequent zu Ende gedacht, nicht viel besser als der Rassenwahn«, schreibt er beispielsweise. Die neu-rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« hält Fleischhauer für amüsant, aber auch ein wenig für zu »lasch«. Immerhin sage und schreibe er, was das Blatt auch vertrete, nur eben in anderem Gewand. Was nicht in Fleischhauers Selbstdarstellung passt, ist, dass seine Ätzereien gegen Linke, Grüne, Flüchtlinge und Feministinnen keineswegs außergewöhnlich oder tabubrechend sind, sondern Teil eines durchschnittlichen Stammtischmainstreams.

Ein weiterer Versuch

Ende Oktober 2014 demonstrierten etwa 4.500 Hooligans und Neonazis in Köln. Nach mehreren misslungenen Demonstrationen im vergangenen Jahr versuchten Teile des Hooligan-Netzwerks, zum Jahrestag von Köln an die Erfolge des Vorjahres anzuknüpfen. Mit bescheidenem Erfolg.

von Paul Schuster, Florian Schubert und Stefan Schneider



^ *Aufmarsch der Nazi-Hooligans in Hannover 2014*

Unter dem Eindruck der Gräuel, die der »Islamische Staat« (IS) in Syrien anrichtet, gelang es dem Netzwerk »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) am 26.10.2014 in Köln etwa 4.500 Personen gegen eine angeblich über Deutschland hereinbrechende islamische Gefahr zu mobilisieren. Das Anfang 2014 gegründete Netzwerk vereint vor allem ältere westdeutsche Hooligans. Bei den ersten Demonstrationen, unter anderem. in Mönchengladbach, Mannheim und Dortmund, nahmen lediglich zwischen 100 und 300 Personen teil. Umso erstaunlicher war der Erfolg in Köln, nicht nur hinsichtlich der TeilnehmerInnenzahl, sondern auch mit Blick auf die anwesenden rechten Spektren, die weit über den Kontext Fußball hinausgingen. HoGeSa war es gelungen, zur passenden Zeit ein gesellschaftlich präsentes Thema zu besetzen. Die Hetze gegen MuslimInnen in Deutschland war jedoch bereits Jahre zuvor von rechten und neonazistischen Kreisen verbreitet worden. Hieran konnte HoGeSa anknüpfen. Dem Aufruf nach Köln folgten nicht nur rechte Fangruppen, sondern auch hunderte organisierte Neonazis sowie Fußballfans, die sich eigentlich von rechten Organisationen abgrenzen. Auffällig war auch, dass aktive Fangruppen aus der Ultraszene nicht vertreten waren. Vielmehr traten auf der Demonstration Fußballfans der sogenannten »alten Garde« in Erscheinung, die aktuell keine große Rolle mehr in der Fankultur spielen, aber nicht selten seit Jahren Verbindungen in rechte und neonazistische Szenen pflegen. Insbesondere in der Auseinandersetzung mit progressiven Ultragruppen hatten Vertreter der »alten Garde« dazu beigetragen, dass seit einigen Jahren ein Wiedererstarken rechter Fangruppen in vielen Stadien zu erkennen war (siehe drr Nr. 153).

Anknüpfungsversuche misslingen

Die Demonstration vom 26. Oktober 2014 in Köln endete in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit einer überforderten Polizei, die angeblich im Vorfeld nichts über das rechte und gewalttätige Potential gewusst haben wollte. Jüngst jedoch wurde bekannt, dass der HoGeSa-Mitbegründer und mittlerweile verstorbene Roland Sokol nicht nur Mitglied der »Hammerskins« war, sondern spätestens seit 2009 auch als V-Mann für den Verfassungsschutz arbeitete und diesen über HoGeSa informierte. Auch die intensive Mobilisierung in den sozialen Netzwerken hätte den Behörden vermitteln können, dass die Anzahl der Teilnehmenden die Zahlen vorheriger Demonstrationen übersteigen würde. Im Web beklagten sich im Nachgang Teilnehmende der Demonstration, ihnen sei erst im Laufe des Tages »das wahre Gesicht der Veranstaltung« bewusst geworden. Neben der Androhung ernsthafter Konsequenzen im Falle einer erneuten Teilnahme an solchen Demonstrationen dürften diese fragwürdigen Distanzierungen wohl dazu beigetragen haben, dass der Zuspruch zu HoGeSa in der Folge abnahm. Bei der Veranstaltung am 15. November 2014 in Hannover kamen mit etwa 3.000 Teilnehmenden zum einen weniger Menschen zusammen als erwartet. Zum anderen bildeten die dort Versammelten eine viel homogenere Gruppe als noch in Köln. Fußballfans jenseits rechter Hooliganstrukturen und Fangruppen waren dort kaum zu sehen. Der Prozentanteil an Neonazis nahm dementsprechend deutlich zu. Nachfolgend gelang es keiner HoGeSa-ähnlichen Veranstaltung mehr, eine ähnlich große Anzahl an Menschen zu mobilisieren. Interne Konkurrenzkämpfe führten im Laufe des Winters schließlich zur Spaltung von HoGeSa.

Jüngere Entwicklungen

Für den 20. Juni 2015 hatte Ester Seitz unter dem Namen »Widerstand Ost West« in Frankfurt am Main eine Demonstration für 1000 Menschen angemeldet. Es sollte die »geilste, größte, spektakulärste Demonstration« werden, die Deutschland je gesehen habe. Letztlich kamen jedoch nur 180 Personen. In Hamburg versuchte der Neonazi Thorsten de Vries, der schon in den 1990er Jahren im Umfeld von Neonazis des Hamburger SV aktiv war, am 12. September 2015 eine Demonstration unter dem Titel »Tag der Patrioten« durchzuführen. Kurz nach der Demonstration in Köln hatte de Vries noch einen Vorschlag, im November 2014 in Hamburg zu demonstrieren, wie folgt kommentiert: »Ihr habt doch überhaupt keine Ahnung davon, was hier in Hamburg los ist.« Es sei Wahnsinn, eine solche Demonstration in Hamburg durchzuführen, da sie von der örtlichen linken Szene hinweggefegt würde. Ein Jahr später versuchte es de Vries doch. Der Erfolg blieb aus, die Demonstration wurde verboten und außer ein paar Hooligans aus Cottbus, Rostock, Hamburg sowie Österreich machte sich niemand auf den Weg. Die Gegendemonstration hingegen war mit über 14.000 Menschen eine der größten antirassistischen Demonstrationen der letzten 20 Jahre in Hamburg.

HoGeSa regional

Ähnlich wie bei PEGIDA gibt es auch bei HoGeSa mittlerweile mehrere Ableger, die sich an HoGeSa orientieren. Der unerwartete Erfolg von HoGeSa weckte die Hoffnung, eine politische Bewegung zu werden. So gibt es mittlerweile neben dem erwähnten »Widerstand Ost West« »Gemeinsam Stark Deutschland«, das »Bündnis Deutscher Hools Berlin« oder die »Berserker«, die wiederum Ableger in mehreren Städten aufweisen. Eine weitere Gruppierung unter dem Namen »Steh auf für



Deutschland« (SafD) hatte unter dem Motto »Asylflut und Islamisierung Stoppen« (Fehler im Original) für den Herbst 2015 in mehreren Orten Nordbadens Demonstrationen angekündigt. Neben Philippsburg, Bruchsal und Waghäusel-Wiesental standen auch Heidelberg, Karlsruhe und Sinsheim auf dem Demonstrationsplan. Der Anmelder und Initiator der Demonstrationen, Mathias Bückle aus Bruchsal, stammt aus dem Umfeld der Hooligan-Gruppierung »Berserker Pforzheim«. Er bewegt sich im Umfeld von Hooligans des Zweitliga-Vereins Karlsruher SC. Mehrfach war Bückle bei Hooligan-Aufmärschen dabei. Als Bückle im Mai 2015 in Erfurt an einer Hooligan-Demonstration teilnahm, trug er das Transparent von »Gemeinsam Stark Deutschland«. Diese HoGeSa-Abspaltung hatte bereits am 2. Februar 2015 in Ludwigshafen eine Kundgebung mit wenigen Teilnehmenden durchgeführt. Des Weiteren trat der 24-jährige Bückle mehrfach bei dem »Kargida«-Ableger »Widerstand Karlsruhe« als Mitorganisator, Ordner und Redner auf.
SafD hat seine Ziele in sozialen Netzwerken mit einem »Positionspapier« dargestellt. Neben den üblichen Forderungen nach dem Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union, der »Stornierung« des Euro, der Abschiebung »krimineller und gewalttätiger Ausländer« oder der Verhinderung der »Islamisierung Deutschlands« geriert sich die Gruppierung als sozial engagiert und fordert die Bekämpfung der Altersarmut, »höhere Steuerfreibeträge für Familien« sowie eine bessere staatliche Förderung von Frauenhäusern oder der »Behindertenhilfe«. Der Nationalstaat soll unter anderem durch die Abschaffung des Schengenraums, die »Wiedereinrichtung der Landesgrenzen« und Grenzkontrollen abgeschottet werden. Die Parolen der Gruppierung sind anderen Gruppierungen ähnlich: »Deutsche Patrioten vereint auf den Straßen«, »Schluss mit dem Flüchtlingsmärchen« oder »Nein zur Ausbeutung und Abschaffung Deutschlands«. Gegenüber der Öffentlichkeit wird versucht, sich als ‹besorgte Bürger› darzustellen. Von Akzeptanz, sowohl bei »besorgten BürgerInnen« als auch unter Hooligans, bisher keine Spur. Ganze neun Teilnehmende kamen zur ersten Kundgebung von SafD am 29. August in Philippsburg. 200 Personen waren im Vorfeld angekündigt worden. Am 26. September konnte Bückle nur 30 AnhängerInnen, begrüßen. Kaum mehr waren es am 10. Oktober in Waghäusel-Wiesental sowie am 24. Oktober in Heidelberg. Dort hatte auch die Unterstützung durch den Kreisvorsitzenden der NPD Rhein-Neckar, Jan Jaeschke, nichts genutzt. Nur eine Handvoll AnhängerInnen folgten Jaeschke.

Wiederbelebung in Köln?

In der Hoffnung, an den Erfolg von 2014 anknüpfen zu können, mobilisierte HoGeSa für den 25. Oktober 2015 unter dem Motto »Köln 2.0 – friedlich und gewaltfrei gegen islamistischen Extremismus«, zum »Jahrestag« in die Rheinmetropole. Jedoch wurde schon im Vorfeld der Demonstration die anhaltende Spaltung innerhalb der Szene deutlich. Die Anmeldung durch Dominik H. Roeseler von »pro Köln«, der auch im Oktober 2014 die Demo in Köln angemeldet hatte, wurde schon früh durch Distanzierungstendenzen begleitetet. Roeseler verlor im Juni aufgrund von Unstimmigkeiten über die Demonstrationsanmeldung seine Funktion als »Pressesprecher« von »Gemeinsam-Stark Deutschland«. In einer gemeinsamen Erklärung distanzierten sich vier Hooligangruppierungen vom Aufruf und erklärten: »Köln 2.0 ist somit keine Veranstaltung von Gemeinsam-Stark Deutschland, HoGeSa, B.D.H., Berserker Deutschland sowie auch nicht von erlebnisorientierten Fußballfans.« Außerdem warben einige der sich distanzierenden Gruppen zeitweilig für den 24. Oktober für eine eigene Demo, nahmen diese Entscheidung aber wieder zurück.
Nach den Ausschreitungen vom Vorjahr versuchten die zuständigen Polizeibehörden den Aufmarsch bereits im Vorfeld per Verbot zu unterbinden. Das Verwaltungsgericht Köln hob das Demonstrationsverbot jedoch auf und genehmigte Roeseler eine Kundgebung auf einem abgelegenen Platz hinter dem Bahnhof Deutz. 4.200 Polizeibeamte sollten für einen friedlichen Ablauf der Veranstaltung sorgen.
Damit hatten die eingesetzten BeamtInnen jedoch von Beginn an Probleme. Bis zu 20.000 GegendemonstrantInnen nahmen an verschiedenen Kundgebungen teil. Davon blockierten mehrere tausend Menschen in und um den Bahnhof Deutz die Gleise und Zufahrtswege. Offenkundig war die Anreise der Teilnehmenden keineswegs gut organisiert. So blieben Teilnehmende der HoGeSa-Kundgebung immer wieder an den Blockaden hängen oder kamen nur mit großer Mühe und Verspätung durch. Schließlich fanden sich nur etwa 900 Teilnehmende am Kundgebungsplatz ein. Außer ein paar ehemaligen Mitgliedern der »Kameradschaft Aachener Land« und den NPD-Vorstandsmitgliedern Claus Cremer und Ariane Meise fanden sich relativ wenig organisierte Neonazis ein. Die gedämpfte Stimmung konnten weder die Reden noch die Live-Auftritte des »Kategorie C«-Sängers Hannes Ostendorf und des »Rappers« Patrick Killat alias »Villain051« anheben. Der misslungene A-Cappella-Auftritt von Killat bewegte zahlreiche Anwesende schon vor Ende der Kundgebung zu einer frühzeitigen Abreise.
In Anbetracht der zahlreichen Misserfolge im vergangenen Jahr, des katastrophalen Verlaufs der Kundgebung in Köln und der Zerstrittenheit innerhalb der HoGeSa-Strukturen muss der Aufmarsch von Köln 2014 weiterhin als Ausnahme beschrieben werden. Ob sich aus den zerstrittenen Organisationsstrukturen noch einmal weitere Großveranstaltungen ergeben, erscheint derzeit eher fragwürdig.

FPÖ statt PEGIDA

In Österreich war das politische und mediale Geschehen der letzten Monate stark vom Thema Flüchtlinge dominiert. Im Vergleich zu Deutschland halten sich Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und das Mobilisierungspotenzial rechter BürgerInnenbewegungen in Grenzen. Rechte Stimmungsmache kanalisiert sich jedoch, wie gewohnt, auf parteipolitischer Ebene.

von Carina Klammer



^ *Diese geflüchtete Frau hat es mit ihrem Baby bis nach Österreich geschafft.*

Gern wird in Bezug auf die gegenwärtige Einreise von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten von einer »Flüchtlingskrise«, einem »Ansturm« oder gar einem »Kollaps« gesprochen. Am Beispiel Österreich zeigt sich jedoch besonders augenscheinlich: Nicht die Flüchtlinge sind das Problem, sondern die Haltung ihnen gegenüber. Das Innenministerium rechnet für 2015 mit 80.000 Asylanträgen, wovon rund 30.000 positiv entschieden werden könnten. Heinz Patzelt, Generalsekretär von »Amnesty International«, sprach beispielsweise rund um die Zustände im Flüchtlingslager Traiskirchen von einem »selbst erzeugten Pseudonotstand«. Gemeint sind damit Versorgungsengpässe sowie Hunderte von Flüchtlingen, die auf der Lagerwiese in Zelten übernachten. Verantwortlich sein will letztendlich niemand. Grundsätzlich liegt die Verantwortlichkeit für die Erstaufnahme der Menschen jedoch beim Innenministerium. Als Reaktion auf die mangelnde Bereitschaft zur Unterbringung von Geflüchteten wurde per Verfassungsgesetz nun ein »Durchgriffsrecht« erlassen. Ab Oktober 2015 darf der Bund Asylunterkünfte auch gegen den Willen von Ländern und Gemeinden errichten, sofern die vereinbarten Quoten nicht erfüllt werden. Vor allem die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) wetterte gegen das Gesetz als »bevölkerungsfeindliche Maßnahme«.

Rechte Hetze und institutioneller Rassismus

Seit Jahren wird gebetsmühlenartig behauptet, vor allem Österreich sei ein »Paradies« für »Asylanten« sowie besonders großzügig mit Sozialleistungen. Tatsächlich muss die österreichische Asylpolitik als vergleichsweise rigide bezeichnet werden. Als die deutsche Regierung im Oktober 2015 die Asylgesetze deutlich verschärfte, hätte Österreich ein Vorbild sein können. Eine wesentliche Verschärfung der Asylpolitik erfolgte bereits Anfang der 1990er Jahre. Nach der Fremdenrechts- und später der Aufenthaltsreform gingen die Asylanträge innerhalb weniger Jahre drastisch zurück, etwa von 16.238 im Jahr 1992 auf 4.744 im Folgejahr – Gesetzesänderungen, die von der SPÖ- und ÖVP-Regierung durchgeführt wurden und das Erstarken einer rassistischen Grundhaltung widerspiegelten. Anfang 1993 unterstützen fast 400.000 Menschen das von der FPÖ initiierte »Österreich zuerst«-Volksbegehren. Im Jahr 2004 trat der sogenannte »Bartenstein-Erlass« in Kraft, demzufolge Beschäftigungsbewilligungen für Asylsuchende nur für bestimmte Tätigkeiten ausgestellt werden dürfen. Hierzu zählen gemeinnützige Arbeit, Saison- und Erntearbeit sowie Selbstständigkeit ohne Gewerbeschein. De facto wird Asylsuchenden der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Das steht im Widerspruch zur »Aufnahmerichtlinie« der EU, die einen »effektiven Arbeitsmarktzugang« nach spätestens neun Monaten fordert.

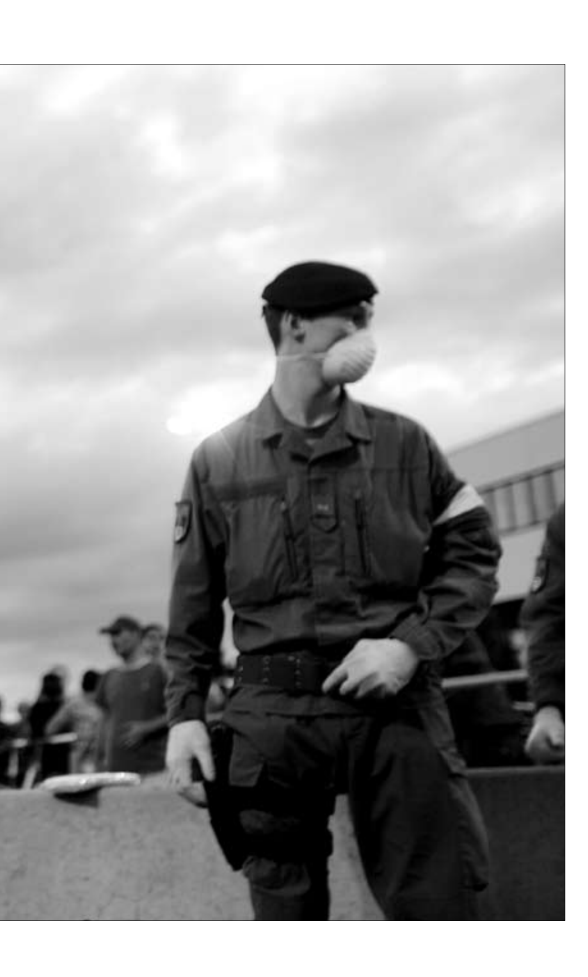
Flüchtlingsdebatte – And the winner is…?

Im Vergleich zu Deutschland halten sich in Österreich tätliche Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Grenzen. Auch PEGIDA Österreich ist es nicht gelungen, jenseits ihrer extrem rechten Kernklientel weitere Gesellschaftsschichten zu mobilisieren. Die aktionsfreudige »Identitäre Bewegung Österreich« reagierte vor allem auf die aktive Flüchtlingshilfe der »gewöhnlichen« Bevölkerung und versucht, die Zivilgesellschaft von rechts zu mobilisieren – beispielsweise indem ein symbolischer Zaun an der Grenze zu Ungarn aufgestellt wurde mit der Aufforderung »Grenzhelfer« zu werden. Entgegen aller medialen Selbstinszenierung stagniert die Zahl der AktivistInnen aber seit geraumer Zeit.

Offensichtlich bleibt jedoch: Solange die FPÖ derartigen Zuspruch erfährt, können rechte BürgerInnenbewegungen nach dem Muster »Alle Politiker sind Volksverräter« in Österreich nur schwer Fuß fassen. So kann auch der Parteivorsitzende Heinz-Christian Strache nicht ganz zu Unrecht verkünden, dass die FPÖ ohnehin »die wahre Pegida« sei. Schon Jörg Haider rühmte sich damit, dass einer Partei wie der FPÖ bezogen auf die extreme Rechte durchaus eine integrative Funktion zukomme. Bei den Wahlen in Oberösterreich im September konnten die FPÖ ihren Stimmenanteil von 15 Prozent auf 30 Prozent verdoppeln. In Wien wurde bei der Wahl im Oktober ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der »Sozialdemokratischen Partei Österreichs« prognostiziert. Nach den Wahlen zeigte sich, dass die FPÖ »nur« um fünf Prozent zulegen konnte. Trotzdem verliert auch das »Rote Wien«, vor allem in den autochthon geprägten ArbeiterInnenbezirken am Rande der Stadt und in den Gemeindebauten, sukzessive an die FPÖ.

Österreich, ein »gutes Land«?

Eines hat die Zuspitzung auf das Flüchtlingsthema jedoch auch gezeigt: das Vorhandensein einer solidarischen Zivilgesellschaft. Hunderte Freiwillige haben an den Bahnhöfen geholfen, Sachspenden abgegeben oder trotz möglicher Strafen Flüchtlinge transportiert. Bei einer Großdemonstration am 3. Oktober 2015 beteiligten sich 60.000 Menschen und über 100.000 fanden sich beim »Voices for Refugees«-Konzert am Heldenplatz ein. Es wird sich zeigen, was von dieser Solidarität nachhaltig bleiben wird. Schließlich war bald bekannt, dass die Mehrheit der Flüchtlinge ohnehin nicht in Österreich bleiben will. So konnte man den Ankommenden am Bahnhof schnell eine Flasche Wasser und ein paar Manner-Schnitten in die Hand drücken, eine gute Weiterreise nach Deutschland wünschen und sich selbst auf die Schulter klopfen, ein »gutes Land« zu sein.



Dänemark schottet sich ab

Am 18. Juni 2015 wurde die sozialdemokratisch geleitete Regierung abgewählt – eine Minderheitsregierung unter der Führung der rechtsliberalen »Venstre« setzte sich durch. Vier Monate nach der Wahl sind die ersten verschärften Gesetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge in Kraft getreten. Weitere Verschärfungen sind angekündigt.

von Anne Jessen

Seit dem Regierungsantritt nimmt die Flüchtlingsfrage wie in der gesamten EU den größten Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Dänemark befindet sich außerhalb der EU-Gesetzgebung, wenn es um polizeiliche, rechtliche oder flüchtlingsbezogene Zusammenarbeit geht. Deshalb konnte die Regierung unmittelbar nach dem Regierungsantritt verkünden, Dänemark sei nicht verpflichtet, an der Verteilung der Flüchtlinge in Europa teilzunehmen. Fast stolz konnten Staatsminister Lars Løkke Rasmussen und Integrationsministerin Inger Støjberg verkünden, der dänische Anteil sei »Null« und sie könnten damit ihr Wahlversprechen einhalten, dass die Zahl der Flüchtlinge und Familienzusammenführungen stark begrenzt werden würde. Im Nachhinein hat die Regierung großzügig erklärt, Dänemark werde 1.000 EU-Quotenflüchtlinge aufnehmen. Gleichzeitig gab die Regierung Annoncen in libanesische Zeitungen auf, um die dortige Bevölkerung darauf hinzuweisen, wie schwierig es sei, in Dänemark als Flüchtling zu leben. Dänemark hat sich für Flüchtlinge als Transitland auf ihrem Weg nach Schweden, Norwegen oder Finnland etabliert.
Die aktuellen Zahlen des Außenministeriums geben an, dass von Anfang September bis Mitte Oktober 28.800 Flüchtlinge in Dänemark eingereist sind. Die meisten sind weitergereist. Die offizielle Zahl der AsylbewerberInnen für diesen Zeitraum liegt noch nicht vor. Im August wurden 1.500 Asylanträge registriert. Im gleichen Monat ein Jahr zuvor lag deren Anzahl bei 2.300.
Die Gesamtzahl der AsylbewerberInnen in 2014 war 14.792. Prognosen zeigen schon jetzt, dass die Zahl für 2015 niedriger sein wird. Die Abschreckungskampagne hat augenscheinlich gewirkt.

Die Macht der »Dänischen Volkspartei«
Die »Dänische Volkspartei« (DV) feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum und Triumphe: Sie ist die stärkste Partei rechts von den SozialdemokratInnen; die Gründerin der Partei, Pia Kjærsgaard, ist mittlerweile Parlamentspräsidentin. Es ist der Partei immer wieder gelungen, die MigrantInnen- und Flüchtlingsfrage vorn auf die politische Agenda zu setzen. Zudem ist sie in der Position, der Regierung Forderungen zu stellen. Forderungen unter anderem in der AusländerInnenpolitik, wo schon verschärfte Gesetze eingeführt worden sind: Die Sozialleistungen für Flüchtlinge sind drastisch gekürzt worden; es ist schwieriger geworden, die dänische Staatsbürgerschaft zu erwerben oder eine permanente Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen; es ist leichter geworden, AusländerInnen auszuweisen; Familienzusammenführungen werden begrenzt; die Entwicklungshilfe ist erheblich gekürzt worden. Aber auch im kulturpolitischen Bereich und in der Diskussion um gesellschaftliche Werte ist Bewegung. Dabei fokussiert man sich auf die christlichen Werte, so ist das Christentum als Wertegrundlage Dänemarks in das aktuelle Regierungsprogramm eingeschrieben worden. Damit wird ein klares und bewusstes Signal insbesondere gegenüber der muslimischen Bevölkerung gesendet.

National-Konservative
Rechts von der DV haben sich Gruppen gebildet, die eine weitere Verschärfung der AusländerInnenpolitik wünschen. Neben der international bekannten »Trykkefrihedsselskabet« (»Gesellschaft der freien Presse«) sind »Dansk Samling« (»Dänische Sammlung«) und »Vi Konservative« (»Wir Konservativen«) aktiv, die einen strikt national-konservativen Kurs auf der Basis christlicher Werte verfolgen. Sie sind gegen die EU, wollen ein Europa der starken Nationalstaaten, mit einer weißen Bevölkerung. »Vi Konservative« benennen sich selbst als der «weiße Flügel« der Konservativen.

Und die SozialdemokratInnen?
Nach der Wahlniederlage im Juni ist es sehr still um sie geworden. Bislang wurde noch keine selbständige Politik formuliert, dafür aber positioniert. Ökonomisch haben sie sich an die neo-liberale Politik von »Venstre« angelehnt, es gibt keine nennenswerten Unterschiede. In der Flüchtlings- und MigrantInnendebatte nehmen sie fast dieselben Positionen ein wie die Regierung und die DV. Sie haben den neuen verschärften Ausländergesetzen zugestimmt – mit Ausnahme der Kürzungen der Sozialleistungen für Flüchtlinge.

Refugees welcome
Als Gegenpol zu der flüchtlingsfeindlichen Politik der Regierung haben sich in der Zivilgesellschaft neue Initiativen gegründet, die sich für eine flüchtlingsfreundliche Öffentlichkeit engagieren. Einige Freiwilligengruppen sind in ganz Dänemark aktiv und unterstützen Flüchtlinge im Alltag. Andere Gruppen organisieren die Öffentlichkeitsarbeit gegen die Regierungspolitik: Am 12. September demonstrierten 30.000 TeilnehmerInnen vor dem Parlament in Kopenhagen. Im Parlament versuchen fortschrittliche und linke Parteien die AusländerInnenpolitik zu entschärfen. Bisher ohne Erfolg – und so lange die SozialdemokratInnen ihren Kurs nicht ändern, gibt es keine Mehrheit für eine andere, offenere Politik gegenüber Flüchtlingen und AusländerInnen.

Solidarität in Krisenzeiten

Das Thema Flucht erreicht in Griechenland eine neue Dimension. Über 500.000 Geflüchtete schafften es seit Jahresbeginn ins Land und setzten somit die gesamte EU unter Druck. Vor Ort entwickelte sich eine Willkommenskultur, die nicht nur auf Pralinenverteilen basiert, sondern politische Solidarität organisiert.

von John Malamatinas



< *von Syrien über Griechenland nach Österreich*

Das Krisenlabor Griechenland ist kein Zukunftsmodell mehr, sondern pure Realität. Es bedeutet soziale Zertrümmerung, Massenarbeitslosigkeit und eine andauernde humanitäre Krise. Länger als die Krise selbst dauern die Auseinandersetzungen um die Flüchtlingswellen, die seit Jahren Griechenland erreichen. Die Zahl der Menschen, die Kriegs- und Krisengebiete verlassen, um in Europa eine bessere Zukunft zu suchen, ist in den letzten zwei Jahren explodiert. Neben dem »Kampf in der Eurozone« sind die Themen Flucht und Migration die präsentesten in Medien, Politik und Gesellschaft. Die multiple Krise der griechischen Gesellschaft verschärfte dabei zwar den vorhandenen Rassismus, ließ aber auf der anderen Seite eine aktive Willkommenskultur entstehen.

Seit Sommer hat sich die Situation verändert: Durch die geglückte partielle Öffnung der Grenzen Richtung Nordeuropa durch die Geflüchteten ist Griechenland temporär eine Transitstation. Die Geflüchteten kommen an einer der Grenzinseln des Ägäischen Meeres an, werden dort registriert und mit Fähren organisiert durch den Staat ans Festland gebracht. In Athen sammeln sie Kräfte und ziehen direkt weiter zur nächsten Grenze. An vielen Orten spielen sich jedoch traurige Szenarien ab. In den Tageszeitungen liest man täglich von gekenterten Booten und Menschen die in der Ägäis ertrinken; ebenso von Auseinandersetzungen zwischen Geflüchteten und der Polizei auf den Inseln.

Syriza setzt auf Humanität

Als die Flüchtlingszahlen im August drastisch stiegen, war die technokratische Übergangsregierung für die Regelung der Situation verantwortlich. Sie organisierte die ersten Fähren, die die Flüchtlinge zum Festland brachten. Für die erfolgreiche Arbeit durfte der Migrationsminister Ioannis Mouzalas auch bei der neu gewählten Syriza-Regierung seinen Posten behalten. Tasia Christodopoulou, die Migrationsministerin der ersten sechs Monate in der Syriza-Regierung, wurde abgesetzt. Bereits im Februar hatte Syriza damit begonnen, Abschiebelager aufzulösen und Abschiebungen zu unterbinden. Unbegleitete Minderjährige, Schwangere, Kranke und Senioren wurden in Heimen und Einrichtungen für Obdachlose untergebracht. Die übrigen Internierten werden unter Wohnsitz- und polizeilichen Meldeauflagen entlassen. Seit dem Wahlsieg beschäftigt sich Syriza wiederum damit, Willkommens- und Registrierungsstellen aufzubauen und für eine Entschärfung der Situation auf den Inseln zu sorgen. Außerdem versucht sie, Druck zugunsten einer europäischen Lösung aufzubauen.

Rechtspopulisten und Faschisten hetzen

Der Koalitionspartner ANEL (»Unabhängige Griechen«) spielte bisher keine große Rolle, auch wenn ANEL eher die patriotische Wählerschaft repräsentiert, die sich eine Begrenzung der Flüchtlingswellen wünscht. In der Frage der Einbürgerung von MigrantInnen der zweiten Generation stellte sich die Partei gegen die ehemalige Migrationsministerin von Syriza. Panos Kammenos, Vorsitzender von ANEL und Verteidigungsminister, hatte offen betont, dass das Militär auch weiterhin seine Rolle als Beschützer der Grenzen Griechenlands wahrnehmen werde. Im März hatte er damit gedroht, Europa mit Flüchtlingswellen zu überschwemmen, falls es keine Einigung im Streit mit den Gläubigern gibt.

Im Wahlkampf setzte vor allem die neonazistische Partei »Goldene Morgenröte« auf Hetze gegen Geflüchtete. Sie verurteilte alle Parteien, inaktiv geblieben zu sein und sieht Griechenland als Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik. Seit der Ermordung des antifaschistischen Rappers Pavlos Fyssas haben die rassistischen Angriffe stark abgenommen. Grund dafür ist vor allem der laufende Prozess, in dem sich die Partei mit dem Vorwurf konfrontiert sieht, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Dieser Prozess hat einen Großteil der paramilitärischen Aktivitäten zum Erliegen gebracht. Aber immer wieder kursieren Gerüchte von Motorbooten, die Jagd auf Flüchtlingsboote machen. Da der Prozess jedoch schleppend verläuft und die »Goldene Morgenröte« sich als drittstärkste Kraft bei den Wahlen behaupten konnte, ist ein erneuter Anstieg der Aktivitäten zu erwarten. In den letzten Wochen besuchten mehrmals Abgeordnete die krisengeschüttelten Inseln, wo sie auch auf den aktiven antifaschistischen Widerstand der lokalen Bevölkerung trafen.

Praktische Solidarität

An vielen Orten Griechenlands sind antirassistische Initiativen, NGOs, linke und soziale Gruppen aktiv in der Unterstützung der Geflüchteten und im Aufbau elementarer Infrastruktur. In Athen wurde Ende September von Antiautoritären ein altes Ministeriumsgebäude besetzt, in dem Flüchtlinge übernachten und essen. Dort werden ein Kinderraum betrieben, ein Materiallager aufgebaut, Sprachkurse organisiert und Infos zur Weiterfahrt vermittelt. Die Initiative zur »Solidarität mit den Flüchtlingen« koordiniert vor allem in Athen die Unterstützungsarbeit für Geflüchtete. Über die aktive Solidaritätsarbeit hinaus finden in vielen Städten Versammlungen gegen den Grenzzaun am Evros statt. Ziel ist es, mittels einer breiten Kampagne am 31. Oktober 2015 massenhaft zum Zaun zu fahren. Denn es ist allen klar: Es ertrinken weiterhin täglich Menschen im Mittelmeer, es braucht einen sicheren Korridor nach Europa und der Winter ist im Anmarsch.

Demonstrationen gegen Geflüchtete

Polen / Tschechien. Am 12. September 2015 haben in Prag und Warschau Tausende Menschen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen protestiert. In Warschau versammelten sich rund 5.000 Menschen und riefen islamfeindliche Parolen. Die Stadtverwaltung war zuvor mit einem Verbot gescheitert. Etwa 1.000 GegendemonstrantInnen hießen Geflüchtete willkommen. In Prag standen Hunderte VertreterInnen des »Blocks gegen den Islam« 400 GegendemonstrantInnen gegenüber. Im Juni war es dort zu Ausschreitungen von Neonazis gekommen.

Internationales »Hammerskin«-Konzert

Italien. Für den 28. November 2015 kündigt das »Hammerskin«-Netzwerk (HS) ein international besetztes RechtsRock-Konzert in Norditalien an. Aus Deutschland werden »Frontalkraft« (Cottbus) und »Division Germania« (Mönchengladbach) angekündigt. »Division Germania« ist das seit 2000 geführte Soloprojekt von Andreas Koroschetz, der der 2012 verbotenen »Kameradschaft Aachener Land« zugerechnet wurde. Er trat unter anderem bei NPD-Veranstaltungen auf, drei seiner Tonträger wurden indiziert. Aus Großbritannien wird die Band »Whitelaw« angekündigt, aus Italien »Linea Ostile« und »A.D.L. 122«, die zum Blood & Honour-Umfeld zählen.

CasaPound-Festival

Italien. In Castano Primo bei Mailand hat vom 11. bis zum 13. September 2015 zum achten Mal das Sommerfest »Direzione Rivoluzione« der faschistischen Bewegung »CasaPound« stattgefunden. Die Stadtverwaltung Mailand hatte die Veranstaltung im Stadtgebiet verboten. Es fanden Sport- und Musikveranstaltungen statt mit bis zu 3.000 ZuschauerInnen. Als RednerInnen sprachen unter anderem der Lega-Nord-EU-Abgeordnete Gianluca Buannano sowie VertreterInnen der »Forza Italia« und der »Scelta Cività«. Auch aus dem Ausland waren Abgesandte rechter Parteien anwesend wie Konstantinos Boviatsos (»Chrysi Avgi«). Diskussionsthemen waren unter anderem die »Souveränität« Italiens und Europas, »unkontrollierte Einwanderung« und Zukunft der Jugend und Bildung. »CasaPound« und »Lega Nord« arbeiten seit dem letzten Jahr eng zusammen, sie führten unter anderem am 18. Oktober 2014 eine Demonstration unter dem Motto »Stoppt die Invasion« in Mailand durch, an der rund 40.000 Menschen teilnahmen. Beide Parteien sind in der Vereinigung »Sovranità« durch gemeinsame Wahllisten und Kampagnen verbunden.

FPÖ mit starkem Stimmenzuwachs

Österreich. Bei der Landtagswahl in Oberösterreich am 27. September 2015 ist die rechtspopulistische »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) zweitstärkste Kraft hinter der »Österreichischen Volkspartei« (ÖVP) geworden. Sie bekam rund 31 Prozent der Stimmen und verdoppelte damit ihre WählerInnenstimmen. Die FPÖ hatte mit dem Slogan »Unsere Heimat, unsere Leut´« geworben und sich gegen die aktuelle Asylpolitik positioniert.

Rassistisches Attentat in Schweden

Schweden. Ein 21-Jähriger hat am 22. Oktober 2015 einen Lehrer und einen Schüler an einer Koranschule im westschwedischen Trollhättan mit einem Schwert getötet. Weitere Menschen wurden verletzt, der Täter selbst erlag den Schussverletzungen, die ihm bei der Festnahme zugefügt worden waren. Die Ermittlungen der Polizei bestätigen ein rassistisches Motiv für die Tat. Alle Opfer haben einen Migrationshintergrund, der Täter fiel zuvor im Internet durch Islamkritik und Glorifizierung des Nationalsozialismus auf.

Polen wählt rechts

Polen. Bei der Parlamentswahl in Polen am 26. Oktober ist die nationalkonservative »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) mit 37,6 Prozent der Stimmen stärkste Partei geworden. Mit 232 Sitzen im Parlament kann sie nun unter der Führung von Spitzenkandidatin Beata Szydlo allein regieren. Sie hatte mit Steuersenkungen und Erhöhung der Sozialleistungen geworben. Ex-Regierungschef Kaczynski, der zu ihren Gunsten in den Hintergrund trat, bezeichnete MigrantInnen im Wahlkampf als »Parasiten« und richtete sich gegen eine Politik, »die auf eine Unterwerfung Polens unter das Diktat Brüssels« hinauslaufe.

Überall! Die »Neue Rechte«!!

von Jens Breuer

Die deutsche Rechte hat sich in den vergangenen Jahren rapide verändert. Aus Frankreich dringend verbreitete sich im deutschsprachigen Internet, aber kaum auf der Straße, eine neue »Bewegung«: »Die Identitären«. Dann erwuchs wie aus »dem Nichts« eine neue Partei, mit dem Anspruch »Alternative« zu sein. Schnell saß deren Parteivorstand in allen möglichen Talkshows und fand Gehör für wohlverpackte nationalistische Parolen. Dann überwarf sich das Führungsgremium, aus einer Partei wurden zwei. In Köln drängten zugleich plötzlich rechte Hooligans auf die Straße – nicht wegen Fußballspielen, sondern gegen »die Salafisten«. Und in Dresden fürchteten sich ebenso plötzlich Tausende vor »fremden Konflikten auf Deutschlands Straßen« – ein Auftakt für in der Fläche nunmehr massenhaft aufpoppende »Bürgerinitiativen«, die sich verschworen, Menschen in Not keine Unterkunft zu gewähren. Ist das die von der »Neuen Rechten« angezettelte »rechte Kulturrevolution«? Oder die »Neue Rechte«, die nach »der Mitte« greift? Die Idee, diese ganzen unterschiedlichen Phänomene zusammenzudenken, ist zunächst interessant. Gibt es einen gemeinsamen Nenner von »Identitären«, AfD, HOGESA, PEGIDA und den »Nein zum Heim«-Initiativen? Eine gemeinsame Basis, auf die sie sich alle beziehen? Oder ein Strategiekonzept, das sie auf unterschiedlichen Wegen verfolgen? Oder ein Ziel, das sie anstreben? Schnell finden sich erste Antworten: Gemeinsam ist ihnen, dass sie Einwanderung ablehnen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie den Islam ablehnen. Doch sobald der Blick schärfer wird, treten die Unterschiede hervor, die unterschiedlichen Schattierungen, wenn man so möchte. Doch welche Rolle spielt denn nun die so genannte »Neue Rechte«? Zwei Neuveröffentlichungen versuchen dem auf den Grund zu gehen und scheitern grandios. Liane Bednarz und Christoph Giesa sind getrieben von dem, was sie in den letzten Monaten erlebten. Doch in der Analyse wird dann alles, was irgendwie neu ist, zur »neuen Rechten« gezählt, die wiederum geistig munitioniert wird von Akteuren der »Neuen Rechten«. Ähnlich irritierend, was bei Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl alles zur »Neuen Rechten« gezählt wird – ein breites Spektrum von »Junge Freiheit« (JF), dem »Institut für Staatspolitik«, »eigentümlich frei« bis hin zu HOGESA, den »Montagsmahnwachen«, PEGIDA oder Burschenschaften. Doch was nützt es, wenn abseits der Szene der Neonazis, der »Freien Kameradschaften« oder der NPD etc. alles miteinander vermischt wird? Gar nichts. Denn erst eine einigermaßen adäquate Analyse verhilft zu erkennen, wo die Probleme liegen. Als Basis dafür ist eine Klärung der Begriffe unumgänglich. Die verkürzte Wiedergabe eines Definitionsstrangs der »Neuen Rechten«, ihnen sei an der Reaktivierung der Ideen der so genannten »Konservativen Revolution« gelegen, greift zu kurz. Denn was soll das eigentlich heißen? Müssen mehr als 50 Prozent der wöchentlichen Texte in der JF von Moeller van den Bruck, Carl Schmitt, Edgar J. Jung, Othmar Spann und anderen längst Verstorbenen inspiriert sein? Oder nur 20 Prozent? Oder geht es um eine mögliche zugrunde liegende Strategie? Oft wird dabei von dem Begriff der »Metapolitik« gesprochen und auf den Franzosen Alain de Benoist verwiesen: Politik gelte es im »vorpolitischen Raum« zu machen, um hegemonial zu werden. Doch wer die vorliegende Zeitschrift »der rechte rand« in den letzten Jahren gründlich gelesen hat, der oder die weiß, dass es oft die AkteurInnen der »Neuen Rechten« sind, die auf einen bereits rollenden Zug aufsprangen und dann versuchten, ihn ideologisch mit zu prägen. Götz Kubitschek von der Zeitschrift »Sezession« hat die PEGIDA oder LEGIDA nicht gegründet, er versucht sie aber zu beeinflussen. Wer seine Reden hört, versteht, dass daran wenig »Neues« ist. Im Zentrum stehen völkische Ideen und die Vorstellung vom absoluten Primat des Staates. Um am Begriff zu arbeiten und die eigene Analyse zu schärfen, seien abschließend zwei Texte von Helmut Kellershohn empfohlen, von dem man sich eine Monographie zum Thema wünscht. Verwiesen sei ferner auf einen älteren Titel von Volker Weiß. Sein Titel »Deutschlands Neue Rechte« trügt, denn Weiß fabuliert nicht über die »Neue Rechte«, sondern arbeitet klug ideengeschichtliche Linien auf – von Ortega y Gasset über Oswald Spengler bis Thilo Sarrazin. Und er zeigt, dass die gemeinsame Klammer nicht mit Begriffen wie »Neue Rechte« gebildet werden muss, sondern kleiner in einer spezifischen Form eines Elitediskurses besteht und in einem harten Anti-Liberalismus.

Liane Bednarz, Christoph Giesa: Gefährliche Bürger: Die neue Rechte greift nach der Mitte. Hanser, München, 2015, 220 Seiten, 17,90 EURO.

Julian Bruns, Kathrin Glösel, Natascha Strobl: Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute? AttacBasis Texte 47, VSA, Hamburg, 2015, 96 Seiten, 7,- Euro

Helmut Kellershohn: Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt. In: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hrsg): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2. überarb. Aufl., 2015, 708 Seiten (439-467), 39,99 Euro

Helmut Kellershohn: Der wahre Konservatismus der Jungen Freiheit. In: Ders. (Hrsg): Die »Deutsche Stimme« der »Jungen Freiheit«. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten. Edition DISS, Unrast, Münster, 2013, 330 Seiten, 28,- Euro.

Volker Weiß: Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten Von Spengler bis Sarrazin. Ferdinand Schöningh, Paderborn u. a., 2011, 142 Seiten, 16,90 Euro

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Bildung & Publizistik – Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Archiv der rechte rand (Seiten 9, 17, 29)
ARD (Seiten 1, 4)
Christian Ditsch (Seite 20)
Heribert CORN (Seite 25)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 3, 18, 26, 28, 34, 36)
Peter Juelich (Seite 16)
Reuters (Seite 6)
Roland Geisheimer/attenzione (Seiten 18, 32)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.